



Plenarprotokoll

69. Sitzung

Freitag, 12. September 2014

Nachruf auf den Finanzbeamten Wolfgang Bartram	5617	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss	5631
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung von Dauer- wohnraum (Wohnraumsicherungs- gesetz)	5617	Bericht zum Verlauf und zu den Ergebnissen des Kulturdialogs der Landesregierung	5631
Gesetzentwurf der Fraktion der PI- RATEN Drucksache 18/2108		Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2213	
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	5617, 5628	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	5631, 5642
Peter Lehnert [CDU].....	5620	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	5633
Serpil Midyatli [SPD].....	5622	Peter Sönnichsen [CDU].....	5634
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5624	Beate Raudies [SPD].....	5635, 5641
Wolfgang Kubicki [FDP].....	5625	Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	5637
Lars Harms [SSW].....	5626	Anita Klahn [FDP].....	5638, 5642
Andreas Breitner, Innenminister....	5629	Sven Krumbek [PIRATEN].....	5640

Beschluss: Berichts-antrag Drucksache 18/2213 und Tagesordnungspunkt insgesamt mit Berichterstattung der Landesregierung erledigt.	5643	Zuschlagserteilung beim UKSH verschieben - Ausstiegsszenarien prüfen	5653
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Stiftungsuniversität zu Lübeck und zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften .	5643	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2271	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1724		Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	5653, 5669
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/2226		Jürgen Weber [SPD].....	5655
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN Drucksache 18/2272		Daniel Günther [CDU].....	5657
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichterstat- terin.....	5644	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5658
Daniel Günther [CDU].....	5644	Dr. Heiner Garg [FDP].....	5660
Martin Habersaat [SPD].....	5645	Torge Schmidt [PIRATEN].....	5663
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5646	Lars Harms [SSW].....	5667
Christopher Vogt [FDP].....	5648	Beschluss: 1. Berichts-antrag Druck- sache 18/2216 mit Berichterstat- tung der Landesregierung erledigt	
Uli König [PIRATEN].....	5649	2. Ablehnung des Antrags	
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	5650	Drucksache 18/2271	
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	5651	3. Annahme des Antrags	
Beschluss: 1. Ablehnung des Ände- rungsantrags Drucksache 18/2272		Drucksache 18/2270.....	5669
2. Verabschiedung des Gesetzes Drucksache 18/1724 in der Fassung der Drucksache 18/ 2226.....	5652	Strategie für die Entwicklung des ökologischen Landbaus in Schles- wig-Holstein	5669
Bericht zum Stand des baulichen Masterplans (ÖPP) am UKSH	5652	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Drucksache 18/2214	
Drucksache 18/2216		Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
Bauliche Sanierung des UKSH	5652	Drucksache 18/2258	
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW		Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	5669
Drucksache 18/2270		Heiner Rickers [CDU].....	5670
		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5672
		Oliver Kumbartzky [FDP].....	5673
		Angelika Beer [PIRATEN].....	5674
		Flemming Meyer [SSW].....	5675
		Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	5676
		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/2214	
		2. Überweisung des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/2258 an den Umwelt- und Agraraus- schuss.....	5678

Bericht über die Inspektion der Kavernen im Kernkraftwerk Brunsbüttel	5679	b) Zustimmung zur Benennung eines schleswig-holsteinischen stellvertretenden Mitglieds der Landesregierung im Ausschuss der Regionen (AdR) für die 6. Mandatsperiode	5690
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2059		Antrag der Landesregierung Drucksache 18/2206	
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	5679	Beschluss: Annahme des Wahlvor- schlags Drucksache 18/2217 und des Antrags Drucksache 18/2206..	5690
Jens-Christian Magnussen [CDU].	5680	Bundsratsinitiative zur Schaffung größerer Rechtssicherheit bei der Nutzung von Ferienwohnungen	5690
Olaf Schulze [SPD].....	5682	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2219	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5683	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	5690
Oliver Kumbartzky [FDP].....	5685	Wirkungslose Umweltzonen in deutschen Städten abschaffen	5690
Angelika Beer [PIRATEN].....	5687	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2220	
Flemming Meyer [SSW].....	5688	Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss.....	5691
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit Berichterstattung der Landesregie- rung erledigt.....	5689	a) Entlastung des Landes durch BAföG-Übernahme des Bundes für Qualitätsoffensive Bildung und Wissenschaft nutzen	5691
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Lan- deswahlgesetzes	5690	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1960 (neu)	
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2218 (neu)		b) Bildung und Wissenschaft stär- ken	5691
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/2265		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1970	
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	5690	Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2017	
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzes Drucksache 18/2218 (neu) in der Fassung der Drucksache 18/2265.....	5690	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/2196	
Gemeinsame Beratung		Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN], Berichterstatterin.....	5691
a) Vertretung des Landes Schles- wig-Holstein im Ausschuss der Regionen (AdR)	5690		
Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2217			

Beschluss: Ablehnung der Anträge Drucksachen 18/1960 (neu) und 18/1970 sowie des Änderungsan- trags Drucksache 18/2017.....	5691	* * * *
Kooperationsverbot im Wissen- schaftsbereich aufheben	5691	Regierungsbank:
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2087		Torsten Albig, Ministerpräsident
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/2227		Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN], Berichterstat- terin.....	5691	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul- tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/2087 in der Fas- sung der Drucksache 18/2227.....	5691	Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft
Bericht des Innenministers über die Arbeitsgruppenergebnisse zum Personalabbau und zur Struktur der Landespolizei	5692	Andreas Breitner, Innenminister
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2162		Monika Heinold, Finanzministerin
Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	5692	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar- beit, Verkehr und Technologie
Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts- ordnung des Schleswig-Holsteini- schen Landtags	5692	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Familie und Gleichstellung
Drucksache 18/2235		* * * *
Beschluss: Annahme.....	5692	

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen)

Sie haben gesehen, dass auf dem Landeshaus heute Trauerbeflaggung gesetzt ist. In diesen Minuten findet die Trauerfeier für den am 1. September 2014 im Dienst erschossenen Finanzbeamten Wolfgang Bartram statt. Er wurde Opfer eines Verbrechens, das uns alle tief erschüttert hat. Wir trauern um Wolfgang Bartram und fühlen mit seinen Angehörigen, seinen Freundinnen, Freunden und allen, die nun Schmerz und Verzweiflung zu tragen haben. Ich bitte Sie, einen Augenblick innezuhalten und Wolfgang Bartram im Stillen zu gedenken! - Sie haben sich zu Ehren Wolfgang Bartrams erhoben. Ich danke Ihnen!

Meine Damen und Herren, heute sind erkrankt der Herr Abgeordnete Hauke Götsch sowie die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn. - Wir wünschen ihnen an dieser Stelle gute Besserung!

(Beifall)

Wegen einer, wie Sie alle wissen, wichtigen Veranstaltung sind Herr Ministerpräsident Torsten Albig und Frau Finanzministerin Monika Heinold heute morgen beurlaubt. Der Herr Abgeordnete Dr. Axel Bernstein hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung des Landtags verhindert ist.

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir Schülerinnen und Schüler des Bernstorff-Gymnasiums in Satrup. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung von Dauerwohnraum (Wohnraumsicherungsgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2108

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich weise darauf hin, dass im Ältestenrat verabredet wurde, dass die Piratenfraktion im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen eine Redezeit von zehn Minuten zu diesem Tagesordnungspunkt bekommt. - Das Wort für die Piratenfraktion hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Erlauben Sie mir heute, unseren Gesetzentwurf zur Sicherung von Dauerwohnraum in Schleswig-Holstein vorzustellen. Ich denke, ich brauche die Zeit, um auf alle Argumente einzugehen.

Wir haben in Schleswig-Holstein ein sehr unterschiedliches Bild, was die **Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum** angeht. Wir haben leider immer noch zu viele Städte und Gemeinden, in denen Menschen vergeblich nach Wohnraum suchen, der ihren Bedürfnissen gerecht wird. Allein das Innenministerium hat in seiner Untersuchung, die schon sehr harte Kriterien anlegt und zu lückenhaft ist, 24 Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein identifiziert, in denen es an bezahlbarem Wohnraum fehlt. Das betrifft die Inselgemeinden, das betrifft die Bädergemeinden, das betrifft das Hamburger Umland, aber auch Kiel und Flensburg.

Wenn bezahlbarer Wohnraum fehlt, dann trifft das in erster Linie Menschen, die kleine Wohnungen benötigen. Das fängt bei Studenten an, geht weiter mit den Berufstätigen und endet bei den Menschen, die in Rente sind. Ausgerechnet diese Menschen suchen häufig vergeblich nach bezahlbarem Wohnraum in diesen Regionen.

Besonders hart ist die Lage auf der **Insel Sylt**. Auf Sylt gibt es praktisch überhaupt keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Die Mieten sind dreimal so hoch wie im Landesdurchschnitt. Ein Gutachten des ifs-Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass schon heute 1.700 bezahlbare Wohnungen auf der Insel fehlen. Bis zum Jahr 2025 sollen es 2.800 sein. Schon 36 % des Wohnungsbestands wird touristisch vermietet, weitere 25 % als Zweitwohnungen genutzt. Das heißt, dass nur noch der kleinere Teil der Wohnungen als Dauerwohnraum zur Verfügung gestellt wird.

Die Folge davon ist, dass es auf Sylt immer weniger Menschen gibt, die noch auf der Insel wohnen, dass es vor allem immer weniger junge Menschen und Familien gibt. Und wenn die Nachfrage abnimmt, sinkt auch das Angebot, was die Daseinsvorsorge angeht: Schulen müssen schließen, es gibt

(Dr. Patrick Breyer)

weniger Kitas, die Anzahl der Sportvereine nimmt ab, und auch die Feuerwehr hat Schwierigkeiten, überhaupt noch genügend Nachwuchs zu finden. Das führt aber auch zu einem drastischen Arbeitskräftemangel auf der Insel, und das wiederum kann dazu führen, dass zum Beispiel für die Altenpflege nicht genügend Menschen zur Verfügung stehen, weil die es sich einfach nicht leisten können, auf der Insel zu wohnen, um jemanden zu pflegen. Insgesamt droht wirklich ein Sterben dieser Insel.

In Anbetracht dieser dramatischen Situation genügt es nicht, Herr Innenminister, wenn Sie mit Ihrem **Masterplan** einige Millionen zur **Wohnraumförderung** bereitstellen. Das wird vielleicht - ich habe es einmal ausgerechnet - 400 zusätzliche Wohnungen finanzieren können. Wenn aber heute schon 1.700 fehlen, und der Gutachter Ihnen sagt, bis 2025 werden noch einmal über 900 Wohnungen im Bestand wegfallen, dann reicht es nicht aus, ein paar Wohnungen mehr zu bauen.

Vor diesem Hintergrund haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt, der ein neues Instrument vorsieht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege, ich bin doch etwas stutzig geworden. Herr Innenminister Breitner hat das **Wohnraumkonzept des Landes** auf der **Insel Sylt** vorgestellt. Ich war persönlich dabei. Alle Gemeindevertreter sämtlicher Parteien waren sehr beeindruckt - auch der Vertreter der Piratenpartei, der jetzt Ihr Vorsitzender ist, war anwesend -, und es herrschte eine einmütige Stimmung, dass das Land hier das Richtige tut. Es ist auch zum ersten Mal deutlich geworden, dass hier das Land nur gemeinsam mit den Sylter Gemeinden Hand in Hand arbeiten kann. Es ist unmissverständlich klar geworden, dass dieses Konzept wirklich nachhaltig dazu beiträgt, dass wir junge Familien, die Beschäftigte des Landes sind,

Lehrerinnen, Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, auf die Inseln holen. Ich will die Stimmung wiedergeben, die im Sommer vorhanden war: Es wurde einvernehmlich gesagt, dies ist ein gutes Konzept und hilft sehr, die Wohnraumfrage auf Sylt zu lösen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Kollege, ich will dies gar nicht schmälern oder bestreiten. Diese Initiative hilft sicherlich in der Tat, sie ist ein wichtiger Beitrag und geht in die richtige Richtung, sie reicht aber bei Weitem nicht aus. Wenn der Innenminister selbst ausrechnet, dass in der Gemeinde Sylt dadurch etwa 270 Wohnungen neu gefördert werden können, kommt das nicht annähernd an den Bedarf heran, der wie gesagt auf 2.800 Wohnungen geschätzt wird. Außerdem haben Sie das Problem, dass der Bestand an Dauerwohnraum immer weiter wegbricht, weil es aus finanziellen Gründen viel attraktiver ist, Ferienwohnungen zu vermieten. Die Gutachter schreiben dazu in ihrem Gutachten: Wer neu baut, wird freiwillig keinen Dauerwohnraum bauen. Zudem sorgt das jetzt aufgelegte Programm nur für die Dauer der Bindungsfrist dafür, dass es sich um Wohnraum handelt. Danach kann das weiterhin genutzt werden, wenn man nicht gegensteuert.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, neben Ihrem Programm auch gegen die ausufernde Ferienwohnungsvermietung vorzugehen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine weitere Anmerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Breyer. - Ich bitte Sie, auch hierbei nicht mit pauschalen Bewertungen zu kommen. Ich lebe auf dieser Insel und kenne einen großen bekannten Bauunternehmer, der soeben in ein Gewerbegebiet gezogen ist und der nun auf seinem alten Grundstück Mietwohnungen baut.

Es gibt also auch auf der Insel immer wieder Menschen, die sich dazu verpflichtet fühlen, Wohnraum für Sylter zu schaffen. Gleich-

(Dr. Patrick Breyer)

wohl haben Sie natürlich Recht, wenn Sie sagen, dass die Situation angespannt ist.

Ich bitte Sie aber auch zur Kenntnis zu nehmen, dass sehr viel Fläche des Inselgrundes Naturschutzgebiet ist. Das heißt, es lassen sich kaum neue Flächen erschließen. Auch das müssen wir bedenken.

Deshalb möchte ich Ihnen sagen, dass es bereits Lösungen auf der Insel gibt, die umgesetzt werden. Wir werden aber nicht umhin kommen, auch einmal wertzuschätzen, dass es Menschen aller gesellschaftlichen Schichten gibt, die sich dem Problem annehmen, Wohnraum auf Sylt zu schaffen. Dies sind übrigens auch Menschen, die ein Haus geerbt, es aber nicht verkauft haben, sondern dem Wohnungsmarkt weiter zur Verfügung stellen. Ich finde, auch das müssen wir wertschätzen. Das ist wichtig. Das ist Wohnraum, den wir dringend brauchen.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Das war die Wahlkreisrede!)

- Meine Wertschätzung findet das durchaus, wie ich es bereits ausgedrückt habe, Herr Kollege Dr. Tietze. Wie Sie es bereits gesagt haben, besteht das Problem aber auch im Bereich des Naturschutzes. Es gibt nicht beliebig viele Flächen. Das kann man nicht durch Neubau ausgleichen. Das geht allein wegen der Flächenproblematik schon nicht. Ein Neubau nutzt auch nichts, wenn gleichzeitig der bestehende Dauerwohnraum immer weiter abnimmt. Das Gutachten, das im Übrigen von Sylt in Auftrag gegeben worden ist, bescheinigt Ihnen ja, dass die Zahl der Wohnungen, die als Dauerwohnraum überlassen werden, in den vergangenen Jahren ständig abgenommen hat und weiter zurückzugehen droht. Daher wird dieses Konzept allein nicht reichen.

Wir sagen: Wenn eine ganze Insel vor dem Aussterben steht oder wenn dieses Problem in geringem Maße auch in anderen Regionen vorhanden ist, dann brauchen wir Vorfahrt für die Menschen vor Ort, die dort leben und arbeiten wollen.

Deswegen sieht unser Gesetzentwurf Folgendes vor: Die Städte und Gemeinden sollen das Recht erhalten, durch eine **Satzung** festzulegen, dass **Wohnungen nicht** mehr ohne Genehmigung zu **anderen Zwecken umgenutzt**, leer stehen gelassen oder gar abgerissen werden dürfen. Nach unserem Vorschlag soll jede Gemeinde und jede Stadt selbst darüber entscheiden, ob sie von diesem Instrument Gebrauch machen will. Das heißt letztendlich, Ihre

Kolleginnen und Kollegen in den Kommunalparlamenten sollen das in der Hand haben. Wir wollen das niemandem aufzwingen. Ich glaube aber, wir sollten allen Gemeinden und Städten die Möglichkeit geben, vor Ort selbst zu entscheiden, ob dieses Instrument für sie Sinn macht.

Wir haben Ausnahmen vorgesehen. Nicht tangiert wird zum Beispiel die Nutzung als Zweitwohnung. Hierbei ist die Zweitwohnungssteuer meines Erachtens das bessere Instrument. Es bleibt möglich, Wohnungen weiterhin zu anderen Zwecken zu verwenden, wenn dies zum Bestreiten des Lebensunterhalts gegenwärtig oder im Alter notwendig ist. Auch sonst können überwiegende private Interessen eine Ausnahmegenehmigung ermöglichen.

Dieser Gesetzentwurf ist ausdrücklich **verfassungskonform**. Das Bundesverfassungsgericht hat sich schon vor Jahrzehnten mit einer entsprechenden Bundesregelung befasst und festgestellt, dass dadurch kein Eingriff in das Eigentum gegeben ist, sondern dass dies eine zulässige Ausgestaltung ist. Dies ist jedenfalls so, wenn die Eigentümer durch Dauervermietung ihr Eigentum einsetzen können und wenn für Sonderfälle Ausnahmegenehmigungen möglich sind. Genau das sieht unser Gesetzentwurf vor.

Solche Gesetze haben sich bereits in vielen Bundesländern bewährt. Dies gilt etwa für unser Nachbarland Hamburg, aber auch für Berlin, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, es sind durchaus auch Länder mit SPD-, CDU- oder CSU-Führung dabei. Das ist also keine Frage der Parteizugehörigkeit.

Der **Neubau von Wohnungen** wird durch dieses Gesetz nicht erschwert. Wenn Sie Wohnraum neu bauen wollen, bleibt das nach unserem Gesetzentwurf voll und ganz möglich. Wenn Sie Ferienwohnungen neu bauen wollen, bleibt das nach unserem Gesetzentwurf möglich, weil dies keine Zweckentfremdung ist. Bei unserem Gesetz geht es darum, dass Wohnraum, der als Wohnraum genehmigt und gebaut worden ist, nicht mehr ohne Genehmigung zu anderen Zwecken entfremdet werden darf.

Auch die Unterhaltung von solchen Gebäuden bleibt voll umfänglich möglich. Angesichts der Tatsache, dass die Mieten auf Sylt dreimal so hoch sind wie sonst im Land, kann niemand bestreiten, dass es sich lohnt, dort dauerhaft Wohnraum zu vermieten. Viele tun das ja.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als **Alternative** wird diskutiert, **neu zu bauen**. Das nützt

(Dr. Patrick Breyer)

aber nichts, solange der Bestand an Dauerwohnraum in größerem Umfang abnimmt, wie dies zum Beispiel auf Sylt der Fall ist.

Außerdem wird diskutiert, mithilfe des **Baurechts** gegen die Ferienwohnungsvermietung vorzugehen. Es ist gerichtlich nicht geklärt, ob das möglich ist. Außerdem kann man so nicht gegen Leerstand vorgehen. Das Baurecht hilft an dieser Stelle nicht.

Außerdem wird eine **Milieuschutzverordnung** diskutiert, die der Innenminister ins Spiel gebracht hat. Eine solche hätte aber andere Voraussetzungen und hilft deshalb auch nicht gegen den Leerstand.

Ferner wird eine **Mietpreisbremse** diskutiert, über die auch auf Bundesebene debattiert wird. Diese hilft aber nur dann, wenn überhaupt noch dauerhaft vermietet wird. Wenn eine Wohnung als Ferienwohnung vermietet wird, hilft die beste Mietpreisbremse nicht, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist unser Gesetzentwurf ein wirksames zusätzliches Instrument zu den vorhandenen Plänen. Er ist moderat und ausgeglichen. Er lehnt sich an das Gesetz in Berlin an, das von einem schwarz-roten Senat auf den Weg gebracht worden ist und das auch Ausnahmen vorsieht, die die Versorgung der örtlichen Bevölkerung zulässt und so weiter. Dieser ermöglicht vor allem auch eine schnelle Abhilfe. Eine schnelle Abhilfe brauchen wir, weil wir ganz akut die Lage haben, dass Arbeitskräfte auf Sylt nach Wohnungen suchen, dass Studierende zum neuen Semester nach Wohnungen suchen werden. In Kiel und Flensburg ist dies zum Beispiele der Fall.

Diejenigen, die die Stellungnahmen zu unserem **Gesetzentwurf gegen die Zweckentfremdung** gelesen haben, werden wissen, dass nicht nur der Mieterbund unseren Ansatz unterstützt. Auch die Studierendenvertreter aus Kiel und Lübeck haben ausdrücklich geschrieben, dass sie sich dieses Instrument wünschen. Zudem hat uns die Gemeindevertretung in Sylt gebeten, zu prüfen, ob man durch ein solches Zweckentfremdungsverbot Abhilfe schaffen kann. Ferner hat sich der Bauamtsleiter der Gemeinde Sylt in der Zeitung so geäußert, dass er jedes Instrument begrüßt, das in diese Richtung geht.

Ich habe mich deswegen sehr gefreut, dass nach anfänglicher Verweigerungshaltung des Innenministers, der uns noch im März dieses Jahres erklären ließ, es bestehe kein Bedarf nach einem solchen Instrument, überraschend auf dem Verbandstag des

Mieterbundes erklärt hat, er wolle einen **Wohnraumpflelegesetzentwurf** vorlegen, der auch eine Zweckentfremdungsregelung vorsehen soll. Das freut mich. Da sind Sie sozusagen in die richtige Richtung umgefallen.

(Beifall PIRATEN)

Ich hoffe, dass wir das zügig in Angriff nehmen können. Ich glaube, dass man beide Fragen trennen kann, dass Sie an einem Wohnraumpflelegesetzentwurf arbeiten und wir gleichzeitig das Problem der Zweckentfremdung durch unseren Gesetzentwurf lösen können, sodass eine Lösung nicht mehr so lange auf sich warten lässt.

Ich schlage deswegen vor, dass wir unseren Gesetzentwurf im Ausschuss weiter behandeln und eine Anhörung dazu durchführen und dann zügig zu einer Lösung kommen; denn die Menschen, die in Schleswig-Holstein bisher vergeblich nach bezahlbarem Wohnraum gesucht haben, sind dringend darauf angewiesen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Peter Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen der Piratenfraktion, das mit diesem Gesetzentwurf verfolgt wird, erscheint auf den ersten Blick nachvollziehbar. Bei genauerer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass die damit verbundene weitere **Bürokratisierung** weitaus mehr Nachteile mit sich bringen würde.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die entscheidende Frage ist doch, ob mit einem **Zweckentfremdungsverbot** das gewünschte Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu sichern und zu schaffen, erreicht wird. In diesem Zusammenhang sind die schriftlichen Stellungnahmen von Fachleuten aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft sehr aufschlussreich. So führt zum Beispiel der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen in seiner Bewertung aus, dass dies keinen Beitrag zu der Erreichung des beabsichtigten Ziels leisten wird und dass dies aus deren Sicht daher abzulehnen sei. Solch ein Zweckentfremdungsverbot würde nicht die **Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum** verhindern. Obgleich in beiden Fällen eine Wohnnutzung vorliegt, steht nach aller Erfah-

(Peter Lehnert)

rung Wohneigentum meist nicht als besonders preiswerter Mietwohnraum zur Verfügung.

Der **Wohnungsmarkt** ist sehr **weitgehend reguliert**. Jede neue Beschränkung senkt die Bereitschaft, in den nötigen Wohnungsneubau zu investieren. Gerade sehr langfristig orientierte Wohnungsunternehmen müssen sich fragen, mit welchen politisch motivierten Verschlechterungen der Rahmenbedingungen in Zukunft noch zu rechnen ist. Das wird selbstverständlich ihre Investitionsentscheidungen negativ beeinflussen.

Im Übrigen mangelt es an einer **plausiblen Begründung** für ein **Zweckentfremdungsverbot**. Dieses setzt voraus, dass die Versorgung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Mit Ausnahme der Inseln Sylt und Föhr und weniger Kommunen im Hamburger Randgebiet kann davon in Schleswig-Holstein nicht die Rede sein.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine -bemerkung des Herrn Dr. Breyer?

Peter Lehnert [CDU]:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke, Herr Kollege. - Sie haben sicherlich den Verordnungsentwurf des Innenministeriums zu einer **Kappungsgrenzenverordnung** und die dortigen Indikatoren, wonach 24 Städte und Gemeinden die Voraussetzungen der besonderen Gefährdung durchaus erfüllen, gelesen. Es freut mich, wenn Sie sich für die Neuschaffung von Dauerwohnraum einsetzen. Ich frage Sie, inwiefern unser Gesetzentwurf dies einschränkt. Wenn jemand Dauerwohnraum neu schaffen will, dann frage ich: Wie soll er dadurch tangiert sein, dass er diesen auch als Dauerwohnraum verwenden soll? Das verstehe ich nicht.

- Nein, es geht nicht um den Neubau. Wir haben in der April-Tagung des Landtags einen umfangreichen Vortrag und ein Gesamtkonzept für den Wohnungsbau vorgelegt. Durch die dort vorgesehene Regulierung besteht diese Möglichkeit zum Beispiel für große Wohnungsbaugesellschaften. Der VNW hat sich dazu dezidiert geäußert. Es besteht die Möglichkeit, den Bestand entsprechend umzuschichten. Die Umschichtungsmöglichkeiten der Verbände würden dadurch eingeschränkt. Sie kön-

nen gern noch einmal in der Stellungnahme des VNW nachlesen. Ich kann Sie Ihnen gleich zur Verfügung stellen.

Insbesondere ist die Darstellung, dass in Kiel, Lübeck und allen Städten und Gemeinden in direkter Nähe zu Hamburg die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum besonders gefährdet sei, falsch. Herr Dr. Breyer hat dies ausgeführt. Dies ergibt sich unter anderem aus dem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen **Mietgutachten** und ganz aktuell aus den Ergebnissen der geplanten Kappungsgrenzenverordnung. Dabei hat das Innenministerium verschiedene **Indikatoren** festgelegt, um diejenigen Gemeinden zu ermitteln, die ein **Wohnraumversorgungsdefizit** aufweisen.

Dabei wurde ein Grenzwert nach diesen - ich glaube neun - Indikatoren mit dem Ergebnis festgelegt, dass von den 48 geprüften Städten und Gemeinden gerade einmal sechs die nötige Punktzahl erreichen. Ich kann Ihnen die Kleine Anfrage von Herrn Dr. Garg zu diesem Thema gern zeigen. Nach diesen neun Kriterien sind es sechs Städte und Gemeinden, die diese Punktzahl erreichen. Das sind die Gemeinden List, Wyk auf Föhr, Hörnum, Kampen, Glinde und Wenningstedt. Außer Glinde, der einzigen Gemeinde aus dem Hamburger Umland, sind das alle Gemeinden auf Sylt oder Föhr. Weitere sechs Gemeinden konnten nur aufgrund eines Kunstgriffs zusätzlich einbezogen werden, indem den jeweiligen Gemeindevertretungen die Möglichkeit eingeräumt wurde, durch ein ergänzendes und befürwortendes Votum noch einmal drei Zusatzpunkte zu vergeben. Selbst dadurch kommt man nur auf zwölf Kommunen.

Dies zeigt aus unserer Sicht erneut, dass die immer wieder öffentlichkeitswirksam behauptete Unterversorgung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum in weiten Teilen Schleswig-Holsteins definitiv falsch ist.

Es ist nicht zu bestreiten, dass auf einzelnen regionalen Wohnungsmärkten in letzter Zeit wieder steigende Mieten zu beobachten sind. Jedoch ist diese Entwicklung bislang auf einzelne **bevorzugte Wohnlagen** und bestimmte Wohnungstypen begrenzt. Dies trifft zum Beispiel auf **Lübeck** und **Kiel** zu. Die Frage ist, ob es Aufgabe des Staates ist, dafür zu sorgen, dass jemand **bezahlbaren Wohnraum** in enger **regionaler Nähe** bekommt. In Kiel selbst besteht keine Wohnraumnot. Es gibt genügend Wohnungen, die bezahlbar sind und zum Beispiel Studenten zur Verfügung stehen. Ich glaube nicht, dass es eine **staatliche Aufgabe** ist, in der Nähe zur Universität in ausreichender Anzahl staat-

(Peter Lehnert)

lich subventionierte Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Das kann nicht staatliche Aufgabe sein.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Serpil Midyatli [SPD])

Wichtig ist, dass wir das Angebotsdefizit in einigen Bereichen nicht durch weitere Beschränkungen verstärken. Es geht darum, dass der steigenden Nachfrage durch vermehrte Neubaumöglichkeiten begegnet wird. Dazu ist es einerseits wichtig, dass es in diesen Bereichen eine entsprechende Ausweisung von Flächen gibt, die zur Verfügung stehen, und dass andererseits eine entsprechende Förderung gegeben ist. Dafür gibt es das Förderprogramm für bezahlbaren Wohnraum.

Für die **besondere Wohnungsmarktsituation** auf **Sylt** gibt es Möglichkeiten, zum Beispiel durch die zur Verfügungstellung von Flächen des Bundes und des Landes, die bei entsprechender Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für bezahlbare Wohnungsbauprojekte verfügbar gemacht werden können. Der Kollege Dr. Tietze hatte dies ausgeführt. Hier hat sich die Landesregierung bewegt. Sie kann sich hier in Zukunft vielleicht noch ein bisschen mehr bewegen. Ich glaube aber, hier sind konstruktive Gespräche im Werden. Ich glaube, dies kann sich noch positiv weiterentwickeln.

Abschließend bleibt festzustellen, dass ein **Zweckentfremdungsverbot** in Schleswig-Holstein keinen Beitrag zur Sicherung des bezahlbaren Wohnungsangebots leistet, sondern dass unsere Partner im Bereich des Wohnungsbaus durch einen weiteren politisch motivierten Eingriff von **Investitionen** abgeschreckt würden. Die Landesregierung hat schon durch die Anhebung der Grunderwerbsteuer auf einen bundesweiten Höchstsatz und durch die geplante Einführung einer Kappungsgrenzenverordnung für zusätzliche Belastungen im Bereich des Wohnungsbaus gesorgt. Jede weitere Maßnahme in diese Richtung bedeutet eine Gefahr für die Offensive für bezahlbares Wohnen, auf die die daran beteiligten Verbände aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft immer wieder hinweisen. Wir sollten deshalb vielmehr auf die Erfahrung und auf die Zuverlässigkeit dieser Partner im Bündnis für bezahlbares Wohnen vertrauen und mit ihnen gemeinsam den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein aktiv voranbringen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Peter Lehnert [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, wir müssen Wohnraum sichern. Es geht nicht, dass Menschen verzweifelt nach einer Wohnung suchen und dass Wohnraum gleichzeitig leer steht oder zweckentfremdet wird.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Dagegen sind wirksame Instrumente notwendig. Wir meinen allerdings, dass der Gesetzentwurf, den die PIRATEN uns heute vorlegen, zu kurz greift. Die verschiedenen Entlehnungen aus anderen Bundesländern sollten wir daraufhin überprüfen, ob sie auf die Verhältnisse in Schleswig-Holstein zutreffend sind.

Darüber hinaus wünschen wir uns einen **umfassenden Blick** auf die Probleme vor Ort. Gutes Wohnen kann und darf sich nicht darin erschöpfen, dass man Zweckentfremdungen verbietet. Wir brauchen darüber hinaus Regelungen, die **Mindeststandards** gewährleisten. Dazu kann unter anderem gehören, dass Wohnraum hell, trocken und beheizbar sein muss sowie über funktionsfähige sanitäre Anlagen verfügen sollte. Wir sollten Überbelegungen verhindern und in diesem Zusammenhang von Mindestgrößen sprechen. Im Kern muss es uns darum gehen, dass Vermieterinnen und Vermieter wohnungssuchende Menschen nicht ausnutzen dürfen, um ihren Gewinn zu maximieren.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vieles davon sollte die Angelegenheit der **Kommunen** sein. Dazu sollte auch eine Ermächtigung der Kommunen gehören, **Zweckentfremdungssatzungen** zu erlassen, die regelmäßig an die aktuelle Wohnungssituation angepasst werden. Aus diesen Gründen stellen wir uns eine größere Gesetzesinitiative vor, die neben dem Zweckentfremdungsverbot auch Mindeststandards und deren Überprüfung regelt.

(Serpil Midyatli)

(Beifall SPD und Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kollege Breyer, bei dem Gesetz zur Wohnungspflege, für das sich Herr Minister Breitner beim Mieterbund eingesetzt hat, hat er von genau diesem **Wohnraumsicherungsgesetz** geredet. Sie nennen dies Sicherung für Dauerwohnraum.

Der Innenminister hat also im Grunde genommen bereits im Frühjahr angekündigt, dass es eine Gesetzesinitiative des Landes geben wird. Sie pressen nun ein bisschen vor. Das macht ja nichts, das ist ja in Ordnung. Aber wir finden, dass das, was der Minister vorhat, noch weiter gehen muss.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Ich möchte gern in meiner Rede fortfahren. Wir können nachher noch einmal ausführlich diskutieren, und mit Ihnen, Herr Kollege Breyer, natürlich wie immer im Innen- und Rechtsausschuss.

Dazu gehört ein **Zweckentfremdungsverbot**, das Mindeststandards und deren Überprüfung regelt. Wir können uns auch Regelungen vorstellen, die es Mieterinnen und Mietern leichter machen, gegen Missstände vorzugehen.

Schließlich ist uns die Frage wichtig, was tatsächlich gesetzlich geregelt werden muss und wo **untergesetzliche Regelungen** ausreichen. Wir streben an, eine möglichst große Wirkung zu erzielen, dabei aber den bürokratischen Aufwand so gering wie möglich zu halten.

(Beifall SPD)

Schleswig-Holstein macht Wohnungspolitik aus einem Guss. Das ist gut so; denn die erhöhten Mittel für die Städtebauförderung - aktuell über 48 Millionen € - sollen gut und effizient eingesetzt werden. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen und im Land umsetzen.

Wie Sie wissen, wird das Innenministerium sehr zeitnah konkret festlegen, welche Kommunen in Schleswig-Holstein wie viel Geld für welches Projekt erhält.

Wir tun noch viel mehr. Mit der Küstenkoalition und Minister Breitner wollen wir unser **Zweckvermögen Wohnraumförderung** erhalten. Wir wollen die Wohnraumförderung fortsetzen, wenn möglich auf sehr hohem Niveau. Wir haben im Jahr 2013 eine Offensive für bezahlbares Wohnen gestartet. Diese werden wir fortsetzen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir wollen die Baukosten senken und das Bauen in Schleswig-Holstein leichter und flexibler machen. Wir wollen genossenschaftliches Wohnen stärken.

Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, dass wir viele Maßnahmen durchführen, die zum Ziel haben, gutes Wohnen in Schleswig-Holstein zu erhalten und weiter zu stärken. Auf die differenzierte Wohnraumsituation in Schleswig-Holstein ist mein Kollege Herr Lehnert schon eingegangen. Den Zwischenruf vom Kollegen Kubicki finde ich ebenfalls sehr wichtig. Es kann nicht angehen, dass **bezahlbarer Wohnraum** nur in Uninähe die einzige Möglichkeit für die **Studierenden** ist, zu wohnen. Kiel hat viel mehr Straßen als nur die Holtenuer Straße. Das kann man feststellen, wenn man sich den Plan von Kiel genauer anschaut. Das habe ich Ihnen hier bereits einmal mitgeteilt.

Natürlich wollen wir unsere Anstrengungen nicht darauf konzentrieren, neuen Wohnraum zu schaffen, wenn gleichzeitig bestehender Wohnraum zweckentfremdet wird oder gar verwahrlost. Die verschiedenen Maßnahmen müssen ineinandergreifen.

Ich möchte an dieser Stelle aber ganz deutlich sagen, dass gute gesetzliche Regelungen gegen Missbrauch immer nur die schwarzen Schafe treffen. Die weit überwiegende Zahl der Eigentümerinnen und Eigentümer ist sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und geht verantwortungsvoll mit Wohnraum um.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Für den Umgang mit den wenigen anderen brauchen wir unbürokratische, wirksame Maßnahmen. Deshalb werden wir noch in dieser Wahlperiode ein **Wohnraumsicherungsgesetz** auf den Weg bringen, das die verschiedenen Aspekte verbindet. Einige davon habe ich Ihnen heute bereits vorgestellt.

Ich freue mich auf die Ausschussberatung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Wohnung, ein Dach über dem Kopf, ist Menschenrecht. Wohnen, Schutz und Geborgenheit gehören zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Auch wenn es keine abgeschlossene Definition darüber gibt, was Staatsaufgabe ist, wie weit ein staatlicher Paternalismus gehen soll und was der Eigenverantwortung der Bürger obliegt, so besteht in der Koalition doch weitgehend Einigkeit darüber, dass der Staat und die kommunalen Selbstverwaltungen den **Wohnungsmarkt** nicht sich selber überlassen dürfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Wohnen wird in einigen Teilen unseres Landes für größere Bevölkerungsschichten schlicht unbezahlbar. Schlagzeilen im „Hamburger Abendblatt“ lauten: „Untragbarer Zustand“. An anderer Stelle ist von einem Kampf gegen Schrottimmobilien die Rede. Innenminister Breitner spreche sich für ein landeseigenes Wohnungsaufsichtsgesetz aus. Land und Wohnungswirtschaft starteten die Offensive für bezahlbares Wohnen. Herr Minister Breitner, die grüne Fraktion unterstützt Sie dabei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Sylt und den Inseln verdrängen Touristen und Ferienwohnungen die Einheimischen aufs Festland. Im Hamburger Rand rechnet sich Arbeiten in der Metropole und Wohnen in Schleswig-Holstein nicht mehr. In Kiel, Lübeck und Flensburg drängen viele Studierende auf den Wohnungsmarkt.

Das **Mietengefüge** in Schleswig-Holstein gehört zu den teuersten im ganzen Bundesgebiet. Das geht aus dem Wohngeld- und Mietenbericht hervor. Das Leistungsniveau der Wohngeldausgaben liegt in unserem Bundesland circa 21 % über dem Bundesdurchschnitt. Ich denke, das ist im Rahmen der Debatten, die hier bisher geführt wurden, kaum bekannt. Das bedeutet eine Spitzenposition unter den Westländern. Das liegt im Wesentlichen an der hohen Bruttokaltmiete der wohngeldfähigen Mieten. Wir liegen da auf Platz vier im Bundesgebiet hinter den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, und unter den Flächenländern nur noch hinter Baden-Württemberg. Es fehlt in Schleswig-Holstein also an bezahlbarem Wohnraum für Otto und Erna Normalverbraucher.

In der Diskussion gehen auch Sondersituationen unter, wie ich sie aus meinem Wahlkreis, Eckernförde, kenne. Frau Midyatli, wir haben dort ja gemeinsam - - Wo sitzt sie überhaupt?

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Sie ist gerade hinausgegangen!)

- Ach so. - Wir haben dort ja gemeinsam Wohnungswirtschaftliche Veranstaltungen durchgeführt. Es ist ein verdammt teures Pflaster. Du warst ja auch dabei.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Genau!)

Wir müssen feststellen, dass Menschen, die nicht so viel „auf der Naht“ haben, in Eckernförde keinen Wohnraum mehr finden. Das taucht nirgends auf. Nicht überall, aber zunehmend ist eine solche **Verknappung** in den Gebieten mit angespannter Lage zu beobachten.

Wie Herr Lehnert ausgeführt hat, müssen die Zahlen stimmen. Das finde ich auch. Wir brauchen eine aktuelle Beobachtung des Wohnungsmarktes, um uns ein Bild von der Lage zu machen. Frau Midyatli hat ausgeführt, dass sich die **Betrachtung des studentischen Wohnens** nicht auf die Holtener Straße in Kiel beschränken sollte. Das ist natürlich richtig. Insofern finde ich auch, dass wir in der Diskussion mit aktuellen Zahlen arbeiten sollten.

Die PIRATEN adressieren mit Ihrem Vorschlag für ein Wohnraumsicherungsgesetz also ein wichtiges politisches Handlungsfeld. Die Vorschläge sind allerdings aus unserer Sicht bürokratisch und keineswegs ausreichend.

Liebe PIRATEN, es muss allerdings auch niemand zum Jagen getragen werden.

(Lachen Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die **Landesregierung** hat im Januar 2013 die **Offensive für bezahlbaren Wohnraum** gestartet. Die Landesregierung nimmt dabei viel Geld in die Hand. Für 2013 und 2014 standen und stehen 180 Millionen € zur Verfügung. Damit könnten über 1.500 preiswerte Wohnungen gefördert werden, Wohnungen, die wir dringend brauchen. Bauen, bauen, bauen ist also aus meiner Sicht die erste Priorität in dieser Debatte.

Für uns Grüne ist klar: Wohnen ist nicht ausschließlich eine Frage von Geld und Markt. Der Staat hat da eine Daseinsvorsorgepflicht. Annehmbare Wohnungen zu angemessenen Bedingungen dürfen nicht dem Preisdruck eines angespannten Immobilienmarktes geopfert werden. Wir wollen keine ökonomische Verdrängung von einkom-

(Detlef Matthiessen)

menschwachen Bevölkerungsgruppen; die sogenannte Gentrifizierung muss verhindert werden. Wir wollen keine Ferienwohnungen in Innenstädten, wenn dort bezahlbarer Wohnraum fehlt.

Minister Breitner arbeitet an einem **Wohnraum-sicherungsgesetz**. Das ist auch den PIRATEN bekannt. Wir wollen die Vorschläge der PIRATEN und auch der anderen Fraktionen gern einbeziehen. Zweckentfremdung ist aber nicht das einzige Problem. Bei der Sicherung von Wohnraum müssen weitere Fragen beantwortet werden. Der Gesetzentwurf der PIRATEN greift zu kurz. Wir müssen umfassender an das Thema herangehen.

So hat der Mieterbund zum Beispiel ein Wohnraumerhaltungsgesetz gefordert. Auch die dort gemachten Vorschläge sind sehr beachtenswert. Daher lohnt sich eine Diskussion im Ausschuss. Wir wollen den Gesetzentwurf federführend in den Ausschuss für Inneres und Recht und mitberatend in den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Zum Abschluss lassen Sie mich an die Weisheit des Grundgesetzes erinnern. In Artikel 14 Abs. 2 heißt es:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast einem Jahr, nämlich am 22. August 2013, haben wir zusammen über das sogenannte **Zweckentfremdungsverbot** gesprochen. Der damalige Antrag der PIRATEN „Bezahlbaren Wohnraum durch ein Zweckentfremdungsverbot sichern“, Drucksache 18/899, wurde dann im Innen- und Rechtsausschuss behandelt. Wie im Allgemeinen üblich wurde eine schriftliche Anhörung durchge-

führt und abschließend eine Abstimmung über die Anträge vollzogen. Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Es gab im Ausschuss für den Antrag keine Mehrheit. Meine Fraktion hat ihn im Übrigen auch nicht unterstützt.

Uns wundert natürlich nicht, dass die PIRATEN aus dem damaligen Antrag einen Gesetzentwurf gemacht haben. Das ist ihr gutes Recht. Aber ändern wird das an der Grundeinstellung meiner Fraktion zum Zweckentfremdungsverbot nichts.

Mittlerweile wurde durch Innenminister Breitner eine andere wohnungsmarktpolitische Forderung der Piratenfraktion aufgegriffen. Eine neue **Kappungsgrenzenverordnung** soll im Herbst dieses Jahres in Kraft treten. Das Ergebnis der Untersuchung des Wohnungsmarktes in Schleswig-Holstein spricht eigentlich für sich selbst. So fallen nun zwölf der 48 untersuchten Gemeinden in Schleswig-Holstein unter die Kappungsgrenzenverordnung. Davon haben im Übrigen immerhin die Hälfte, also sechs Gemeinden, die erforderliche Punktzahl durch die Summe der untersuchten Indikatoren erreicht. Der Kollege Lehnert hat darauf bereits hingewiesen. Doch bei insgesamt 1.110 Gemeinden im Land müssen wir uns die Frage stellen: Herrscht hier überhaupt ein Regelungsbedarf, wenn objektiv nur 0,5 % der Gemeinden in Schleswig-Holstein betroffen sind?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Plenardebatte am 22. August 2013 hat Innenminister Breitner zum Zweckentfremdungsverbot eindeutig Stellung bezogen und die Sachlage sehr gut auf den Punkt gebracht, wie ich finde. Ich zitiere:

„Das Zweckentfremdungsverbot mit Genehmigungsvorbehalt ist ein sperriges Instrument mit hohem Verwaltungsaufwand, insbesondere für die Kommunen. Für die Landesregierung hat aus diesen Gründen die Prüfung einer Zweckentfremdungsverordnung derzeit keine Priorität. Wir brauchen keine generellen Lösungen für Probleme, die es im Land nur punktuell gibt.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Recht hat er, finde ich.

Neben den von Innenminister Breitner aufgeführten Argumenten ist ein Zweckentfremdungsverbot doch vor allem eines, nämlich ein massiver **Eingriff in die Eigentumsrechte**. Das können und werden wir als FDP-Fraktion nicht unterstützen.

(Beifall FDP - Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Wolfgang Kubicki)

- Herr Kollege Breyer, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu, sondern möchte meine Gedanken vollständig zu Ende führen. Sie hatten ja bereits zehn Minuten Zeit, Ihre Gedanken hier auszubreiten.

Wir müssen uns die Frage stellen, welches die **Bedingungen** dafür sind, dass wir in bestimmten Gebieten zu **bezahlbarem Wohnraum** zurückkehren. Es gibt ja mittlerweile Stellungnahmen des Mieterbundes und Wohnungsunternehmen, die darauf hinweisen, dass beispielsweise die Zurverfügungstellung von bezahlbarem Bauland durch die Kommunen eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass Wohnraumangebote geschaffen werden können.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Kollege Tietze, ich bin jetzt einmal ein bisschen ketzerisch, was meine Freunde auf Sylt angeht. Wenn die Sylter Hochhäuser zulassen würden, was natürlich die touristische Attraktion der Insel nicht mehr in die Höhe schrauben würde - -

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich will das ja nicht. Aber wenn Sie bezahlbaren Wohnraum wollen, dann sollten Sie sich einmal anschauen, was die in Manhattan in den USA machen.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja! Das kennen Sie nicht. Dort erhalten Unternehmen, die in ihren Gebäuden zu 25 % bezahlbaren Wohnraum anbieten, schnellere Baugenehmigungen und logischerweise auch die Möglichkeit, höher zu bauen. Im Anschluss wird der Wohnraum zwischen denjenigen, die den Wohnungsbedarf haben, verlost, weil die Nachfrage extrem hoch ist.

Sie sagen, Sie wollten auf Sylt in bestimmter Art und Weise bauen - das akzeptiere ich -, zugleich erklären Sie aber, wir bräuchten bezahlbaren Wohnraum, den man auf andere Art und Weise beschaffen müsse. Man kann ja Sylt nicht unendlich ausdehnen, außer man baut in die Höhe.

(Zurufe Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Erdmann, es wäre schön, Sie würden sich mit dieser Thematik beschäftigen. Es geht hier nämlich um die Frage, wie man bezahlbaren Wohnraum in Gebieten schaffen kann, in denen der Grundstücksmarkt nicht unendlich vergrößert werden kann. Das ist die spannende Frage. Das errei-

chen Sie interessanterweise nicht durch eine Zweckentfremdungsverordnung.

(Beifall FDP)

Durch eine Zweckentfremdungsverordnung bekommen Sie nämlich keinen neuen Wohnraum, den wir dringend brauchen.

Ich habe in meiner Rede im August 2013 bereits ausgeführt, dass ich ein Zweckentfremdungsverbot für **Tourismusgebiete** sehr kritisch sehe. Die PIRATEN haben mit diesem Gesetzentwurf, soweit ich das Anliegen der PIRATEN verstanden habe, insbesondere die Wohnraumsituation auf der Insel Sylt im Visier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bleibe bei meiner Einschätzung, dass ein Zweckentfremdungsverbot weder sachdienlich noch angemessen ist, um eine Erleichterung für den in einigen Teilen Schleswig-Holsteins angespannten Wohnungsmarkt zu erreichen. Vollkommen unabhängig davon, ob die PIRATEN nun einen Antrag oder einen eigenen Gesetzentwurf einbringen: Neuen Wohnraum, mehr Angebot auf dem Wohnungsmarkt schafft man mit Anreizen und nicht durch Regulierungen und Verbote.

(Beifall FDP und CDU)

Wir müssen in Schleswig-Holstein **Motivationsanreize** für die **Schaffung neuen Wohnraums** setzen. Diese grundsätzliche Einstellung teilen die PIRATEN offenkundig nicht, sonst hätten sie diesen Gesetzentwurf - jedenfalls so - nicht eingebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden den Gesetzentwurf im Innen- und Rechtsausschuss beraten. Wir werden Anhörungen dazu durchführen. Aber die grundlegende Frage, wie wir mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können, lösen wir mit diesem Gesetzentwurf nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Wohnraum** ist **Lebensraum** und damit natürlich ein sensibles Thema also. Ein Blick auf die Struktur reicht aus, um zu erkennen, dass es in Schleswig-Holstein erhebliche Unterschiede in puncto Wohnraumversorgung gibt. In vielen Ge-

(Lars Harms)

genden gibt es mehr Wohnraum als potenzielle Bewohner, und in anderen konzentrierten Regionen ist zur Verfügung stehender Wohnraum Mangelware. Deswegen muss kleinteilig vorgegangen werden. Wir vom SSW vertreten die Auffassung, dass die kommunale Ebene am besten entscheiden kann und auch sollte.

(Beifall SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die **kommunale Ebene** muss auch in Zukunft genügend **Entscheidungsmöglichkeiten** haben, vor Ort zu agieren. Sie kennt die Bedarfe der Stadt- und Dorfbewohner am besten. Wir sollten uns also noch einmal gründlich Zeit nehmen, um über den ange-dachten Gesetzentwurf und die Rechte und Möglichkeiten auf kommunaler Ebene zu beraten.

Die sogenannte **Zweckentfremdung** ist zum Beispiel kein einfacher abgrenzbarer Begriff. Das liegt daran, dass selbst das Wohnen an sich gar nicht so leicht zu definieren ist. Was verstehen wir unter dem Begriff „wohnen“? Was ist Wohnraum und was ist nicht Wohnraum? Darf Wohnraum zusammenhängend sein, wie zum Beispiel auf der Insel Sylt? Auf der Insel Sylt gibt es ja Regelungen darüber, dass man Wohnraum bekommen kann, zugleich aber auch vermietbaren Wohnraum für Touristen anbieten muss, sodass das darüber finanziert werden kann. Das ist eigentlich eine clevere Idee. Aber es gibt dann immer wieder Abgrenzungsprobleme, wenn man solche Regelungen wie die mit der Zweckentfremdung macht.

Die Kommunalpolitik hat diesbezüglich so manche Erfahrungen sammeln können. Auch die Frage nach dem **Eingriff ins Eigentum** stellt sich in diesem Zusammenhang - der Kollege Kubicki hat dies eben schon ausgeführt -, denn jede Reglementierung ist natürlich auch ein Eingriff in das persönliche Eigentum des Besitzers von Wohnraum. Wie weit kann und sollte man in ein solches sensibles Grundrecht eingreifen? Auch diese Frage muss man sich natürlich stellen.

Das **Zweckentfremdungsverbotsgesetz**, wie es in Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg zu finden ist, ist zweifelsohne regional vernünftig. Jedoch halte ich es für wenig sinnvoll, diese Regelung auf Schleswig-Holstein überzustülpen. Denn unser Land hat zum Beispiel mit den beiden erwähnten Bundesländern Hamburg und Berlin nur wenig gemein. Der Wohnmarkt in Schleswig-Holstein unterscheidet sich erheblich von dem im hansestädtischen Nachbarland. Die Unterschiede könnten kaum größer sein. Von daher müsste man sich zu-

nächst einmal die Gegebenheiten bei uns ansehen, weil sich die ganze Problematik nur schwer verallgemeinern lässt.

Wir sollten aber auch die bestehenden Instrumente genau untersuchen. Regelungen zur Wohnraumversorgung sowie zum bezahlbaren Wohnraum wie etwa die Kappungsgrenze bestehen bereits. Zusätzliche Regelungen müssen die bestehenden Regelungen ergänzen.

Von daher muss man erst einmal beraten, inwieweit ein Zweckentfremdungsverbot in die bestehenden Regelungen integriert werden kann. Vor dem Hintergrund wechselnder Bedarfe ist und bleibt es absolut sinnvoll, Maßnahmen und Zielregionen jederzeit anpassen zu können.

Sie merken schon, es ist ein Balanceakt zwischen wohnraumfördernden Regelungen und genügend Entscheidungsspielraum für die Verantwortungsträger vor Ort sowie der Wahrung des Rechtes auf Eigentum mitsamt seinen Verpflichtungen. Wir brauchen also eher flexible Strategien und weniger Gesetze.

Fakt ist, dass sich in puncto Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein etwas bewegt. Nach dem Grundsatz „Neue Wohnungen sind der beste Mieterschutz“ hat die Landesregierung in den letzten zwei Jahren vor allem eines unterstützt: Es wird gebaut, gebaut, und nochmal gebaut. So wurden fast 1.000 zusätzliche **öffentlich geförderte Mietwohnungen** im Hamburger Umland, über 300 im Raum Kiel und jeweils mehr als 100 neue Wohnungen in Lübeck und auf Sylt geschaffen. Den eingeschlagenen Weg halte ich für ausgesprochen gut. Hier müssen wir weitermachen, und das sollte auch unsere Priorität sein.

Wenn man sich die Probleme einmal genau anschaut, und dies nicht nur in den speziellen Regionen, die besonders stark belastet sind, sondern auch die anderen Orte, dann wird man sehen, dass man zum Beispiel in meinem Heimatort Husum riesige Probleme hat, Berufsschüler unterzubringen, weil wir dort keine kleinen Wohnungen haben, die zentrumsnah sind. Das ist für den ländlichen Raum ein haarsträubendes Problem. Wir haben zwar dezentral immer noch genügend Schulen, um die Jugendlichen ausbilden zu können; aber wir können ihnen inzwischen aber keinen Wohnraum mehr anbieten.

Insbesondere bei uns in Ostfriesland kommt noch die Schwierigkeit hinzu, dass **Jugendliche** einen **Anspruch auf Wohnraum** haben, die von den Inseln stammen und eben nicht jeden Abend wieder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückfahren kön-

(Lars Harms)

nen. Das ist zum Beispiel für einen Ort wie Husum ein riesiges Problem.

Wenn man sich Flensburg ansieht - Ähnliches gilt natürlich auch für Lübeck und Kiel -, erkennt man, man hat dort insbesondere Probleme, **studentischen Wohnraum** zu schaffen. Auch dort redet man eher über kleinere Wohnungen und nicht über die vorhandenen Drei-, Vier- oder Fünfstückwohnungen.

Wenn man sich dann noch den **demografischen Wandel** ansieht, dann stellt sich sofort auch die Frage: Was braucht ein Rentner, was brauchen alleinlebende Menschen im hohen Alter an Wohnraum? Die Antwort lautet meist: Dies sind eher auch kleinere Wohnungen. Insoweit haben wir durchaus eine besondere Verantwortung, vor allem haben wir eine politische Verantwortung. Dabei denke ich auch ein wenig an den Bund, der bei uns noch sehr viele Liegenschaften hat, die zum Teil eben nicht günstig an die Kommunen abgegeben werden, damit diese vernünftigen Wohnraum schaffen können.

Vor dem Hintergrund ist da viel, viel mehr zu tun. Ob wir dann darüber hinaus noch **weitere gesetzliche Regelungen** brauchen, sollten wir insbesondere mit der kommunalen Ebene im Rahmen der Ausschussberatungen beraten. Wir sind da aber sehr, sehr skeptisch. Es ist aber so, dass ein Gesetzentwurf mit der kommunalen Ebene beraten wird. Schauen wir einmal, was am Ende dabei herauskommt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer hat das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über die konstruktive Beratung unseres Gesetzentwurfs. Ich nehme mit Respekt zur Kenntnis, dass sich SPD und Grüne einen umfassenderen Ansatz wünschen, der auch Wohnraumpflege des vorhandenen Bestands umfasst. Das ist eine durchaus respektable Position. Das Problem ist nur, dass Sie bisher überhaupt keinen von diesen beiden Ansätzen verfolgt haben.

(Beifall PIRATEN)

Wir legen zumindest auf dem Gebiet des Zweckentfremdungsverbots endlich einen konkreten Ansatz vor.

Frau Kollegin Midyatli, wir sollten die Reihenfolge nicht durcheinanderbringen. Es war ja nicht so, dass Ihr Innenminister vorgeprescht ist und wir jetzt handeln. Es war so, dass wir bereits im letzten Jahr einen **Antrag** vorgelegt haben, der ein **Zweckentfremdungsverbot** gefordert hat. Herr Kollege Kubicki, der Antrag ist im Ausschuss nicht abgelehnt worden. Nachdem sich bis heute nichts getan hat, sind wir in Vorlage gegangen und haben einen konkreten Gesetzentwurf vorgelegt.

Herr Kollege Kubicki, ich möchte noch etwas zu den **Studierenden** sagen. Sie haben ja etwas leichtfertig gesagt, die sollen sich nicht so haben, die können auch einmal weiter weg von der Uni wohnen. Sie wissen, dass es in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern unterdurchschnittlich wenig Wohnheimplätze gibt. Studierende, die weiter weg von der Uni wohnen wollen, sind darauf angewiesen, dass es zur Universität eine Anbindung gibt. In vielen Gegenden von Kiel oder Lübeck ist es zum Beispiel abends so, dass man gar nicht mehr zu Abendveranstaltungen der Universität kommen kann. Das heißt, dass nicht jede Wohnung auch für Studierende geeignet ist und dass bei kleinen Wohnungen ein besonderes Mietproblem vorhanden ist.

Das **Mietgutachten** des Innenministeriums hat ergeben, dass bei Wohnungen mit einer Größe von weniger als 40 m² die Mieten in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren im Schnitt um 5 % gestiegen sind. In Kiel oder Lübeck sind sie aber um 8 oder 9 % gestiegen. Wir haben somit durchaus ein besonderes Problem bei den kleinen Wohnungen, wie sie insbesondere Studierende benötigen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage der Frau Abgeordneten Midyatli?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja.

Serpil Midyatli [SPD]: Herr Kollege Breyer, soll ich Ihre Ausführungen so verstehen, dass die Studierenden an der FH Kiel in Dietrichsdorf dort keinen bezahlbaren Wohnraum finden und wir die Studentenwohnheime noch

(Dr. Patrick Breyer)

weiter ausbauen sollten? Ihre Aussage ist sehr interessant.

- Frau Kollegin Midyatli, ich habe von dem speziellen Fall, den Sie nennen, gar nicht gesprochen, sondern von der allgemeinen Situation.

- Sie haben von Sylt gesprochen. Dann kann ich auch für die Studierenden sprechen.

- Das können Sie sehr gern. Allgemein ist die Situation für Studierende schwierig, wie Sie auch in den Stellungnahmen gegenüber unserem Landtag angegeben haben. Die Studierendenvertretungen in Lübeck und Kiel haben unseren Vorstoß ausdrücklich begrüßt und gefordert.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Vielen Dank, Herr Präsident. - Lieber Herr Kollege, würden Sie mir zugestehen, dass erstens die möglichen Probleme im Personennahverkehr der Städte Kiel, Lübeck und Flensburg mit der Wohnraumsituation überhaupt nichts zu tun haben?

Würde es Ihnen zweitens einleuchten, dass wir es bei über 20.000 Studierenden an der Uni Kiel schwer hinbekommen würden, die alle um den Blücherplatz herum unterzubringen?

- Erstens. Nein, das gestehe ich Ihnen nicht zu - -
(Zurufe PIRATEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie dürfen dazu jetzt gern etwas sagen, wenn Sie möchten.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Für Studierende kommen von vornherein nur Wohnungen infrage, von denen sie auch ihre Universität erreichen können. Das liegt doch auf der Hand, Herr Kollege Kubicki.

Wenn Sie kritisieren, wir bräuchten keine generelle Lösung für ein regionales Problem, bitte ich Sie, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass unser Gesetz-

entwurf genau das vorsieht. Lars Harms, deswegen haben wir applaudiert, als Sie sagten, die kommunale Ebene solle entscheiden. Unser Gesetzentwurf sieht vor, dass jede Stadt und jede Gemeinde selber entscheiden soll, ob sie diese Probleme haben und ob sie dieses Instrument nutzen wollen.

(Beifall PIRATEN)

Herr Kollege Kubicki, ich kann nur sagen, Sie können gern Politik für Manhattan machen.

(Heiterkeit PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen Politik für Sylt, für die Städte im Hamburger Rand, für Lübeck, Kiel und Flensburg. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht. Wir kommen jetzt zur Landesregierung. Ich erteile Herrn Innenminister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt folgen Ausführungen für das ganze Land.

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, Dauerwohnraum zu schützen. Erreicht werden soll dies durch ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, über das die Gemeinden entscheiden können. Dazu zunächst zwei grundsätzliche Ausführungen: Erstens. Ja, auch die Landesregierung steht hinter dem Ziel, das **Wohnen** für unsere **Bürgerinnen und Bürger** dauerhaft zu sichern. Verschiedene Initiativen belegen das, so die erfolgreiche Offensive für bezahlbares Wohnen oder die Einführung der mietrechtlichen Kappungsgrenze, die noch in diesem Herbst beschlossen werden soll. Zweitens. Wir befürworten auch den Vorschlag, die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen zu stärken und ihnen das Instrument des **Zweckentfremdungsverbots** an die Hand zu geben.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

- Damit - bevor Sie zu intensiv applaudieren - endet aber auch schon unsere Übereinstimmung mit Ihrem Gesetzentwurf. Der größte Teil meiner Rede befasst sich jetzt mit dem Gegenteil.

Der Entwurf ist ein Flickenteppich entsprechender Regelungen aus Bayern, Hamburg und Berlin. Sie haben zusammengefügt, was nicht zusammenpasst,

(Minister Andreas Breitner)

an vielen Stellen nicht zusammenpasst, und vor allen Dingen auch nicht zu unserem Land passt. Rechtstechnisch fällt zum Beispiel auf, dass insbesondere durch die Übernahme von Regelungen aus Stadtstaaten die **Zuständigkeiten** im **Gesetzentwurf** nicht schlüssig sind. Kompetenzen, die dort dem Senat eingeräumt werden und sinnvollerweise in einer Hand liegen, sind im Gesetzentwurf an Gemeinden und Landesregierung verteilt. Ebenso haben wir inhaltliche Probleme mit dem Entwurf. Er lobt besonders, dass nicht nur bestehender Dauerwohnraum gesichert, sondern auch **Ferienwohnungen** in Dauerwohnraum zurückverwandelt werden sollen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Geplant ist also eine gesetzliche Rückwirkung mit all ihren verfassungsrechtlichen Problemen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wie in Berlin!)

- Ihr großes Vorbild ist Berlin. Richtiger Einwurf, Herr Dr. Breyer. Passt Berlin für Schleswig-Holstein? Ist dieses in den Gebieten Schleswig-Holsteins, die vom Tourismus leben, überhaupt vertretbar, oder droht hier nicht auch erheblicher **Schaden** für die **Tourismuswirtschaft** im Land? Das war eine rhetorische Frage. Dies muss sorgfältig abgewogen werden. Hier zeigt sich jedenfalls die Gefahr einer schlichten Übertragung von Regelungen auf Schleswig-Holstein, die für strukturell völlig andere Gebiete, wie hier Berlin, geschaffen wurden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Andreas Breitner, Innenminister:

Nein, das tue ich nicht. - Noch ein letzter Kritikpunkt. Ich meine das konstruktiv. Durch das Zusammentragen verschiedener Regelungen nach dem Motto „Erlaubt ist, was gefällt“, ist ein sehr umfangreiches **Gesetz** entstanden, das einen erheblichen **bürokratischen Aufwand** verspricht. Stichworte sind zum Beispiel Sonderregelungen für Treuhänder oder Detailregelungen zur Datenerhebung und Datenverarbeitung. Ich habe lieber übersichtliche, schlanke und verständliche Gesetze statt abschreckende Bürokratie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Volker Dornquast [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Deshalb werfen wir einfach einmal einen Blick über die Landesgrenze, aber nicht Richtung Berlin, sondern Richtung Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen regelt die Befugnis zum Erlass eines Zweckentfremdungsverbots in einem Paragraphen seines neuen Wohnungsaufsichtsgesetzes. Daran könnten wir - ich betone: könnten wir - uns ein Beispiel nehmen, aber vorher diskutieren wir darüber.

Was plant nun die **Landesregierung**? Wir haben mit der **Konzeption** eines **Wohnungsaufsichtsgesetzes** begonnen, das sowohl auf einen angemessenen Wohnungsstandard hinwirkt als auch die Kommunen zum Erlass von Zweckentfremdungssatzungen befugt. Beide ordnungsrechtlichen Ansätze sind dann in einem Gesetz miteinander verbunden. Die sonderrechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen zur Sicherung des Wohnbestandes werden umfassend dargestellt. Für unausgereifte Schnellschüsse sehen wir dagegen keine Veranlassung. Die Kommunen können Dauerwohnraum bereits jetzt durch städtebaurechtliche Erhaltungssatzungen durch § 172 des Baugesetzbuchs schützen. Auf der Insel Sylt wurde von dem Instrument bereits mehrfach umfangreich und erfolgreich Gebrauch gemacht.

Erinnern möchte ich abschließend daran, dass es in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2000 eine Zweckentfremdungsverordnung des Landes gab. Sie war bei den Kommunen nicht sonderlich beliebt. Es gab keine Gemeinde, die für eine Verlängerung der Verordnung plädierte. Stattdessen machten sich mehrere Gemeinden für eine vorzeitige Aufhebung stark.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Das Zweckentfremdungsverbot, das Genehmigungsverfahren und Kontrollen nach sich zieht, wurde als sperriges Instrument - ich wiederhole also mein Zitat - mit hohem Verwaltungsaufwand empfunden, das die Kommunen belastete.

Bemühen wir uns also jetzt um einen mit den Kommunen sorgfältig abgestimmten Gesetzentwurf, der praktikable Regelungen enthält und dann auch vor Ort Wirkung zeigen kann. Das würde zu Schleswig-Holstein deutlich besser passen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/2108 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Bericht zum Verlauf und zu den Ergebnissen des Kulturdialogs der Landesregierung

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2213

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Ich bitte um das Handzeichen, wenn Sie der Meinung sind, dass das geschehen soll. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist so der Fall.

Ich erteile für die Landesregierung der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Eine Bemerkung vorweg: Im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien kann man nachlesen - ich zitiere -:

„Kulturpolitik in Zeiten von schrumpfenden Gesellschaften und Sparhaushalten heißt, neue Strategien für eine reiche, vielfältige und qualitativ hochwertige Kulturlandschaft zu entwickeln.“

Und weiter:

„Wir brauchen endlich eine kulturpolitische Debatte, in deren Verlauf wir Leitlinien im Dialog mit den Kulturschaffenden und den Kommunen erarbeiten.“

Unser **Kulturdialog** beschreibt genau diesen Prozess. Die Landesregierung hat in einem breit angelegten Dialog mit den Akteuren der Kulturlandschaft die Lage in Schleswig-Holstein erörtert und debattiert, wie wir die Versorgung im Land mit Kultur für jedermann sicherstellen können. Lassen

Sie mich hinzufügen: Wir können stolz sein, sowohl auf den Prozess, als auch auf das Ergebnis; denn erstmalig legt eine Landesregierung ein **Kulturkonzept** vor.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich daher bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses sowie bei den Akteuren im Land, aber auch bei unseren Mitstreiterinnen und Mitstreitern in Parlament und Kabinett bedanken, dass wir dieses auf die Beine stellen konnten.

Meine Damen und Herren, die Art und Weise, wie eine Gesellschaft ihre Kultur lebt und fördert, ist ein Ausdruck dafür, wie eine Gesellschaft ihre Demokratie lebt und stärkt. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Deren Ort ist das Parlament, und mit dieser Debatte heute ist die Kulturpolitik im Parlament angekommen. Das ist ein Ergebnis unseres Kulturdialogs.

Mit dem Kulturkonzept haben wir zum ersten Mal grundlegende Leitlinien für die Kultur in Schleswig-Holstein definiert. Wir sind von vier Schwerpunkten ausgegangen, die den Leitlinien zugrunde gelegt waren. Die Landesregierung möchte erstens das kulturelle Erbe des Landes bewahren und vermitteln, zweitens die ästhetische Bildung und kulturelle Teilhabe fördern, drittens den Kulturstandort Schleswig-Holstein stärken und viertens die Kulturförderung sichern. Die Inhalte unseres Kulturkonzeptes können sich sehen lassen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind verbindlich genug für die Kulturpolitik und offen genug, gemeinsam mit den Kulturinstitutionen unser Land lebendig zu gestalten. Sie sind ein aktiver Beitrag für die demokratische Entwicklung Schleswig-Holsteins.

Ich will einige Beispiele nennen: Erstens. Das Kulturkonzept legt einen Schwerpunkt auf die **Unterstützung einer flächendeckenden Struktur**. Das ist eine deutliche politische Ansage. Sie bedeutet, dass wir eine tragfähige kulturelle Infrastruktur brauchen, die für Menschen im ländlichen Raum und für alle sozialen Milieus erreichbar ist. Der Erhalt und die Förderung von Kultureinrichtungen in den Regionen werden zu Errichtung von Kulturknotenpunkten führen, die den Support im ländlichen Raum übernehmen sollen. Sie sollen die Angebotsstrukturen sinnvoll untereinander und mit den großen Zentren vernetzen, sie professionell be-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

raten, Kooperationen fördern und ihre Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Gleichzeitig sollen die Akteure vor Ort aktiv einbezogen werden. Wir wollen keine Parallelstrukturen schaffen, sondern bestehende Einrichtungen weiterentwickeln. 2015 sollen zwei erste Knotenpunkte eingerichtet werden. Weitere folgen in den nächsten Jahren. Entsprechende Vorkehrungen sind im Haushaltsentwurf für 2015 getroffen.

Zweitens. Schleswig-Holstein ist zu übersichtlich für kleinteilige Konkurrenz. Wir müssen die verschiedenen Anbieter ins Gespräch und so Wissensmanagement befördern. Die Kulturabteilung meines Hauses hat darum das Thema **Vernetzungsstrategien** neu in ihrem Aufgabengebiet. Wir wollen durch neue Wege die Anbieter von Kulturveranstaltungen und Fortbildungen zusammenbringen, um die attraktiven Angebote noch sichtbarer zu machen. Die Kulturknotenpunkte sind dabei wichtige Bausteine.

Drittens. Die im Jahr der kulturellen Bildung 2014 begonnene Vernetzung zwischen den **Akteuren der schulischen und außerschulischen Bildung** wird zielgerichtet fortgesetzt. Das unterstreicht, dass das Jahr der kulturellen Bildung keine Eintagsfliege ist, sondern langfristig wirkt. Gemeinsam mit den für Bildung im Land Verantwortlichen wollen wir nach Wegen suchen, wie wir ästhetische Qualifikationen verstärken können. Dazu gehören Bildungs- und Sozialministerium ebenso wie die Einrichtung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung oder die Volkshochschulen. Wir wollen die Qualität steigern und für eine breitere Akzeptanz sorgen sowie insbesondere auf neue Vermittlungswege hinweisen, die durch die Digitalisierung entstehen. Das Stichwort heißt Medienkompetenz.

Viertens. Grenzüberschreitend zu denken, gilt ganz wörtlich auch in der Zusammenarbeit mit unserem **dänischen Nachbarn**. Erste Gespräche hat es bereits gegeben. So kann ich mir vorstellen, dass wir im Bereich Kultur und Kreativwirtschaft zu einer intensiven Zusammenarbeit kommen. Wir sind da schon auf einem guten Weg.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nordschleswig oder Sønderjylland wollen wir in die Arbeit der **Kulturknotenpunkte** einbeziehen. Nicht zuletzt erkennen wir die Minderheitenkulturen als originären Teil der Kultur Schleswig-Holsteins an.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fünftens. Im Förderbereich werden wir projektweise die Idee einer **Kontraktförderung** umsetzen, die den Empfängern mehr Planungssicherheit und dem Land mehr politische Steuerungsmöglichkeiten gibt. Auch hier sind wir auf einem guten Weg mit guten Gesprächen mit dem Finanzministerium.

Sechstens. Ein neu einzurichtendes **Kulturlabor** soll als regelmäßig tagende Arbeitsgruppe über Trends und Entwicklungen beraten und der Kultur im Land zusätzliche Impulse geben. Die erhoffe ich mir zum Beispiel auch beim Beschreiten neuer Wege. Digitalisierung, moderne Medien und kreative Ansätze sollen auch in Schleswig-Holstein einen Platz in der Kunst finden. Wir brauchen Platz für Experimente, nicht zuletzt für junge Menschen.

Siebtens. Die **Kommunen** sind wichtige Partner des Kulturkonzepts. Mit ihnen über die Weiterentwicklung zu sprechen und gemeinsame Wege der Realisierung zu finden, wird unser nächster Schritt sein.

Bei aller Abstraktion spiegelt das Kulturkonzept klar die kulturpolitischen Schwerpunkte des Landes wider. Es fügt sich deswegen nahtlos in unsere anderen kulturpolitischen Aktivitäten ein. Die Sorge um das **kulturelle Erbe** korrespondiert mit der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes. Ebenso gehört hierzu die besondere Pflege unserer **Gedenkstättenkultur**, die wir im Konzept ebenso zum Erbe und also zur Verantwortung unseres Landes für zukünftige Generationen zählen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Förderung der **ästhetischen Bildung** passt zum Jahr der kulturellen Bildung. Die Forderung nach **kultureller Teilhabe** gehört zum sozialpolitischen Handeln dieser Landesregierung dazu. Als konkretes Beispiel mag hierfür gelten, dass die neuen Knotenpunkte auch die Aufgaben von den sogenannten Kulturlogen übernehmen sollen, also die Vermittlung von Restkartenkontingenten an Menschen, die sich sonst den Zutritt zu kulturellen Angeboten unter Umständen nicht leisten könnten.

Wir haben schon viel allein durch den Prozess und unser Kulturkonzept erreicht. Der Weg ist aber noch nicht zu Ende, denn es bleibt dabei: Kulturpolitik gehört ins Zentrum der Politik.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Durch Kultur erfahren wir eine Bereicherung unseres Lebens und neue Denkanstöße. Denkanstöße schaffen Werte. Werte prägen Gesellschaften und stärken das gesellschaftliche Zusammenleben. Daher ist und bleibt und wird Kultur immer ein wichtiger Baustein unserer Gesellschaftspolitik sein.

Meine Damen und Herren, wer die Chance hat, sich kulturell zu betätigen, der geht letztlich auch zur Wahl. Die Landesregierung handelt danach. Wir freuen uns über jede Unterstützung aus dem Parlament. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das war der geforderte Bericht. Wir kommen jetzt zur Aussprache. Für die SSW-Abgeordneten hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In den vergangenen Monaten haben sich die verschiedensten Akteure, darunter viele Ehrenamtliche, sowie Vertreter von Verwaltung, Bildung und Wissenschaft bis hin zu Vertretern der Wirtschaft, zusammengefunden, um im Rahmen des Kulturdialogs Neues zu erarbeiten. Dabei ging und geht es vor allem um die Frage, welche Kultur wir in unserem Land brauchen und auch brauchen wollen. Diese Frage ist natürlich nicht neu, jedoch sollte man sie sich immer wieder neu stellen, damit das Bisherige nicht einstaubt.

Die Herausforderungen sind dabei klar: Menschen, vor allem junge Menschen, vermehrt für Kultur zu begeistern, in Zeiten knapper Haushaltslagen echte **Perspektiven** für den **Kulturbereich** zu schaffen. Das ist eine Herausforderung, die zwangsläufig zur Kenntnis genommen werden muss. Aus den aktuellen Haushaltsentwürfen geht hervor, dass man auch für 2015 versucht, Perspektiven zu schaffen.

Der Kulturbetrieb ist ein sensibles Gebilde. Wenn wir ehrlich sind, ist es die Kultur, die sich als Erstes kaputtsparen ließe. Doch nun hat man dem Kaputtsparen einen Riegel vorgeschoben. Das heißt nicht, dass in naher Zukunft im Kulturbereich Milch und Honig fließen werden, jedoch zeigt die Landesregierung, dass sie Kultur nicht mehr als Kürzungsmasse versteht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Sie versteht es auch nicht als eine Domäne, die sich selbst überlassen werden sollte und die sich ausschließlich mit sich selbst beschäftigt. Denn darum geht es ja: sich zu öffnen, neue Impulse zu entwickeln und anzuwenden.

Wirtschaft und Kultur sind sicherlich zwei Fachbereiche, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Gerade diese Bereiche gilt es auch im Rahmen des Kulturdialogs miteinander zu verknüpfen. In der Frage nach der Nutzung der Kultur als Standortfaktor stehen wir in Schleswig-Holstein noch am Anfang. In Sachen Kulturtourismus im Land ist noch reichlich Luft nach oben. Das Schleswig-Holstein Musik Festival hat auch in diesem Jahr gezeigt, dass durchaus Potenzial vorhanden ist. Man muss eben nur Ideen haben. Genau dort wollen wir ansetzen. Die Landesregierung hat die ersten Schritte in die Wege geleitet. Nun geht es darum, diesen Weg in Zukunft fortzusetzen. Wir als SSW wollen diesen Weg unterstützen.

Das **Kulturkonzept** fordert eine stärkere Vernetzung ein. Gute Kulturfinanzierung ist das eine, zur Qualitätssicherung gehört aber auch, nach Kompetenzen zu schauen und sie vernetzen. Dabei geht es darum, verschiedene kulturelle Anbieter zusammenzubringen, quasi eine Bündelung der Angebote. Eine solche Maßnahme wirkt sich natürlich auch auf die Außendarstellung aus, wobei wir wieder bei der Nachfrage wären. Ein Kreislauf. Dabei geht es darum, dem Ganzen etwas Schwung zu geben, damit das Ganze nicht zum Stehen kommt. Denn es gibt viel in unserem Land; wir müssen lernen, darüber zu sprechen.

Das ist den Beteiligten des Kulturdialogs durchaus gelungen. Die **Kulturknotenpunkte** sind ein wichtiger Baustein in dieser Strategie. Besonders begrüßenswert finde ich den Ansatz, die **ästhetische Qualifikation** zu stärken. Dabei ist es vor allem wichtig, die Bildungsträger in unserem Land einzubeziehen. Dieser Austausch hat stattgefunden und sollte in Zukunft noch ausgeweitet werden, damit auch die Akzeptanz für und mit Kulturschaffenden sowie die kulturelle Teilhabe wachsen kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Konklusion zum Konzept des Kulturdialogs und die durchaus angedachten Ziele lassen sich klar und deutlich darstellen. Die Landesregierung sieht Kultur als eine Querschnittsaufgabe an, Kultureinrichtungen im Land als einen öffentlichen Wert, der öffentliche Mittel legitimiert und von besonderer Bedeutung für das Zusammenleben in Schleswig-

(Jette Waldinger-Thiering)

Holstein ist. Hierzu zählt auch die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** von Institutionen und Einrichtungen. Die **Minderheiten** im Land sind ein wichtiges kulturelles Plus. Kultur bereichert unser Leben und gibt uns die Einsicht und die Toleranz, unsere Mitmenschen über Grenzen hinweg zu verstehen.

Zum Schluss möchte ich einen Dank an unsere Finanzministerin richten, die Mittwoch in ihrer Haushaltsrede gesagt hat, dass wir 49 € im Jahr pro Einwohner in Schleswig-Holstein für Kultur ausgeben. Ich habe in vielen Reden gesagt: Kultur ist Schwarzbrot und keine Sahnetorte. Schwarzbrot kann man auch noch mit Körnern bestücken. Es gibt Luft nach oben. Wir wollen gemeinsam mehr für Kultur machen. Ich richte einen großen Dank an das Ministerium, an Anke. Schwarzbrot gehört zum Leben, zur Völkerverständigung.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Sven Krumbek [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, wir haben die Redezeit, wie Sie vielleicht gemerkt haben, Frau Abgeordnete, um drei Minuten verlängert. Das ist die Zeit, die die Ministerin die Redezeit überzogen hat. Das gilt auch für die CDU-Fraktion, für die jetzt Herr Abgeordneter Peter Sönnichsen das Wort hat.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben mir in den letzten Tagen schon gesagt, das Konzept sei so gut, dass man ihm nur zustimmen könne. Ich denke, diesen Ansprüchen kann es nur teilweise gerecht werden, aber damit können wir wohl beide leben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will ein deutliches Lob voranstellen. Der **Bericht** zeigt zu Recht die Bedeutung der Kultur, ihre Vielfalt, die Bedeutung des Ehrenamts für die Kultur und gerade in der Diskussion um die Kultur. Ich will Dank und Anerkennung aussprechen für die Kulturschaffenden, die Kulturinteressierten, für Ehrenamt, Hauptamt in den Verbänden, Wirtschaft, sehr geehrte Frau Ministerin, Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Organisation und die konsequente Durchführung in Lenkungsgruppe und vier Arbeitsgruppen sowie für die Dokumentation des gesamten Prozesses. Das ist wirklich hilfreich und sollte hier angesprochen werden.

(Beifall)

Ebenfalls als positiv erwiesen haben sich die **Schwerpunkte**, die so gut gewählt sind, dass sich das große **Spektrum unserer Kultur** darin wiederfindet.

Sehr geehrte Frau Ministerin, bis zu Ihrem mündlichen Bericht eben lagen mir nur die schriftlichen Konzepte und Empfehlungen vor. Ich habe mir einmal die Empfehlungen vor der Kabinettsbefassung als Ausfluss der durchgeführten Beratungen und das Ergebnis der Kabinettsbefassung, also die Fassung von Juli 2014, nebeneinandergelegt. Ich sage hier ganz deutlich: Die Textpassagen sind in den Aussagen deutlich abgeschwächt worden, und die hinzugefügten Passagen der Landesregierung - gut erkennbar, weil grau unterlegt - bleiben sehr bei allgemeinen Aussagen und ohne konkrete Umsetzungsvorschläge.

Da heißt es: Schleswig-Holsteins Kultur hat Zukunft. Ich frage: Welche? Da sagt die Landesregierung, sie wolle die Kultur unterstützen. Ich frage: Wie? Sie will der Kultur helfen, deren Bedeutung sichtbarer zu machen. Mit welchen Maßnahmen? Es gilt, die Kultur abzusichern. Ich frage noch einmal: Wie? Außer mehrfachen Hinweisen auf Vernetzung und Digitalisierung kommt hier wenig bis nichts, sehr geehrte Frau Ministerin. Das muss ich so sagen.

Wo in den Empfehlungen noch von **finanzieller Förderung** die Rede ist, gibt es in der Kabinettsfassung nur noch die **ideelle Förderung**, meistens mit den Worten „bestmögliche Unterstützung“.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Kollegin Waldinger-Thiering hat eben die Zahlen der Finanzministerin genannt, die am Mittwoch genannt worden sind. Daraus mache ich niemandem einen Vorwurf. Sie müssen aber bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass Sie an die gleichen Grenzen stoßen wie alle Vorgängerregierungen, sehr geehrte Frau Ministerin. Das wird deutlich - da bin ich anderer Meinung als meine Vorrednerin - in den Titeln 0940 ff. des Haushaltsentwurfs 2015. Alles das gehört zur Realität der heutigen Beratung und Ihres Berichts.

Ich schätze und teile Ihr Eintreten für die Kultur, Frau Ministerin. Die schriftlichen Konzepte zeigen aber auch deutlich **Handlungsbedarf** der gesamten Landesregierung. Wenn Kultur im Zentrum der Politik steht, dann sicherlich auch im Zentrum der Landesregierung - so darf ich unterstellen.

(Peter Sönnichsen)

Bei der **kulturellen Infrastruktur** wird die Abstimmung mit der Landesentwicklungsplanung und der Verkehrsplanung als Notwendigkeit erkannt. Wissen Staatskanzlei und Verkehrsministerium das?

(Volker Dornquast [CDU]: Ich glaube nicht!)

Zum zu Recht gelobten **Ehrenamt!** Der Bericht spricht zum Beispiel von Vielfalt im musischen Bereich. Gesangvereine, Orchester, Volkshochschulen, überall ehrliche, begeisterte Arbeit, die aber spätestens dann endet, wenn man sich nach den Kursen und Auftritten mit der Künstlersozialkasse auseinandersetzen muss. Ihre Kollegin Finanzministerin hat gerade vor einigen Tagen Steuertipps für Vereine neu herausgegeben - 188 Seiten. Das sehe ich nicht unbedingt als Motivationsförderung für das Ehrenamt an.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Zum Schwerpunkt **ästhetische Bildung** wurde das Jahr der kulturellen Bildung vorgezogen. Das ist in Ordnung. Aber es reicht nicht, wenn in dem jetzt vorgelegten Bericht von der Weiterbildung von Kulturschaffenden für den Unterricht die Rede ist. So etwas will auch von den Schulen koordiniert sein. Vor wenigen Wochen haben wir hier über die Vorhaben der Bildungsministerin zur Abschaffung von Kreisfachberatern gesprochen. Eigentlich muss in Bezug auf Kultur über Stellen Kreisfachberater Kultur gesprochen werden. Das vermisse ich.

Zum Erhalt und zur Vermittlung des **kulturellen Erbes** sprechen Sie besonders kirchliche und private Eigentümer an. Zumindest hinsichtlich der privaten Eigentümer habe ich Bedenken, wie das zu Ihrem neuen Denkmalschutzgesetz passt.

Schleswig-Holsteins Kultur braucht Perspektive, so heißt es in dem Papier auf Seite 6. Darin sind wir alle einig. Es gibt aber noch Ihren eigenen Anspruch aus Ihrer Rede vom Mai 2013, Frau Ministerin. Ich darf zitieren:

„Ich wünsche mir ... die Verabschiedung einer Kulturstrategie in diesem Hause, in diesem Parlament.“

Mit dem heute zur Kenntnis zu nehmenden Bericht kann das sicherlich nicht gemeint sein. Ich schließe wie beim letzten Mal: Es gibt noch viel zu tun.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, herzlichen Dank für Ihren Bericht und herzlichen Dank für die Arbeit, die Sie und Ihr Ministerium in den Kulturdiallog investiert haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In diesen Dank schließe ich drei Leute ein, die ich eben oben auf der Tribüne gesehen habe - ich weiß jetzt nicht, wo sie geblieben sind -, Alex Luttmann vom LKJ, Guido Froese vom Nordkolleg und Monika Peters von den Volkshochschulen Schleswig-Holstein. Das sind drei, die wie viele andere dabei waren, die sich an diesem Projekt beteiligen durften.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die **Kulturpolitik** steht auf allen Ebenen - von der Kommune bis zum Bund - in einem permanenten Widerspruch. Niemand bestreitet, welche hohen **gesellschaftlichen und ökonomischen Wert** Kultur hat und wie wichtig es deshalb ist, Kultur zu fördern. Dennoch diskutieren wir Jahr für Jahr viel eher über Streichungen als über mögliche Aufwüchse. So wird auch der Haushalt 2015 im Kulturbereich nach dem Wegfall der einmaligen Zensusmittel im vergangenen Jahr mit deutlich weniger Geld auskommen müssen. Ein Kollege sagte eben scherzhaft zu mir: Es ist auch bezeichnend, dass zu diesem Thema eine Finanzbeamtin spricht.

In dieser Situation noch einmal mein Dank an die Ministerin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber eben auch an diejenigen, die sich um die Gestaltung von Kultur in Schleswig-Holstein bemühen und die sich trotz dieser unbefriedigenden Haushaltslage dem Gespräch nicht verweigert haben, die - im Gegenteil - dieses Gespräch, diesen Dialog als Angebot gesehen haben, die Kultur in diesem Land voranzubringen.

Der Bericht macht deutlich, dass sich **öffentliche Kulturpolitik** eben nicht im Verteilen von Finanzen erschöpfen darf. Als neue, wichtige Aufgabe hat sich während des Dialogs herauskristallisiert, die kulturellen Angebote in unserem Land zu vernetzen, vor allem mithilfe des Internets. Diese **Vernetzung** wird uns helfen, ein flächendeckendes Kulturangebot im ganzen Land zu erhalten. Wenn der Kunstverein in Segeberg und der Kunstverein in Elmshorn eine Ausstellung zum selben Künstler

(Beate Raudies)

planen, brauchen Sie nicht beide ein eigenes Plakat zu drucken. Wenn man voneinander weiß, hilft es, wenn man sich die Kosten für Katalog und Plakat teilen kann. Das bringt beide Vereine voran.

Öffentliche Kulturpolitik steht auch in der Verantwortung, wenn es darum geht, das **kulturelle Erbe** unseres Landes zu bewahren. Nun wissen wir alle: Erbschaften machen nicht immer nur Freude. Allein die Pflege der Bestände von Archiven und Bibliotheken wird uns in den nächsten Jahren viel Geld kosten. Für den Erhalt von denkmalgeschützten Immobilien nehmen wir sogar die Eigentümer in die Pflicht.

Besondere Verantwortung haben wir für unser **historisches Erbe**. Unser Land steht als ehemalige frühe Hochburg des Nationalsozialismus und zugleich als Sitz der letzten nationalsozialistischen Regierung auch in der Verantwortung, historische und zeitgeschichtliche Aufklärung zu leisten. Hierzu wird in mehreren Gedenkstätten des Landes Großes geleistet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darum haben wir die finanzielle Unterstützung dieser Arbeit ausgebaut, und das Gedenkstättenkonzept der Landesregierung benennt weitere Handlungsschritte.

Aus dem Bericht der Ministerin ist deutlich geworden, dass **kulturelle Teilhabe** für uns von großer Bedeutung ist. Das Jahr der kulturellen Bildung 2014 ist eine gute Gelegenheit, daran zu erinnern, dass die schulische und die außerschulische Bildung eine Daueraufgabe sein muss. Das ist in der Öffentlichkeit auch längst angekommen. Eltern akzeptieren es nicht, wenn bei personellen Engpässen an den Schulen als erstes der Kunst- oder Musikunterricht ausgesetzt wird. Hier hat der Kulturdialog viele neue Ideen geliefert. Zusammen müssen wir jetzt an der Verstärkung der Projekte arbeiten. Herr Sönnichsen, ich habe Sie so verstanden, dass Sie daran gern mitwirken würden. Ich lade Sie herzlich dazu ein.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist auch ein Tourismusland. Der Tourismus ist einer unserer wichtigsten Wirtschaftszweige. Auch wenn die kulturellen Angebote zunächst einmal ein wichtiger Standortfaktor für die Menschen sind, die in Schleswig-Holstein leben, gehören **Angebote im kulturellen Bereich** heutzutage als selbstverständlicher Bestandteil in jedes **Tourismuskonzept**. Hier sind die kleinen Angebote vor Ort genauso wichtig wie die großen, landesweiten Flaggschiffe.

An dieser Stelle nutze ich die Gelegenheit, dem neuen Intendanten des SHMF, Herrn Dr. Christian Kuhnt, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den zahlreichen Künstlerinnen und Künstlern und allen Ehrenamtlern in den Beiräten sehr herzlich dazu zu gratulieren, dass das neue Konzept des SHMF aufgegangen ist und diese Saison so ein großer Erfolg war.

(Beifall)

Ich will einen Punkt noch besonders hervorheben, und das ist die **adäquate Bezahlung von Künstlerinnen und Künstlern**. Das ist keine Frage von Bürokratie und Künstlersozialkasse, sondern eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die weitaus meisten Menschen, die hauptberuflich im kulturellen Bereich tätig sind, arbeiten in Niedriglohngruppen. Das wurde bereits durch frühere Anfragen zur Entwicklung der Kultur in Schleswig-Holstein und zur Kulturwirtschaft immer wieder erhoben. Wenn wir von Mindestlohn sprechen, muss dieser Grundsatz auch für diejenigen gelten, die in kulturellen Einrichtungen tätig sind. Wir wollen keine prekären Arbeitsverhältnisse fördern, sondern gute Bezahlung für gute Kunst.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen ist es gut, dass Kulturförderung des Landes künftig nur noch unter Beachtung des Landesmindestlohngesetzes möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Kulturkonzept, das die Kulturministerin als Ergebnis des langen Dialogverfahrens erstellt hat, sollten wir meines Erachtens im Bildungsausschuss ausführlicher diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn wir diesem Konzept dort die gleiche Aufmerksamkeit widmen könnten wie den schulpolitischen und wissenschaftlichen Themen. Das ist auch die Gelegenheit, über die Details zur Umsetzung zu sprechen, darüber vielleicht noch zu streiten oder an weiteren zu arbeiten.

Auf diese Beratung freue ich mich. Ich beantrage die Überweisung des Antrags in den Bildungsausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir neben den genannten Vertretern der Kulturarbeit in Schleswig-Holstein auch weitere Schülerinnen und Schüler des Bernstorff-Gymnasiums in

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Satrup. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kultur ist zugleich Spiegel und Korrektiv der Gesellschaft, man könnte auch sagen, sie ist ihre Substanz, sie ist die gemeinsam entwickelte Art des Umgangs miteinander und die immer wieder überprüfte und manchmal neu ausgerichtete Verständigung darüber, was uns in dieser Gesellschaft zusammenhält, was uns in dieser Gesellschaft wichtig ist. Kultur ist mithin mehr als ein weicher Standortfaktor, Kulturpolitik ist essentiell für unser Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beate Raudies [SPD])

Soweit die Sonntagsrede, die ich ernst meine, und auf die wir uns wahrscheinlich alle verständigen können. Wir reden heute allerdings über eine Premiere. Erstmals wird mit den **Kulturperspektiven** für Schleswig-Holstein nicht nur eine Momentaufnahme, sondern ein Vorschlag für die zukünftige Entwicklung der Kulturpolitik des Landes beschrieben. Ein Vorschlag wohlgemerkt, der nicht als Masterplan, der nicht von Kiel aus dem Land übergestülpt wird, sondern der im ausführlichen Diskurs mit den Kulturschaffenden im Land erstellt wurde und mit diesen auch weiterentwickelt werden soll.

Herr Kollege Sönnichsen, ja, wir stoßen an die gleichen Grenzen wie die Vorgängerregierung. Diese Grenzen sind nicht nur, aber auch **finanzieller Natur**. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung machen wir aber an diesen Grenzen nicht halt oder kehren gar um, sondern versuchen, innerhalb dieser Grenzen Spielräume auszuloten und neue zu entwickeln. Ich denke, da liegt der wesentliche Unterschied zu dem, was bislang in diesem Land passiert ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beate Raudies [SPD])

Kultur, meine Damen und Herren, kann man nicht verordnen. Kulturpolitik von oben kann nichts erreichen. Deshalb war der Kulturdialog so wertvoll. Deshalb werden wir ihn auch weiterführen. Von der Soziokultur bis zum Schloss Gottorf, von der Volkshochschule bis zum Kunstmuseum waren alle Akteure im Land eingeladen, sich zu beteiligen und

das Ergebnis zu gestalten, und zwar selber zu gestalten. Dieses Ergebnis wurde uns heute mit den Kulturperspektiven von der Ministerin vorgestellt.

Das waren Leute, die das Land und seine kulturellen Schätze kennen, diese kulturellen Schätze seit Jahren zum Teil auch heben, es waren aber auch gleichzeitig Menschen, die wie diese Landesregierung wissen, dass sie nicht an einem Tischleindeck-dich-Tisch zusammensaßen. Sie wissen sehr wohl, dass sie sich in Zeiten von Tarifsteigerungen auf der einen Seite und Konsolidierungspfad auf der anderen Seite noch einige Zeit gehörig nach der Decke strecken müssen. Trotzdem haben sie nicht aufgegeben, trotzdem sind sie bereit, weiter diesen Dialog mit dieser Landesregierung zu führen. Dafür möchte ich an dieser Stelle meine Hochachtung, meinen Respekt und meinen herzlichen Dank zum Ausdruck bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zwei Punkte scheinen mir für die Zukunft von zentraler Bedeutung für die Kulturpolitik im Lande zu sein. Erstens. Wie halten wir es in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein mit dem ländlichen Raum? Zweitens. Wie kommen wir aus der Verwaltung des finanziellen Mangels in die gestaltende Offensive? Noch einmal: Hier geht es um die Grenzen, an denen andere bereits kehrngemacht haben.

Mit den geplanten **Kulturknotenpunkten** geben wir eine Antwort für den **ländlichen Raum**. Und das ist für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein, mit mancherorts dramatischen Folgen in der Siedlungsentwicklung durch den demographischen Wandel, von geradezu existenzieller Bedeutung. Vernetzung und Kooperation sichern und stärken das Kulturangebot in der Fläche und unterstützen zugleich die Kulturschaffenden. Es geht nicht mehr darum, dass man sich alleine sieht und alleine fühlt, sondern es kann nur weitergehen, wenn wir uns zusammenschließen, unsere Kräfte bündeln und versuchen, uns gemeinsam zu stärken.

Viele am Kulturdialog Beteiligte, die sich vorher schon kannten - denn unser Land ist ja durchaus überschaubar - schwimmen schon lange im gleichen Teich. Viele begrüßten dennoch diesen Dialog und bekannten ausdrücklich, neue Aspekte und Perspektiven gewonnen zu haben. Auch deshalb soll das Gespräch nicht abbrechen und in regelmäßigen Treffen eines Kulturbeirates fortgeführt werden. Dies ist eine Überwindung von Grenzen, an denen man früher Halt gemacht hat, so würde ich es ausdrücken.

(Marlies Fritzen)

Der zweite Punkt ist der noch entscheidendere: Welche **Gestaltungsoptionen** gibt es in der Kulturpolitik? - Die Spielräume, wir alle wissen es, sind eng. Allein die Zuschüsse an die schleswig-holsteinischen Landesmuseen Schloss Gottorf und die Staatsleistungen an die Kirchen, die ebenfalls aus dem Kulturretat bezahlt werden müssen, machen rund die Hälfte der gesamten Mittel aus, die uns zur Verfügung stehen. Dazu kommen noch erhebliche Gelder aus dem FAG, die fast ausschließlich zur Finanzierung der Theater aufgewandt werden.

Aufwüchse, etwa durch Tarifsteigerungen, engen die Möglichkeiten weiter ein. Das behandeln wir hier nicht zum ersten Mal, ich will es aber trotzdem wiederholen, da ich es wichtig finde. Es stellt sich die Frage, wie Angebote weiterentwickelt und besser vernetzt werden können. Dort, wo es eng ist, muss man künftig besser zusammenarbeiten, Kultur ist auch an dieser Stelle nicht statisch, das Kulturkonzept bietet hier gute Ansätze, auch auf die W-Fragen. Herr Sönnichsen, diese Fragen müssen Sie stellen, ich habe sie auch. Aber ich denke, dass darauf bereits eine Menge Antworten gegeben wurden.

Konkret gesagt, dieses Ziel wird nicht aus Kiel erreicht werden können, sondern nur, wenn man sich vor Ort miteinander verständigt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese Ansätze aus dem Kulturkonzept nicht zu nutzen, diese Fragen nicht zu stellen, hieße tatsächlich, in eine Mangelverwaltung hineinzulaufen. Das ist eben gerade keine Kulturperspektive für Schleswig-Holstein.

Zum Schluss erlauben Sie mir bitte, noch einen Satz zu der viel diskutierten Ausrichtung der **Gedenkstättenarbeit** im Land zu sagen. Frau Ministerin, Sie wissen - und das möchte ich ausdrücklich hier noch einmal betonen -, wie sehr ich es schätze, dass Sie gerade diesen Punkt zu einem zentralen Punkt Ihrer Arbeit in der Kulturpolitik gemacht haben: mit der Einrichtung des Runden Tisches, mit vielen Gesprächskreisen, die diese schwierige Themen, auch dieses schwierige gemeinsame Agieren aufgreifen, und sich nicht wegzuducken, sondern dieses in den Vordergrund zu rücken und dem auch eine Prominenz zu geben, die es wirklich verdient hat. Das unterstütze ich ausdrücklich und danke Ihnen, dass Sie sich um dieses Thema so besonders kümmern, und das nicht erst, seitdem Sie Ministerin sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich möchte deshalb an dieser Stelle noch einmal betonen, dass ich die Idee einer neuen Stiftung begrüße, die sowohl die Arbeit der bisherigen, zumeist ehrenamtlich geleisteten Gedenkarbeit an die NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein unterstützt, als auch ein Konzept für den Umgang mit der Neulandhalle im Dieksanderkoog in Dithmarschen entwickelt. Diese Stiftung muss aus meiner Sicht die Grundlage für die zukünftige Erinnerungskultur im Land legen und die verschiedenen Perspektiven, die wir im Moment noch diskutieren, zusammenführen, auch wenn sie nicht immer so übereinstimmen, wie wir es uns gern wünschen. Sie ist aus meiner Sicht die organisatorische Voraussetzung für jede weitere Arbeit in diesem Bereich.

Ich wünsche mir, dass wir an dieser Stelle einen großen Schritt vorankommen. Sie haben mich, wenn wir die Schritte so nacheinander machen, an Ihrer Seite. - Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Spoorendonk, vielen Dank für den Bericht. Auch ich möchte an dieser Stelle meinen Dank im Namen der FDP-Fraktion an die **Mitwirkenden des Kulturdialogs** richten, insbesondere an die vielen Ehrenamtler und auch an Herrn Dr. Lätzel für die sehr gute Moderation. Denn diese waren die tatsächlichen Akteure, die die Kulturperspektiven für Schleswig-Holstein aufgestellt haben. Sie haben mit ihrer Expertise nicht nur eine Bestandsaufnahme vorgenommen, sondern auch Strategien und Prozesse beschrieben. Insofern möchte ich an dieser Stelle wirklich anerkennen, dass dies ein echter Dialog war.

Ehrlicherweise formuliert die Ministerin auch, dass es sich hier bei dem Ergebnis der vorgelegten **Kulturperspektiven** erst einmal nur um eine **Richtschnur** für die zukünftige Kulturpolitik handelt. Die Umsetzung konkreter Maßnahmen stellen auch Sie, Frau Ministerin, unter den **Vorbehalt der Finanzierung**. Es wirkt wie beiläufig gesagt, ist aber von großer Bedeutung, auch in den Redebeiträgen der Koalitionspartner.

(Anita Klahn)

Vorgestern hatten wir die erste Haushaltslesung. Mit großem Interesse habe sicher nicht nur ich mir den Einzelplan 09 für den Kulturbereich angesehen. Mit Verlaub, Sie haben von der Koalition keine großen zusätzlichen Beträge für den Kulturbereich erhalten. Ganz im Gegenteil, viele Einzelmaßnahmen sind - wie man so schön sagt - überrollt, und einige erhalten sogenannte kleine Wohlfühlgeschenke.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel festmachen. Der Landesmusikrat bekommt etwa 13.000 € mehr. Der Landesverband der Musikschulen erhält circa 12.000 € mehr: Dafür veranschlagen Sie aber im Bereich der Zuwendungen an die Musikschulen knapp 50.000 € weniger. In Summe ist diese Maßnahmegruppe also um rund 18.000 € reduziert worden. Ich frage Sie: Wo ist da der Gewinn für die Musikförderung?

(Beifall FDP)

Freie und private Theater erhalten 50.000 € mehr. Konkret betrifft dies acht Anbieter. Lieber einen Spatz in der Hand als eine Taube auf dem Dach, das mag da manch einer denken.

Kritisch sehe ich auch die Einrichtung von sogenannten **Kulturknotenpunkten** mit einem Finanzvolumen von 40.000 €. Die Koalition verfährt hierbei nach dem gleichen Muster wie bei den Familienzentren. Unter einem vielversprechenden Namen verbirgt sich lediglich eine Organisationsstruktur, die vorhandene kulturelle Angebote miteinander vernetzen soll.

Frau Ministerin, geben Sie dieses Geld doch direkt an die im Kulturbereich tätigen Institutionen, damit diese ihre Angebote sichern, ausbauen oder günstiger zugänglich machen können, aber schaffen Sie doch bitte keine zusätzliche Bürokratie.

Meine Damen und Herren, die im Juli 2014 vorgestellten Kulturperspektiven bleiben leider weit hinter den Ankündigungen der Ministerin zurück und dürften auch nicht die Erwartungen der am Kulturdialog Beteiligten erfüllen. Wortreich umschriebene Aufgabenstellungen anstelle von klar definierten und überprüfbaren Zielen. Ein modernes Denkmalschutzgesetz wird angekündigt, von dem wir bereits wissen, dass es heftig umstritten ist.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass die Ministerin die **NS-Geschichte** aufarbeiten lassen will, ist auch nicht neu. Die dazugehörigen Projekte lassen sich nur mit Drittmitteln finanzie-

ren. In Bezug auf die Neulandhalle ist dieses Verfahren aber bereits gnadenlos gescheitert.

Dass ein moderner **Internetauftritt** geschaffen werden soll, um die kulturellen Reichtümer des Landes darzustellen, mag ja Begeisterung bei den PIRATEN hervorrufen. Weitere Infobroschüren auf umweltgerechtem Papier mögen den Eindruck aktiven Handelns vermitteln, aber de facto ist alles beim Alten geblieben. Nicht ganz - gut, dass wir einmal darüber gesprochen haben.

An dieser Stelle möchte ich an die lebhaften Debatten der vergangenen Legislaturperiode erinnern, in der Sie nicht müde geworden sind, vollmundig und aus tiefstem Herzen darzustellen, was Sie alles besser machen wollten, wenn Sie denn die Gelegenheit dazu bekämen. Frau Ministerin, jetzt Sie haben die Gelegenheit dazu.

Sie haben im Rahmen einer Arbeitssitzung gesagt, Sie würden dem Landtag das Ergebnis des Kulturdialoges vorlegen und letztlich entscheide die Politik, was umgesetzt werde. Damals suggerierten Sie, dass Sie das also nicht beeinflussen könnten. Das ist so aber nicht ganz richtig. Sie sind Teil der Landesregierung. Sie können verhandeln. Sie können Akzente setzen.

Das Gesamthaushaltsvolumen verzeichnet seit 2012 ein Plus von 2 Milliarden €. Betrachtet man den **prozentualen Anteil des Kulturhaushaltes am Gesamthaushalt**, dann ist festzustellen, dass dieser von 0,653 % im Jahr 2012 auf 0,594 % im Jahr 2015 sinken wird. Kulturpolitische Schwerpunktsetzung sieht anders aus.

(Beifall FDP)

Es wäre schön, wenn Sie feststellen und anerkennen würden, dass Sie letztlich die gleichen Schwierigkeiten haben, die auch wir in der vergangenen Legislaturperiode hatten. Außerdem würde ich mich sehr freuen, wenn Sie sich im Gespräch mit der Bildungsministerin dafür einsetzen würden, dass es an Schulen wieder mehr Musik- und Kunstunterricht gibt, als dies bisher der Fall gewesen ist. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte auch ich mich bei der Frau Ministerin und Ihrem Team, vor allem aber auch bei allen ehrenamtlichen Teilnehmern des Kulturdialogs sehr herzlich für ihre Teilnahme und die tolle Arbeit beim Kulturdialog danken.

(Beifall PIRATEN)

Frau Spoorendonk, Ihnen und Ihrem Team merkt man eindeutig an, dass Sie für Kultur in diesem Land brennen und dass Ihnen die Kultur in diesem Land außerordentlich am Herzen liegt. Bitte verzeihen Sie mir aber, wenn ich den **Kulturdialog** nicht nur als Strategietreffen für die zukünftige Kulturpolitik im Land bezeichne.

Vielmehr habe ich mir beim kulturpolitischen Dialog insbesondere die Sorgen und Nöte der kulturpolitischen Akteure in diesem Land angehört. Trotz allem **Triumph und Aufbruchgefühl**, das durch den Kulturdialog entstanden ist, ist auch die Sorge geblieben. Die **Sorge** ist teilweise sogar noch angewachsen. Viele wichtige Themen wurden hier schon angesprochen. Insbesondere die musischen Fächer, aber auch die soziokulturellen Zentren haben sehr große Ängste um die Zukunft. Diese sind durch den Kulturdialog leider auch nicht aus der Welt geschaffen worden.

Zudem besteht große **Sorge um das Geld**. Nicht umsonst hat eine Zeitung getitelt: Viele Worte, wenig Geld. - Das war die Überschrift in einer schleswig-holsteinischen Tageszeitung, als es um die Kulturperspektiven ging.

Ich bin mir sehr sicher, dass viel miteinander gesprochen wurde. Das ist auch gut so. Es kamen viele Menschen ins Gespräch. Ich war selbst in großen Teilen mit dabei und kann sagen, dass die Stimmung in großen Teilen gut war, abgesehen von den Sorgen, die ich vorhin erwähnt habe. Die Menschen haben das Angebot angenommen. Da will ich an dieser Stelle überhaupt nichts schlechtreden.

Die **Kulturperspektiven** aber, die das erste Ergebnis des Kulturdialogs sein sollten, waren für mich ernüchternd, weil im Land nach wie vor das Geld fehlt, um wirklich Großes umzusetzen und weil - das ist aus meiner Sicht ein handwerklicher Mangel - vieles einfach noch nicht spruchreif ist.

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen. Es sollen **Kulturknotenpunkte** geschaffen werden. Was steckt hinter dieser Idee? Es sollen sich zum Beispiel Volkshochschulen oder Musikschulen um 20.000 € bewerben. Im Gegenzug sollen sie Kultur

vermitteln, Netzwerke schaffen und für Kulturbreitung sorgen.

Nun werden diese Einrichtungen, die personell ohnehin schon „Oberkante Unterlippe“ arbeiten, mit weiteren Aufgaben betraut, die sie vermutlich ohne zusätzliches Personal gar nicht wuppen könnten. Also geht die Aufgabepremie zum Glück vielleicht mit einer halben Stelle drauf. Dann muss die Einrichtung wieder aus der eigenen Substanz heraus arbeiten. Wir wissen alle, wie gut diese Substanz ist. Daher fehlen mir der Glaube und konkrete Anhaltspunkte, dass die Kulturknotenpunkte wirklich den Effekt haben werden, den wir uns wünschen.

Ein Zweites kommt hinzu. Laut Antwort auf eine Kleine Anfrage von mir zu diesem Thema werden die **Details** erst jetzt erarbeitet. Wer kann denn überhaupt Kulturknotenpunkt werden? All das soll noch geklärt werden. Wenn man - wie die Regierung - der Überzeugung ist, dass Kulturknotenpunkte für die Fläche sinnvoll sind, den möchte ich ausdrücklich daran erinnern, dass es gerade in der Fläche Kulturvereine und -verbände gibt, die gut arbeiten.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sollen sich vernetzen!)

Tun wir doch bitte nicht so, als hätte Schleswig-Holstein ein kulturloses Hinterland. Besuchen Sie zum Beispiel einmal die Mitgliedsvereine des SH-HB. Dann werden Sie sehen, dass in Teilen mehrere hundert Menschen zusammensitzen. Allerdings haben diese keine Chance, als Kulturknotenpunkt zu arbeiten, weil ihnen die professionelle Geschäftsstelle fehlt. Ich frage mich an dieser Stelle: Benachteiligen wir dadurch nicht das Ehrenamt? Diese Frage stelle ich mir ernsthaft. Ich gebe den Tipp ab, dass es vornehmlich die Volkshochschulen sein werden, die die Prämien erhalten. Mal sehen, ob ich Recht behalte.

Für eine gute Idee halte ich die **Kontraktförderung**. Wer vor zwei Jahren die Mühe auf sich genommen und zugehört hat, als Torge Schmidt hier unsere Haushaltsvorstellungen erläuterte, der wird sich daran erinnern, dass wir dafür waren, Einrichtungen, Vereine und Verbände über langfristige institutionalisierte Zuschüsse und den Abschluss von Zielvereinbarungen abzusichern. Das fanden wir damals richtig. Natürlich können wir der Kontraktförderung viel abgewinnen. Wir hätten uns aber transparente Kriterien gewünscht, die festlegen, wer in den Genuss der neu strukturierten Förderung kommen soll. Wer entscheidet wann und mit wem? Das alles liegt mir noch ein bisschen im Dunkeln.

(Sven Krumbeck)

Hier hätte ich aber gern etwas mehr Licht, um alles besser sehen zu können.

(Beifall PIRATEN)

Es gibt vieles, über das ich noch reden könnte. Die **politische Einflussnahme** auf die **strukturelle kulturelle Entwicklung** zum Beispiel macht mich stutzig. Ich habe Sorge, dass wir eine Zentralisierung von Kultur erhalten, die letztlich keinen Effekt hat. Für ein kulturell blühendes Land bedarf es mehr als das, was uns vorgelegt wurde. Ich hoffe, dass noch mehr hinterher kommt. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und Anita Klahn [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Beate Raudies von der SPD-Fraktion.

(Martin Habersaat [SPD]: Frag ihn mal, was er gegen Volkshochschulen hat!)

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Aussage der Kollegin Klahn lässt mir keine Ruhe. Das war der Satz: Gut, dass wir einmal darüber gesprochen haben.

Ich glaube, dieser Satz ist all denen gegenüber, die sehr intensiv und mit großem Engagement an diesem Dialog mitgewirkt haben, eine so große Frechheit, dass ich mich schäme, dass Sie hier so etwas sagen. Es tut mir leid, Frau Klahn, aber das wird der Sache auf gar keinen Fall gerecht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man will ja eigentlich nicht aus dem Nähkästchen plaudern. Frau Klahn, aber Sie waren in der **Projektlenkungsgruppe** diejenige, die schon in der ersten Runde das Thema **Geld** angesprochen und gesagt hat: Das wird sowieso nichts, wenn wir nicht mehr Geld hineintun. Also können wir es doch gleich lassen.

Ich finde, es ist ein Armutszeugnis, so in den Dialog hineinzugehen. Dann können Sie es auch sein lassen, das ist in Ordnung. Sagen Sie dann aber gleich: Ohne Geld geht es nicht. Ich finde aber, das ist armselig. Mit mehr Geld ist alles leicht. Der Spagat ist doch gerade, es in einem Haushaltskonsolidierungsland mit wenig Geld hinzubekommen, eine anspruchsvolle, hochgradige und über das gan-

ze Land verteilte Kulturpolitik zu realisieren. Gerade das ist die Aufgabe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Aufgabe stellen wir uns endlich einmal. Das, was in diesem Land in den letzten Jahren hier passiert ist, war ein Armutszeugnis. Ich habe die FDP in meiner Region als kulturaffine Partei kennengelernt. Dass Sie hier so etwas sagen, finde ich unglaublich.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie - -

Beate Raudies [SPD]:

Nein, ich gestatte keine Zwischenfragen. - Zu den **Gedenkstätten**: Wenn ich mich richtig erinnere, dann haben wir die Förderung verdreifacht. Dies sage ich, weil hier gesagt wurde, wir kürzten die Mittel. Wir haben die **Dynamisierung der Theaterförderung** wieder eingeführt. Dies sind nur zwei Beispiele bei denen wir tatsächlich mehr Geld in die Hand genommen haben. Über alles andere diskutieren wir gern im Bildungsausschuss, wenn wir über den Haushalt des Kulturministeriums diskutieren werden. Im Moment ist das noch ein Regierungsentwurf. Vielleicht ist Ihnen das entgangen. Sie haben gesagt, die Koalition habe der Ministerin noch nichts gegeben. Die Koalition hat den Haushalt noch gar nicht in der Hand gehabt. Vielleicht ist das zu Ihren Regierungszeiten anders gewesen. Wir aber beraten den Haushalt, wenn er im Parlament ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Satz noch zu Sven Krumbeck: In der Opposition zu sein, macht manchmal keinen Spaß, wenn man partout ein Haar in der Suppe finden muss. Was ist an den **Kulturknotenpunkten** so schwierig? - Es geht darum, bei den Einrichtungen, die für die Organisation in der Fläche schon da sind, anzudocken, die Arbeit dort zu erleichtern und sie auszubauen. In dem Pinneberger Kreiskulturzentrum Drostei leistet man genau diese Arbeit. Wenn wir diese durch zusätzliche Mittel unterstützen können, dann bringt das die Kultur im ganzen Land voran. Wir werden dann noch viel mehr sehen. Für die Kontraktförderung brauchen wir nicht die Idee der PIRATEN. Darauf sind wir von allein gekommen. - Vielen Dank.

(Beate Raudies)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Raudies, dass Sie noch keinen Haushalt haben, ist erstaunlich!)

Anita Klahn [FDP]:

Vielen Dank für den Kommentar, Kollege Garg. - Frau Raudies, Polemik als Ablenkungsmanöver ist nicht hilfreich.

(Beifall Martin Habersaat [SPD] - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Sie werfen mir in dem Zitat, das Sie eben gebracht haben, etwas vor. Ich weiß nicht, ob Sie an der **Arbeitsgruppensitzung** teilgenommen haben. Ich habe lediglich die Ministerin zitiert, ohne dass ich dies hier offenkundig gemacht habe. Die Ministerin selbst ist mit dieser Formulierung aufgetreten, als es darum ging, dass sich alle Akteure am Tisch darüber im Klaren waren, dass man zur Umsetzung all dieser tollen Ideen **Geld** braucht. Die Frau Ministerin hat in diesem Zusammenhang formuliert, dass darüber das Parlament entscheiden müsse. Ansonsten sagte sie, und ich erinnere mich gut daran, weil ich das einfach frech fand, wir hätten nett beieinander gesessen und Kaffee getrunken.

(Widerspruch Beate Raudies [SPD])

- Gern. An dieser Stelle war ich wirklich empört. Das waren nur schöne Wohlfühlworte auf einer netten Veranstaltung. Alle wussten, dass es nicht wirklich mehr Geld geben kann.

Sie haben das große Glück hoher Einnahmen. Sie haben 2 Milliarden € mehr als geplant. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn wir dieses Geld gehabt hätten, dann wäre das anders gewesen. Hören Sie auf, hier immer herumzujammern. Sie wären mit uns ganz anders umgegangen. Wir wissen doch, dass Sie in der letzten Legislaturperiode immer aufgesprungen sind und gesagt haben, Sie seien die Guten. Nutzen Sie die Gelegenheit. Tun Sie etwas. Packen Sie nicht nur alles in schöne und nette Worte, während Sie die Menschen draußen letztlich doch im Regen stehen lassen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Für die Landesregierung hat jetzt noch einmal die Frau Ministerin das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass diese Debatte im zuständigen Bildungs- und Kulturausschuss weitergeführt werden soll. Ich finde, das ist der richtige Ort. Dennoch habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich eines gleich klarstellen möchte, damit es nicht zu einer weiteren Mythenbildung kommen kann. Liebe Frau Klahn, Sie haben die Frage gestellt, was es mit den 50.000 € auf sich hat, die wir Ihrer Meinung nach den **Musikschulen** gestrichen haben. Ich rufe in Erinnerung, dass der Musikschultaler weggefallen war. Für 2014 haben wir diese Summe von 50.000 € aufgefangen. Jetzt aber greift der Musikschultaler wieder. Das heißt, es gibt im Bereich der Musikschulen keine Kürzungen. Das sage ich, damit das klargestellt ist.

Noch etwas irritiert mich wirklich: Sie stehen hier und zitieren mich dahin gehend, dass wir schön darüber geredet hätten, dass ansonsten nichts geschähe.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Ja, aber der Wortzusammenhang war anders. Dazu stehe ich, denn meiner Meinung nach geht es eben nicht darum, schön darüber zu reden. Es geht darum, **Perspektiven zu entwickeln**. Perspektiven zu entwickeln, ist nicht das Entwickeln eines Masterplans. Ich bin Frau Abgeordneter Marlies Fritzen dankbar dafür, dass sie dies noch einmal richtiggestellt hat. Auch die Kollegin Beate Raudies hat deutlich gemacht, worauf es bei diesem Kulturdialog ankommt.

Ich sage auch: Es ist das erste Mal, dass wir diesen Prozess wirklich gemeinsam mit den Akteuren der Kulturlandschaft, mit den Partnern durchgeführt haben. Es hat Ansätze gegeben, aber wir haben jetzt etwas, worauf wir aufbauen können. Der **Kulturdialog** ist ein **Prozess**. Dies beinhaltet das Wort Dialog. Ansonsten würde man dieses Wort nicht benutzen. Das heißt, in der nächsten Runde wird es darauf ankommen, an Schnittstellen weitere Gespräche mit denjenigen zu führen, die für die kulturelle Bildung zuständig sind; auch mit dem Bildungsministerium und mit dem Sozialministerium. Wir sind hier auf einem guten Weg, das ist klar.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Wir werden auch mit anderen sprechen. Wir werden mit den Kommunen weitere Runden drehen müssen, weil die Kommunen Hauptakteure sind, wenn es um die Kulturarbeit im Land geht.

Das heißt, wir brauchen diesen Prozess. Das sagen alle. Es ist klar, dass bei den Akteuren die Frage gestellt wird: Wie können wir die finanzielle Förderung stärken? - Ich wäre die Letzte, die dagegen etwas hätte. Ich kann nur jeden einladen, diesen Dialog im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Haushalt zu führen. Lieber Peter Sönnichsen, ich hoffe hierbei auch auf die CDU, denn bei den Haushaltsanträgen der CDU für den Haushalt 2013 sah es eher so aus, als würde man auf das Niveau von 2012 zurückfallen. Daher gibt es auch für die CDU noch Luft nach oben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den **Kulturknotenpunkten**: Ich habe versucht, es deutlich zu machen: Kulturknotenpunkte zu entwickeln, heißt eben nicht, dass ich diktiere, was gemacht werden soll. Wir haben im ländlichen Raum solche Kultureinrichtungen, die diese Aufgabe leisten wollen. Es ist natürlich nicht so, dass jetzt Neues erfunden werden muss. Wichtig ist aber, dass die Zusammenarbeit und die Vernetzung geleistet werden.

Natürlich hätte ich gern mehr als diese 20.000 € pro Knotenpunkt. Hier steht es jeder Fraktion frei, noch einmal draufzusatteln. Das ist aber eine Anerkennung der Mehrarbeit, die von der Institution geleistet wird, die die Organisation übernimmt.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Liebe Frau Klahn, ich werde jetzt fast ein bisschen aufgeregt. Ich habe wortwörtlich gesagt: Für den Haushalt 2015 wird es darum gehen, dass wir den Einstieg mit zwei Knotenpunkten schaffen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ja, ich werde mehr Schwarzbrot essen, das muss ich machen, um mich wieder zu beruhigen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mich irritiert wirklich, dass gesagt wird, es gebe Sonntagsreden. Dann aber kommt nichts. Dann kommt nur Genörgel. Sie sollten jetzt mit dem Genörgel aufhören und sagen, was schon vorhanden ist. Wir bauen weiter auf. Wir wollen diese **Kulturperspektiven** weiterentwickeln. Ich wünsche mir von allen den konstruktiven Einstieg. Das ist etwas, was nicht nur etwas mit Landespolitik zu

tu tun hat, sondern mit kultureller Entwicklung in unserem Land. Ich wünsche mir, dass wir das gemeinsam machen, und zwar mit den offenen Fragen, die es gibt.

Natürlich gibt es offene Fragen. Ich habe aber auch von Anfang an deutlich gemacht, dass wir uns für diesen Prozess entschieden haben, weil wir nicht darauf warten können, großartige Masterpläne zu entwickeln, die keiner will. Ich will sie auch nicht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte also darum: Lasst uns jetzt einmal arbeiten und nicht nörgeln!

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Aber weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag in der Drucksache 18/2213 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es wurde kein Antrag gestellt.

(Anita Klahn [FDP]: Doch, auf Ausschussüberweisung!)

- Das ist aber bei einem Bericht nicht üblich und wird auch von mir jetzt nicht gemacht. Aber der Ausschuss kann diesen Bericht selbstverständlich in Selbstbefassung beraten. Bei schriftlichen Berichten ist es natürlich etwas anderes.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Stiftungsuniversität zu Lübeck und zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1724

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 18/2226

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN
Drucksache 18/2272

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich auf der Tribüne ganz herzlich den Vorstandsvorsitzenden

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, Professor Dr. Jens Scholz. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin im Bildungsausschuss, der Abgeordneten Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bildungsausschuss hat zu dem Gesetzentwurf in der Drucksache 18/1724 schriftliche Stellungnahmen eingeholt und am 3. Juli 2014 eine mündliche Anhörung durchgeführt. Am 28. August und am 10. September 2014 haben wir über diesen Gesetzentwurf beraten. Im Weiteren verweise ich auf die Vorlage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank. - Bevor wir in die Beratung eintreten erfahre ich gerade, dass der gesamte Vorstand und auch die Personalvertretung des UKSH anwesend sind. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt steigen wir in die Aussprache ein. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Thema **Stiftungsuniversität in Lübeck** herrscht eigentlich große Einigkeit hier im Hause. Unser Abstimmungsverhalten zu dem Gesetzentwurf - je nachdem, wie Sie sich heute in der Debatte und nachher bei den Anträgen verhalten - muss ich, denke ich, erläutern. Denn wir stehen zur Stiftungsuniversität in Lübeck und tragen weiteste Teile dieses Gesetzentwurfs mit. Das haben wir in allen Ausschusssitzungen deutlich gemacht.

Ich bedauere außerordentlich, dass diese Gemeinsamkeit von Ihnen zehn Tage vor der Verabschiedung dieses Gesetzes aufgegeben worden ist. Es geht um die **Besetzung des Stiftungsrates**. Er ist kein unwichtiges Gremium. Es wird ja so getan, als sei das eine Nebensache. Der Stiftungsrat ist unglaublich wichtig. Bevor ich in der Sache dazu argumentiere, will ich Ihnen sagen, dass ich Ihren Umgang mit den Oppositionsfraktionen in diesem Punkt wirklich gespenstisch finde.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wir haben gemeinsam mit der FDP - auch die PIRATEN waren dabei - Änderungsanträge zum Gesetzentwurf gestellt. Im **Bildungsausschuss** haben wir mit Ihnen in aller Offenheit darüber geredet, welche Punkte essenziell und welche Punkte nicht so wichtig sind. Zum Schluss haben wir alle Änderungsanträge zurückgezogen, um ein Zeichen zu setzen, dass wir ein einstimmiges Votum für den Gesetzentwurf haben wollen. Aber Sie haben uns im Bildungsausschuss hinters Licht geführt, was ich Ihnen übel nehme. Sie haben mich als Antragsteller in diesem Bereich gefragt, welcher Punkt uns essenziell wichtig ist. Wir haben gesagt, es geht um die Besetzung des Stiftungsrates. Doof, wie ich bin, habe ich Ihnen auch noch ehrlich gesagt, dass dieser Punkt uns wichtig ist. Ich hätte das nicht tun sollen. Ich ärgere mich darüber, dass ich das Ihnen gegenüber zugestanden habe. Ich hatte Ihre Hand als ehrlich ausgestreckt uns gegenüber empfunden, als Sie, Herr Andresen, gesagt haben, Sie hätte sich mit Ihren Kollegen abgestimmt und könnten sagen, dass Sie den Änderungsantrag zum Stiftungsrat mittragen würden. Das haben Sie im Ausschuss erklärt, um uns dann eine Woche später zu sagen: Ätsch, bättsch, das stimmt überhaupt nicht, was wir damals gesagt haben.

(Anita Klahn [FDP]: Aber man lernt ja aus Fehlern!)

- Wir lernen aus Fehlern. - Der **Hochschulrat** wird normalerweise vom Senat besetzt. Hier ist eine mitarbeiter- und mitbestimmungsfreundliche Besetzung des Stiftungsrates durchgeführt worden - wir haben dazu in Hochschulen in Schleswig-Holstein und bundesweit überhaupt keine Vergleiche -, die dazu führen sollte, dass dieses Modell einstimmig innerhalb der Universität Lübeck getragen wird. Dies wurde erreicht, indem im Stiftungsrat ein Professor, ein Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fest mit Stimme, ein Vertreter der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein Studierendenvertreter sitzen. Ein Professor sitzt zwei Mitarbeitervertretern mit Stimmrecht und einem Vertreter der Studierenden mit Stimmrecht gegenüber. Selbst die Findungskommission für die externen Mitglieder ist so besetzt, dass sie dort eine Mehrheit haben und das mitbestimmen können. Das reicht Ihnen aber nicht aus. Sie haben Ihnen die ausgestreckte Hand gegeben und gesagt, wir machen das einvernehmlich. Alle sind zufrieden in Lübeck.

Jetzt, kurz vor Toreschluss, fällt **ver.di** auf: „Um Gottes Willen, es kann ja passieren, dass unser Personalrat von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

(Daniel Günther)

gar nicht gewählt wird. Dann sitzt da ja gar kein ver.di-Funktionär am Tisch.“ Dann schreiben Sie für eine einzige Personalrätin, die dahintersteckt, in den Gesetzentwurf hinein, dass diese Person noch zusätzlich mit beratender Stimme darin sitzt. Das, was Sie hier machen, ist doch eine Bananenrepublik. Dem können wir doch nicht zustimmen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Dahinter steckt die SPD-Fraktion, namentlich Herr Stegner und der von Herrn Albig verschmähte Herr Habersaat. Wir haben uns im Ausschuss genau angeschaut, wie beschämt die anderen Abgeordneten zu Boden geblickt haben, als Sie an dieser Stelle argumentiert haben. Der Kollege Andresen war der einzige, der sich von einem billigen Küsschen dieser ver.di-Vertreterin nach der Ausschusssitzung hat über den Tisch ziehen lassen, damit er diesem Gesetzentwurf zustimmt.

(Beifall CDU - Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sollten nicht von sich auf andere schließen, Herr Kollege!)

Sie haben nicht sonderlich glücklich bei dem Küsschen ausgesehen, das will ich Ihnen gern zugestehen. Aber beobachtet habe ich das sehr wohl. Bloß um einen Kniefall vor ver.di zu machen, stimmen Grüne und SSW einem so unglaublichen Vorgang zu.

(Anita Klahn [FDP]: Es ist wirklich eine unglaublich beratende Tätigkeit!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Daniel Günther [CDU]:

Sie haben mich ein bisschen gelinkt, weil hier plötzlich 10 Minuten stehen. Aber Sie haben Recht. Ich komme zum Schluss.

Wir haben Ihnen mit unserem Änderungsantrag, bei dem wir auf alle anderen Punkte verzichten und nur noch diesen einen Punkt beantragt haben, die Chance gegeben, dieses wirklich gute Gesetz heute gemeinschaftlich zu verabschieden. Ich bitte Sie herzlich, dass Sie über Ihren Schatten springen und auf die Opposition und auf die Uni Lübeck, die das einstimmig verabredet hat, zukommen. Dann stimmen wir dem Gesetz am Ende auch zu. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Abgeordnete Martin Habersaat für die SPD-Fraktion.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Günther, ich bin mir nie ganz sicher, ob Sie den Kompromiss suchen oder nicht eher den starken Auftritt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Kniefall vor ver.di - das ist eine flotte Formulierung! Die SPD hat im Laufe ihrer Geschichte auch gute Erfahrungen mit Kniefällen gemacht.

(Zuruf CDU: Das ist aber verdammt lang her!)

Ich kann Ihnen sagen: Nein, das war kein Kniefall vor ver.di. Das war Respekt vor **Mitbestimmung**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Kollege Andresen kann vielleicht noch darauf eingehen. Sie haben ihn noch gar nicht geoutet. Er ist nämlich, soweit ich weiß, sogar ver.di-Mitglied.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist fies, dass du ihn jetzt outest!)

Wir haben im **Bildungsausschuss** angeboten, noch einmal über den strittigen Punkt zu sprechen. Wir sind Ihnen auch entgegengekommen. Beantragt war, zwei Personalratsvertreter beratend in den Stiftungsrat zu entsenden. Wir sind Ihnen entgegengekommen. Jetzt ist es nur noch ein Vertreter.

Das ist jetzt der Streitpunkt. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Worum geht es? Es geht darum, dass die SPD bei der Umwandlung einer Universität in eine Stiftung sagt: „Wir wollen den Personalrat gern beratend - nur hörend, also nicht abstimmend - mit einem Sitz im Stiftungsrat vertreten haben.“ Diesen einen Sitz aber wollen Sie nicht. Wir können das begründen und sagen, wir sind prinzipiell für Mitbestimmung. Aber wie begründen Sie denn eigentlich Ihre Fundamentalopposition?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was sagt eigentlich die CDA dazu? Seit Herr Kalinka nicht mehr da ist, driften Sie in eine Richtung ab, die uns Sorgen bereitet.

(Martin Habersaat)

(Lachen CDU und FDP - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man muss den gesamten Vorgang ja einmal in der Relation betrachten: 2010 ging es um die Existenz der **Universität Lübeck**. 2010 hieß es: „Lübeck kämpft für seine Uni.“ 2010 sind bedeutende Leibniz-Preisträger aus Protest gegen die Wissenschaftspolitik in diesem Land nach China gegangen. 2010 haben 14.000 Menschen vor dem Landeshaus gegen diese Landesregierung demonstriert, und 2014 nun stellen die sich hier hin und machen ein Bohei um ein Personalratsmitglied mit **berater der Stimme im Stiftungsrat**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In diesem Stiftungsrat sitzen vier interne Mitglieder, vier externe Mitglieder und drei beratende Mitglieder. Das sind der Präsident, die Gleichstellungsbeauftragte, obwohl bei den anderen Mitgliedern auch Frauen dabei sind, sowie ein Personalrat, obwohl bei den anderen Vertretern auch Arbeitnehmer dabei sind. Unter normalen Umständen - das ist für niemanden eine Überraschung - ist nun die Umwandlung von staatlichen Hochschulen in Stiftungsuniversitäten nicht unbedingt Top 1 bei der SPD. Aber die Umstände in Lübeck sind eben nicht normal. Ich habe Ihnen das eben geschildert.

(Zuruf SPD)

- Eigentlich waren die Zustände in Lübeck noch nie normal.

(Heiterkeit SPD)

Besonders anomal sind sie aber seit den Vorgängen im Jahre 2010, die noch immer eine unglaubliche Verunsicherung in der gesamten Hochschullandschaft in der Region zur Folge haben.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben von Anfang an gesagt: Wenn wir einer **Stiftungshochschule** zustimmen, dann tun wir das unter bestimmten **Bedingungen**. Dann tun wir das nur, wenn vor Ort alle der Umwandlung zustimmen, dann tun wir das nur, wenn die Fachaufsicht beim Land bleibt, dann tun wir das nur, wenn dieses Stiftungsmodell kein Sparmodell ist, dann tun wir das nur, wenn Mitbestimmung für Studierende und Beschäftigte gesichert ist, und dann tun wir das nur, wenn Studiengebühren ausgeschlossen werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun haben Frau Wende und Herr Fischer einen Gesetzentwurf vorgelegt, der alle diese Bedingungen erfüllt. Beide haben es geschafft, viel von dem verlorenen Vertrauen wieder aufzubauen, noch nicht alles, aber viel, und dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun ist allerdings kein Gesetzentwurf auf dieser Welt so gut, dass ihn ein Parlament nicht noch verbessern könnte. Das haben wir getan. Über einen umstrittenen Punkt haben wir gesprochen. Zusätzlich haben wir beispielsweise auch noch die Möglichkeit eingeführt, dass die Stiftung Kredite aufnehmen kann. Unterm Strich liegt uns nun ein Gesetzentwurf vor, mit dem alle zufrieden sein können, auch das Präsidium, auch die Opposition. Die Frage ist nur, ob der Opposition ein Kompromiss wichtiger ist als die Show.

Nun haben wir ein Stiftungsmodell Marke Schleswig-Holstein. Wir werden in absehbarer Zeit wahrscheinlich nicht Verhältnisse wie in Harvard erreichen können, was die Finanzierung aus Stiftungsmitteln angeht. Dennoch gibt es auch in Lübeck eine lange Stiftungskultur, und jetzt soll die alte Hansestadt mal zeigen, was sie kann. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist - und das sage ich aus voller Überzeugung - ein guter Tag für die Region Lübeck und ein guter Tag für unsere Hochschullandschaft.

Bevor ich auf den von dem Kollegen angesprochenen Knackpunkt zu sprechen komme, möchte ich auch noch auf andere Aspekte dieser Debatte eingehen; denn man wird der Debatte, lieber Kollege Günther, nicht gerecht, wenn man hier kurz vor der Verabschiedung über die Stiftungsuniversität redet und nur diesen einen Aspekt benennt. Es geht hier nämlich um viel mehr, was ich gleich in meiner Rede noch etwas deutlicher zu machen versuchen werde.

(Rasmus Andresen)

Ich finde, dass wir mit der Verabschiedung des **Stiftungsuniversitätsgesetzes** Pflöcke für unsere Hochschullandschaft und für unsere Universität einschlagen. Wir schaffen nämlich heute ein gutes Stiftungsmodell. Die Universität Lübeck wird Stiftung öffentlichen Rechts. Die Kriterien von uns Grünen, die ich in den letzten Jahren auch hier im Plenum immer wieder genannt habe, sind erfüllt worden:

Erstens. **Studiengebühren** werden ausgeschlossen.

Zweitens. Die Umwandlung zur Stiftungsuniversität darf nicht mit Mittelkürzung des Landes einhergehen. Die **Zuschüsse des Landes** an die Universität Lübeck bleiben voll erhalten.

Drittens. Die **Mitbestimmung** aller Statusgruppen wird gestärkt.

Viertens. Die **Freiheit von Forschung und Lehre** darf nicht, beispielsweise durch Private, angetastet werden.

Wir haben deshalb in der Anhörung - auch der Kollege Habersaat ist gerade darauf eingegangen - unterschiedliche Anregungen von unterschiedlichen Gruppen der Universität in unserem Koalitionsantrag noch einmal aufgegriffen. Wir geben beispielsweise der Universität etwas mehr Freiheit, als ursprünglich im Gesetzentwurf vorgesehen war. Dies gilt sowohl bei den Stellenplänen als auch bei der Aufnahme von Krediten zur Zwischenfinanzierung. Dies war übrigens eine Anregung des Universitätspräsidiums.

Kontrovers wird hingegen die **Besetzung des Stiftungsrats** diskutiert. Wir Grüne haben von Anfang an deutlich gemacht, dass wir die externe Mehrheit im Stiftungsrat, wie sie im Gesetzentwurf ursprünglich vorgesehen war, sehr kritisch sehen, auch weil wir sicherstellen wollen, dass die Unabhängigkeit derer, die an der Universität lehren und forschen, erhalten bleibt. Deswegen haben wir die externe Mehrheit verändert und haben bei der Besetzung im Stiftungsrat nun eine Situation von vier zu vier. Der Extern-Intern-Input bleibt also erhalten, aber es gibt keine Mehrheit gegen die internen Mitglieder.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir jetzt zu dem Knackpunkt kommen, um den sich hier vieles dreht und um den sich auch in den letzten Tagen vieles gedreht hat, Herr Kollege Günther, dann muss man Ihnen lassen, dass Storytelling wirklich Ihre Stärke ist.

(Beifall SPD)

Gegenstand der Anhörung war, ob die **Personalräte** neben der Gleichstellungsbeauftragten und dem Universitätspräsidenten im Stiftungsrat ein **nicht stimmberechtigtes Mitglied** entsenden können. Soweit besteht hier Einigkeit, dass das Gegenstand der Debatte ist. Wir kommen dem Personalrat noch ein Stück entgegen, weil wir es auch richtig finden, dass gerade die Gruppen an der Universität, die sich aus unterschiedlichen Gründen sehr kritisch in der Debatte zur Stiftungsuniversität geäußert haben, besser und stärker eingebunden werden.

Es ist zwar richtig, dass es zu dieser Frage einen **einstimmigen Beschluss** gegeben hat. Aber alle Statusgruppen - ich habe das gerade an einem anderen Punkt deutlich gemacht - haben im Anhörungsverfahren Vorschläge eingereicht, die über den Gesetzentwurf hinausgehen. Das Präsidium hat das bei der Personal- und Finanzautonomie getan, die Studierenden beispielsweise bei der Frage der externen Mehrheit im Stiftungsrat, und der Personalrat bei der Fragestellung, ob er ein weiteres nicht stimmberechtigtes Mitglied in den Stiftungsrat entsenden kann.

Deshalb haben wir nachgebessert. Hier aber zu behaupten, wir prügeln das alles durch, wie es angeblich rot-grün-blaue Tradition in den letzten Jahren gewesen sei, ist schlicht falsch. Wir sind auf **Anregungen im Bildungsausschuss** eingegangen und haben diesbezügliche Entscheidungen sogar um zwei Wochen verschoben. Wir hatten am Mittwoch eine Sondersitzung des Bildungsausschusses zu dieser Frage durchgeführt, weil wir ernsthaft überlegt haben, wie wir auf Sie zugehen könnten, und weil wir hier natürlich gern auch einen einstimmigen Beschluss haben wollen. Wir haben in dieser Beratung aber eben auch andere Aspekte angesprochen. Deshalb sind wir der Meinung, dass ein weiteres nicht stimmberechtigtes Mitglied im Stiftungsrat der richtige Weg ist. Wir glauben, dass auch Sie das eigentlich ganz gut mittragen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir nähern uns mit dieser Regelung ja nicht an irgendetwas an, was es noch nie gegeben hat, sondern wir machen das, was auch schon beim Institut für Weltwirtschaft, beim Leibniz-Institut für Pädagogik und bei der Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften gültig ist, damals übrigens durchgesetzt von CDU-Wissenschaftsminister Austermann 2006 im Rahmen der Großen Koalition. Es gab so etwas also schon einmal. Der einzige Unterschied ist, dass Sie damals, glaube ich, zwei Vertreter ins Gesetz geschrieben hatten, während

(Rasmus Andresen)

wir uns auf einen Vertreter beschränken. Ich verstehe nicht, was Sie nun eigentlich noch dagegen haben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich komme zum Schluss. Das Stiftungsuniversitätsgesetz ist entstanden aus der Bewegung „Lübeck kämpft“. Das ist ein großer Erfolg für die Region. Ich sage nicht, dass das Gesetz in den nächsten zehn oder 15 oder auch in den nächsten zwei oder drei Jahren vielleicht nicht mehr verändert wird. Und wenn Sie uns überzeugen können, dass das, was Sie jetzt kritisieren, dazu führt, dass die Stiftungsuniversität nicht funktioniert, dann können wir gern in zwei oder drei Jahren erneut darüber beraten. Aber jetzt sollten wir diesen Tag etwas feiern; denn es ist ein guter Tag für Lübeck. Und in zwei Jahren werden wir in der Frage der Stiftungsuniversität über andere Sachen diskutieren als über die Frage, ob der Personalrat nicht stimmberechtigt im Stiftungsrat sitzen darf oder nicht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs wird heute eine wirklich historische Entscheidung getroffen. Ich gebe zu, dieses Adjektiv ist in der politischen Debatte in der letzten Zeit etwas inflationär genutzt worden, aber heute stimmt es tatsächlich. Die **Universität zu Lübeck** wird in eine **Stiftungsuniversität** umgewandelt. Die FDP hat dies seit Langem vorgeschlagen, übrigens auch schon vor der Diskussion über die Mediziner Ausbildung.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Letztere ist mir ein Erinnerung geblieben! - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Herr Dr. Stegner, wir haben es gemeinsam mit der CDU in der letzten Wahlperiode bereits auf den Weg gebracht. Dies ist für die Lübecker Universität ein geeigneter Weg zu mehr **Selbstständigkeit**, **Flexibilität** und Eigenverantwortung. Es ist schon bemerkenswert, dass das jetzt ausgerechnet durch ein SPD-Ministerium umgesetzt wird. In der letzten Wahlperiode hat die SPD ja hinter dieser Idee immer noch eine Art „Privatisierung light“ vermutet.

Es ist schön, dass sich die Sozialdemokraten da jetzt korrigieren, weil sie eben auch mit ihrer Einschätzung völlig danebenlagen.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Umwandlung zur Stiftungsuniversität eröffnet der Hochschule die große Chance, von den **Finanzmitteln des Landes** unabhängiger werden zu können, ohne dass es einen Rückgang beim Engagements des Landes geben wird. Es ist eine deutliche Stärkung der Hochschulautonomie. Ich bin mir sicher, dass man diese neuen Möglichkeiten in Lübeck auch zu nutzen weiß. Es wird die Universität nachhaltig stärken.

Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes war ich von der Vorlage noch sehr angetan. Von den Kernelementen des Eckpunktepapiers vom April 2012 war die Landesregierung beim ersten Entwurf ja auch nicht wirklich abgewichen. Im Zuge der Beratungen haben wir angesichts der Stellungnahmen im **Anhörungsverfahren** noch einige Änderungen vorgeschlagen, die zum Teil auch Bestandteil der heutigen Beschlussvorlage sind. Diese stärken überwiegend nochmals die Hochschulautonomie und sorgen für zusätzliche Flexibilität.

Wir waren unsererseits auch bereit, auf bestimmte Vorschläge zu verzichten, um am Ende zu einem **breiten Konsens** hier im Hohen Haus zu kommen. Wir waren sehr zuversichtlich, dass eine interfraktionelle Einigung möglich ist, gerade um als Parlament noch einmal deutlich zu machen, dass wir alle an einen Erfolg des Stiftungsmodells glauben und dass dieses Vorhaben entsprechend breit politisch getragen wird.

So ist es auch in der **Universität Lübeck selbst**. Dem Präsidium möchte ich an dieser Stelle gratulieren. Insbesondere Präsident Dominiak und Kanzler Dr. Grundei haben es geschafft, alle Mitglieder der Hochschule in diesem Prozess mitzunehmen. Das ist alles andere als selbstverständlich. Es ist eine beachtliche Leistung, wenn man guckt, welche Bedenken es auch innerhalb der Universität lange Zeit gab.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das Plus an Autonomie, so wie wir es seit Langem für alle Hochschulen im Land fordern, hat am Ende auch die kritischen Stimmen innerhalb der Universität überzeugt.

Die Besetzung des **Stiftungsrats**, bei der alle Statusgruppen den gleichen Einfluss haben sollten, ist noch einmal hervorzuheben. Die Koalition hat nun

(Christopher Vogt)

leider im Verfahren ohne jede Not diesen Punkt verschlimmbessert. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, dass jede Statusgruppe, also Professoren, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter, die Studierenden und die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter ihr stimmberechtigtes Mitglied für den Stiftungsrat wählen und darüber hinaus eine Findungskommission mit ebenfalls von den Statusgruppen entsendeten Mitgliedern die externen auswählt. Dieses Gleichgewicht wird jetzt durch Ihre Maßnahmen gestört. Es ist nicht nur eine Person, die mithören darf. Es ist zwar kein stimmberechtigtes Mitglied, das Sie ver.di zusätzlich genehmigen wollen, es ist aber doch ein antragsberechtigtes Stiftungsratsmitglied. Das ist ein Punkt, der das vorgesehene Gleichgewicht stört.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was uns der **wissenschaftliche Personalrat** in die **Stellungnahme** geschrieben hat und per E-Mail vor der Ausschusssitzung noch einmal angemahnt hat. In der Stellungnahme hieß es, dieses Modell, welches eine deutliche Stärkung der Mitbestimmung im Vergleich zum Status quo, Universitätsrat, darstelle, sei in einer Senatssitzung der Universität einstimmig angenommen worden und finde auch heute noch uneingeschränkte Zustimmung.

Das gefährden Sie jetzt leider. Sie machen Klientelpolitik in Reinform. Eigentlich ist die Klientel nur eine einzige Person, die gemerkt hat, dass Sie vielleicht schlecht weggekommen sein könnte.

Herr Habersaat, in der Tat, erst wollten Sie zwei zusätzliche Leute hereinbringen, jetzt nur noch einen. Zwei Leute waren schon unsinnig. Jetzt ist es ein bisschen weniger unsinnig, aber immer noch Quatsch, was Sie da beschließen wollen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Herr Habersaat, die Universität hätte an dieser Stelle einen besseren Start verdient. Sei es drum. Wir schlagen Ihnen heute noch einmal vor, das zu korrigieren.

Ich möchte zum Abstimmungsprozedere noch einmal sagen: Es wäre ja ausreichend, bei einem Oppositionsantrag, der von allen Oppositionsfraktionen ist, wenn zumindest der Kollege Baasch oder der Kollege Rother im Sinne der Universität heute dem Änderungsantrag von der Opposition zustimmen. Dann können wir am Ende alle diesem Gesetz zustimmen. Das wäre doch ein schönes Signal für die Universität Lübeck. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit, ganz besonders bei Ihnen, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Peter Eichstädt [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Uli König das Wort.

(Peter Eichstädt [SPD]: Was nützen euch zwei Abgeordnete? Guck dich doch mal um!
- Zuruf: Es sind einfach zu wenig Lübecker hier!)

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns alle einig: Die **Universität zu Lübeck** soll dauerhaft bestehen bleiben. Ich hatte erwartet, dass sich die Fraktionen heute noch einmal so richtig in die Haare bekommen und darüber streiten, wer die Universität in der Vergangenheit schlecht behandelt hat. Es war weniger, als ich dachte.

(Christopher Vogt [FDP]: Stegner kommt gleich noch!)

Ich war Student an der Uni Lübeck. Ich erinnere mich noch genau an die Diskussionen. Sie werden aber verstehen, dass ich mich heute im Landtag lieber mit der Zukunft meiner Alma Mater beschäftigen möchte und nicht mit der Vergangenheit. Denn die Vergangenheit habe ich nicht zu verantworten.

(Jürgen Weber [SPD]: Die Zukunft auch nicht! - Heiterkeit)

- Lieber Kollege Weber, die Zukunft darf ich hier mitgestalten. - Diese Zukunft bestätigen wir mit der Umwandlung in eine **Stiftungsuniversität**.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Es ist ein klares Zeichen nach Lübeck, an die Studierenden, die Mitarbeiter und die Professoren. Der Landtag stellt sich hinter die Uni Lübeck und bekennt sich zu ihrem Existenzrecht.

(Beifall PIRATEN)

Bei all der Euphorie muss man jedoch auch realistisch bleiben. Die neue Stiftungsuniversität wird weiterhin von **staatlichen Geldern** abhängig sein. Es gibt zwar die Möglichkeit, Spenden einzunehmen und Gelder im Stiftungsvermögen anzusparen, es wird jedoch sehr lange dauern, bis diese Gelder die Uni zu erheblichen Teilen finanzieren können. Umso wichtiger ist es heute, diesen Schritt zu machen, um kommenden Generationen eine leistungsfähige Uni zu hinterlassen.

(Uli König)

(Beifall PIRATEN und Jürgen Weber [SPD])

Wie es bei Politikern so ist, ganz einig ist man sich nie. So sehen wir zusammen mit CDU und FDP den Vorschlag von SPD, Grünen und SSW, den **Personalräten** einen **beratenden Platz** mit Antragsberechtigung im **Stiftungsrat** zu geben, kritisch. Der Kompromiss, der Konsens in der Uni war, der Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern, nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden je eine Stimme im Stiftungsrat gibt, wird von Ihnen ignoriert und linker Kasperpolitik geopfert.

Sie torpedieren den Frieden in der Uni Lübeck durch Ihren Vorschlag. Von dem nichtwissenschaftlichen Personalrat des UKSH und dem UKSH bekommt Ihre Koalition dagegen Zustimmung. Scharfe Kritik hagelt es jedoch von dem Präsidium, von dem wissenschaftlichen Personalrat und von der grünen AStA-Vorsitzenden. Warum torpedieren Sie einen Kompromiss in der Uni, wenn sich alle einig waren und Wissenschaftler und Studierende Sturm gegen Ihren Vorschlag laufen? Das ist nicht im Sinne der Uni Lübeck oder des Landes, sondern nur im Sinne Ihrer persönlichen Klientel.

(Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU] - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Freies Wissen ist der Motor unserer Gesellschaft. Ohne Wissen keine Innovation. Daher setzen wir PIRATEN uns stets für den freien Zugang zu Wissen ein. Wir finden es daher gut, dass die Stiftungsuniversität keine Studiengebühren erheben darf. Gut ist auch, dass die Freiheit von Forschung und Lehre gewahrt bleibt. In Lübeck wird das Land diese erste Stiftungsuniversität installieren und damit einen echten Meilenstein in der Entwicklung des gesamten Hochschulstandorts setzen. Vor diesem politischen Hintergrund wäre es wünschenswert gewesen, diesen Meilenstein einstimmig zu realisieren.

(Martin Habersaat [SPD]: Machen Sie es doch!)

Es sah eine Woche vor dieser heutigen zweiten Lesung noch so aus, als könnte das gelingen, Herr Habersaat. Leider kommt dieser einstimmige Beschluss nicht zustande, nicht, weil sich innerliche Gräben aufgetan haben, sondern aus rein taktischen Gründen. So jedenfalls interpretiere ich das Verhalten der Koalitionsfraktionen in den letzten Ausschusssitzungen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: So sind sie!)

Auch wenn wir die Last-Minute-Änderungen am Stiftungsrat ablehnen, halten wir den Gesetzentwurf im Großen und Ganzen für tragbar. Ich selbst habe für die Uni Lübeck auf der Straße gestanden und diverse Politiker so laut ich konnte ausgepiffen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter König, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Uli König [PIRATEN]:

Ich habe es mit dem Dialog mit Herrn Habersaat schon probiert. Das klappt einfach nicht. Danke.

(CDU: Oh!)

- So etwas vergisst man nicht.

Ich möchte das hier und heute besser machen als die Politiker damals. Daher werden wir PIRATEN für die Uni Lübeck stimmen und die Existenzberechtigung der Universität bejahen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **Universität Lübeck** möchte unabhängiger werden, und wir möchten der Universität den Weg dorthin ebnen und sie begleiten. Bis die Universität aber wirklich **Stiftungsuniversität** ist, müssen wir noch einige Hindernisse aus dem Weg räumen. Wenn man es genau betrachtet, sind es eigentlich nur kleine Brocken im Vergleich zu dem langen Weg, der hinter uns liegt.

Wie Sie sehen, sichern wir mit dem vorliegenden Entwurf die Freiheit von Forschung und Lehre, wahren die Mitbestimmungsrechte der Mitglieder der Universität Lübeck und schließen Studiengebühren aus. Universitätsleitung, Professoren, wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal und auch die Studierenden haben im Gesetzgebungsprozess ihre Zustimmung und ihren Willen zur Umwandlung der Lübecker Universität in eine Stiftungsuniversität betont.

Wenn von Stiftungsuniversität die Rede ist, geht es immer mal wieder um Geld - Geld, das die Universität zukünftig leichter bei Privaten einwerben und

(Jette Waldinger-Thiering)

damit ihre Verankerung in der Region verbessern kann. Bedauerlicherweise hat es sich in den letzten Jahren eingeschrieben, dass wir bei Bildung und Hochschulthemen vor allem übers Geld reden, weil einige Bereiche chronisch unterfinanziert sind. Mehr Geld schafft Kapazitäten - so einfach ist die Rechnung. Genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Es geht nicht beziehungsweise nicht nur um Geld, sondern um Möglichkeiten, die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eröffnet werden. Das Land gibt bewusst einen Teil seiner Souveränität ab, um der Universität einen größeren **Entscheidungsfreiraum** zu ermöglichen.

Das Modell Stiftungsuniversität ist bekanntlich weitgehend befreit von staatlicher Detailsteuerung. Im konkreten Fall erhält die Universität zum Beispiel bei **Baumaßnahmen**, die vollständig oder überwiegend aus privaten Mitteln finanziert werden, oder für kleinere Unterhaltungsmaßnahmen mehr Freiheiten. Selbst Bauherr zu sein, war und ist ein Wunsch der Universität zu Lübeck, die sich davon in erster Linie mehr Flexibilität erhofft. Diesem Wunsch werden wir hiermit gerecht.

Es ist kein Geheimnis, dass der Personalrat im Verlauf gewichtige Einsprüche gegenüber der Stiftungsuni geltend gemacht hat. Sie können mir glauben: Die Befürchtung, dass Hausmeister, Sekretärinnen und anderes nichtwissenschaftliches Personal bei der Umwandlung der Universität den Kürzeren ziehen, nehmen wir sehr ernst. Die Uni Lübeck ist ein attraktiver **Arbeitsplatz** und soll es selbstverständlich auch bleiben, wenn sie eine Stiftungsuniversität ist.

Wir haben das große Glück, dass bereits andere Universitäten konkrete Erfahrungen als Stiftungsuniversitäten gemacht haben. Die sind im Übrigen weitgehend positiv. Davon sollten wir profitieren. Andererseits haben wir diesen für uns völlig neuartigen **Umstellungsprozess** immer wieder kritisch hinterfragt. Es dreht sich schließlich nicht nur um eine Routineaufgabe, sondern um eine grundlegende **Änderung unserer Hochschullandschaft**, die gründlich überlegt sein will. Darum haben wir Änderungen zum vorliegenden Gesetzentwurf erarbeitet.

Diese Änderungen betreffen unter anderem die Reorganisation der Abläufe und hier zum Beispiel die Umstellung der Buchführung. Das ist eine große Aufgabe, die nicht auf dem Rücken der Beschäftigten geschehen darf. Ich bin davon überzeugt, dass entsprechende Befürchtungen, die ver.di in der Stellungnahme geäußert hat, dazu führen, dass die Umstellung an die Bedürfnisse der Beschäftigten

angepasst wird. Grundsätzlich ist eins klar: Gerade weil in diesem umfassenden Prozess nicht alle Einzelinteressen in vollem Umfang berücksichtigt werden konnten, halten wir an der Möglichkeit fest, eine **Evaluierung** nach zwei Jahren durchzuführen.

Abschließend will ich denjenigen, die meinen, dass sich die Landespolitik mit der Umwandlung der Uni nun irgendwie aus der Affäre ziehen will, eins deutlich sagen: Das genaue Gegenteil ist der Fall. Wir werden die Entwicklung der Universität nicht nur interessiert und kritisch begleiten, sondern selbstverständlich auch in Zukunft vertrauensvoll zusammenarbeiten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professor Dr. Waltraud Wende.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Genau rechtzeitig zum 50-jährigen Bestehen der Universität zu Lübeck am 3. November 2014 soll heute das Gesetz über die **Stiftungsuniversität** verabschiedet werden. Damit beginnt ein neuer und bedeutender Abschnitt in der Geschichte der **Lübecker Universität**. Mit dem vorliegenden Gesetz werden die Rahmenbedingungen für eine Stiftung geschaffen, die der Universität mehr Freiheiten bei der Verwaltung des Personals, der Gebäude und der Finanzen garantieren.

Damit gehen wir weit über die bekannte ältere Planung hinaus. Erstmals können sich private Mittelgeber an der **Finanzierung der Hochschule** beteiligen und gleichzeitig von den rechtsformspezifischen Steuervorteilen einer Stiftung profitieren.

Wir alle wünschen uns, dass es damit der Universität zu Lübeck gelingt, ihre finanzielle Ausstattung mittel- und langfristig zu verbessern und ihre bereits jetzt beachtlichen Leistungen in Forschung und Lehre weiter zu steigern.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich, dass es mit dem vorliegenden Beschluss außerdem gelungen ist, noch einige Verbesserungen für die Stiftungsuniversität in das Gesetz aufzunehmen. So erhält die Universität bei der **Per-**

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

sonalbewirtschaftung einen zusätzlichen Freiraum für zukünftige Personalentwicklungen. Dadurch kann sie auf neue personelle Herausforderungen besser reagieren.

Zwei weitere wichtige Punkte des Gesetzes sind die Wahrung der **Mitbestimmung** der einzelnen Mitgliedergruppen und die **Beschäftigungssicherung** für das Universitätspersonal. Beides ist mir als Wissenschaftsministerin besonders wichtig, denn die Umwandlung in eine Stiftung kann nur dann gelingen, wenn alle betroffenen Beschäftigten der Universität von dem neuen Modell überzeugt sind und entsprechend tatkräftig anpacken. Hier haben wir, wie ich finde, eine sehr gute und sehr ausgewogene Lösung gefunden, die die unterschiedlichen Interessenlagen innerhalb der Universität aufnimmt.

Als ein Kernstück des Gesetzes möchte ich den **Stiftungsrat** hervorheben, über den Sie gerade diskutiert haben, dessen Zusammensetzung in enger Abstimmung mit der Universität entwickelt wurde. Er ermöglicht allen Mitgliedergruppen, an den Entscheidungen der Stiftung mit einem eigenen stimmberechtigten Mitglied im Stiftungsrat mitzuwirken. Zusätzlich sind die Mitgliedergruppen an der Wahl der vier externen Stiftungsratsmitglieder beteiligt. Die externen Mitglieder sollen weiteren Sachverstand aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur in die Stiftungsuniversität einbringen.

Zur Sicherung der Beschäftigung haben wir vorgesehen, dass das **Tarifrecht des Landes** für die Stiftungsuniversität uneingeschränkt fortgilt. Bereits erworbene Rechte und Beschäftigungszeiten bleiben gewahrt, und betriebsbedingte Kündigungen aus Anlass des Rechtsformwechsels sind ausgeschlossen.

Im parlamentarischen Verfahren haben die regierungstragenden Fraktionen noch einmal großen Wert auf die Sicherung der **Beteiligungsrechte der Personalräte** gelegt. So erhalten die Personalräte einen zusätzlichen, beratenden Platz im Stiftungsrat. Wichtig ist: Alle bestehenden Personalräte an der Universität zu Lübeck und am UKSH bleiben trotz der Einrichtung einer neuen Dienststelle durch die Stiftung erhalten. Sicherergestellt wird außerdem eine Mitwirkung im Hauptpersonalrat beim Ministerium mit Rede- und Antragsrecht. Damit erreichen wichtige Informationen aus dem Hauptpersonalrat beim Ministerium in zuverlässiger Weise auch alle Personalräte der Stiftung.

Für die jetzt anstehenden weiteren Umsetzungsschritte wünsche ich - und ich denke, Sie alle - der Universität zu Lübeck viel Erfolg und ein gutes Ge-

lingen zum Start am 1. Januar. Natürlich wünsche ich der Universität zu Lübeck auch eine schöne Geburtstagsfeier! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN, Drucksache 18/2272, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Mitglieder von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe)

Gibt es jemanden, der sich enthält? - Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 18/2272 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von PIRATEN, CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und alle Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der CDU. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 18/1724 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Bericht zum Stand des baulichen Masterplans (ÖPP) am UKSH

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2216

Bauliche Sanierung des UKSH

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2270

(Präsident Klaus Schlie)

Zuschlagserteilung beim UKSH verschieben - Ausstiegsszenarien prüfen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2271

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit dem Antrag Drucksache 18/2216 wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall. Ich erteile für die Landesregierung der Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professor Dr. Waltraud Wende, das Wort.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie heute ins **UKSH** gehen, finden Sie teilweise **räumliche Situationen** vor, die weder für die Ärztinnen und Ärzte noch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und schon gar nicht für die Patientinnen und Patienten angemessen oder gar angenehm sind. Räume sind alt und sanierungsbedürftig, Betten stehen auf den Fluren, in Lübeck gibt es sogar noch Fliegerbaracken aus dem Zweiten Weltkrieg. Es ist also keine Frage, ob oder wann saniert werden muss: Wir müssen jetzt sanieren.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **bauliche Masterplan** steht im Kontext dreier zentraler Ziele des UKSH. Erstens: Erhalt der exzellenten Krankenversorgung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UKSH leisten ganz hervorragende Arbeit.

(Beifall)

Zweitens: Forschung auf höchstem Niveau, die national und international anerkannt ist. Drittens: hervorragende Lehre und Ausbildung.

An dieser Stelle muss aber auch deutlich gesagt werden: Der bauliche Masterplan allein wird das UKSH nicht zugleich wirtschaftlich sanieren. Die **wirtschaftliche Sanierung des UKSH** steht vielmehr auf mindestens drei Säulen. Erstens: Die externen Rahmenbedingungen müssen stimmen, und diese werden nicht durch Entscheidungen auf Landesebene, sondern auf Bundesebene gesetzt. Der Basisfallwert muss angehoben und der Systemzuschlag für Universitätskliniken eingeführt werden.

(Beifall SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir setzen in Schleswig-Holstein darauf, dass der Koalitionsvertrag der Bundesregierung umgesetzt wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie machen Sie das denn?)

Zweitens: interne Maßnahmen, die wir gemeinsam mit dem UKSH angehen. Der Vorstand des UKSH hat die sogenannte Roadmap aufgesetzt, ein gemeinsames Konzept mit allen Klinikleiterinnen und Klinikleitern zur Strukturverbesserung. Der Prozess läuft zurzeit sehr gut.

Die dritte Säule ist die heute auf der Agenda stehende bauliche Sanierung. Über deren Kernstück, Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Gebäude für die Krankenversorgung, reden wir heute im Parlament.

Lassen Sie mich zur Einordnung einen kurzen Rückblick auf das Geschehene geben: 2008 wurde ein ganzheitlicher Masterplan aufgestellt. 2011 beschloss der Landtag die Einleitung des Markerkundungsverfahrens und die Suche nach einem privaten Partner. 2012 startete der sogenannte wettbewerbliche Dialog und wurden die Bieterkonzepte vorgelegt. Das **Vergabeverfahren des wettbewerblichen Dialogs** hat folgende Besonderheit: Während des laufenden Verfahrens können neue Ideen eingebracht werden. Das ist in den letzten 24 Monaten auch tatsächlich geschehen.

Drei zentrale Veränderungen hat es im Laufe des **Dialogprozesses** in den letzten Monaten gegeben: Erstens. Der Bieter wird nicht Eigentümer der Gebäude. Eigentümer bleibt das Land. Nur die Betriebspflicht für die Immobilien geht auf den ÖPP-Partner über. Dadurch wird die Rolle des Landes gestärkt.

Zweitens. Die Finanzierung wurde anders aufgestellt als ursprünglich geplant: von 100 % privat auf 75 % Land und 25 % privat. Das bringt erstens Zinsvorteile, weil die öffentliche Hand deutlich günstigere Zinsen bekommt als die Privatwirtschaft, und zweitens behalten wir so weiter Einfluss auf die Entwicklung des UKSH.

Drittens. Erweiterung des Bauvolumens. Die Blaupause zur Beschreibung der erforderlichen Baumaßnahmen wurde durch die Bieteranschläge erweitert. Mit anderen Worten: Um weitere Effizienzpotenziale heben zu können, ist der Umfang der Neubaumaßnahmen mehr gewachsen als ursprünglich geplant.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

Da wir uns noch im laufenden Vergabeverfahren befinden, bin ich zur Vertraulichkeit verpflichtet. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis dafür, dass mein Bericht keine Zahlen und keine bieterspezifischen Informationen enthalten kann. Ich werde mich bis zum 30. September an die Vertraulichkeit halten.

Wir haben aufgrund der geforderten Vertraulichkeit ein **umfassendes und mehrstufiges Beteiligungsverfahren** entwickelt, um dennoch größtmögliche Transparenz in dem Verfahren herzustellen. Das Parlament wurde auf verschiedenen Ebenen umfassend informiert, und wir hoffen, dass Sie dadurch heute in der Lage sind, eine Entscheidung treffen zu können. Mein Dank gilt allen Beteiligten, die das Verfahren so engagiert mitgetragen haben und es immer noch mittragen.

Meine Damen und Herren, am bereits erwähnten 30. September soll der Zuschlag erteilt werden.

Lassen Sie mich kurz die **Schwerpunkte** des Projekts benennen: Wichtiges Kriterium unserer Entscheidung für einen der beiden noch im Verfahren befindlichen Bieter ist die Wirtschaftlichkeit. Das Vergabeverfahren schreibt vor: Der Bau muss sich aus sich selbst heraus refinanzieren. Weitere Kriterien sind die Qualität von Bau und Betrieb und die adäquate Risikoverteilung zwischen Land/UKSH auf der einen Seite und privatem Partner auf der anderen Seite.

Wir haben uns bei der Entscheidung nicht allein auf das Votum des UKSH verlassen, sondern uns durch das Heranziehen externer Experten und externer Expertise auf der Grundlage mehrerer Gutachten abgesichert. Denn mir ist wichtig: Wir müssen das finanzielle Risiko so gering wie möglich halten. Aber - auch das gehört zur Wahrheit, und diese Wahrheit spreche ich hier aus - es bleiben Risiken. Deshalb haben wir sowohl die **Wirtschaftlichkeit** als auch das **Vertragswerk** für das Projekt extern prüfen lassen. Vergleichsmaßstab ist dabei der PSC - Public Sector Comparator -, was so viel heißt wie: Vergleichsmaßstab ist die konventionelle Bauweise durch das Land: Wie hoch also wären die Baukosten gewesen, wenn das Land ohne den privaten Partner gebaut hätten? Alle Gutachten haben bestätigt, dass die konventionelle Bauweise teurer würde. Insofern ist die Wirtschaftlichkeit des vorliegenden Bieterangebots gegeben.

Im Zentrum der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung steht die viel zitierte **Effizienzrendite**. Durch Kosteneinsparung infolge von Prozessoptimierungen und Nutzung von Synergieeffekten soll das Bauvor-

haben refinanziert werden. Alles spricht dafür, dass dem von uns favorisierten Bieter diese Refinanzierung gelingen kann. Wir sichern unsere volle Unterstützung zu.

Die Hebung der Effizienzrendite ist in erster Linie eine Managementaufgabe des UKSH-Vorstands. Das Land wird das Management durch ein umfassendes Controllingssystem begleiten. Es wird ein Kontrollgremium aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der drei Ministerien, dem Wissenschaftsministerium, dem Sozialministerium und dem Finanzministerium, eingerichtet. Außerdem werden externe Berater hinzugezogen. Dieses Gremium wird den Prozess langfristig begleiten. Insbesondere wollen wir die innerbetriebliche Situation im Auge behalten, damit die viel zitierte Effizienzrendite nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwirtschaftet wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Strategie heißt eben nicht: „Augen zu und durch!“, sondern: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“. Das ist der richtige Weg.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau! Das gilt für Sie in besonderer Weise!)

Wir wissen, dass die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** bereits jetzt eine hohe **Arbeitsverdichtung** erleben. In vielen Bereichen ist die Grenze des Zumutbaren erreicht.

Auch bei dem **Zustand der Gebäude** ist die Grenze des Zumutbaren längst erreicht. Lassen Sie es mich noch einmal deutlich sagen: Wir müssen bauen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Patientinnen und Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass wir gemeinsam den Startschuss geben.

Meine Damen und Herren, das UKSH ist für die Menschen da, und es funktioniert nur mit den Menschen, die dort arbeiten, lehren, lernen und forschen. Wir in Schleswig-Holstein sind stolz auf unseren einzigen Maximalversorger, der einen hervorragenden Ruf hat. Wir sind genauso stolz auf eine exzellente medizinische Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein. Beides soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb müssen wir jetzt handeln und die bauliche Sanierung voranbringen. Das ist die größte Aufgabe, die wir gemeinsam zu lösen haben.

Deshalb bekräftige ich noch einmal, dass wir das ganze Parlament weiterhin in den Prozess UKSH und die Entwicklung des Prozesses einbeziehen und beteiligen werden.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich außerordentlich über den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW für die bauliche Sanierung. Ich weiß, dass es etwas Besonderes ist. Ich bedanke mich sehr für diese Entscheidung. Es ist ein starkes Signal für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UKSH aus diesem Parlament. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um knapp 3 Minuten überzogen. Diese Zeit steht allen anderen Fraktionen ebenfalls zur Verfügung.

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Jürgen Weber das Wort.

(Zuruf Daniel Günther [CDU])

- Der Abgeordnete Weber hat deswegen das Wort, weil die SPD-Fraktion gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zuerst den Antrag auf Berichterstattung gestellt hat, Herr Abgeordneter.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! - Kollege Günther, wer zuerst kommt, malt zuerst.

Vorhin ist in der Debatte über das Stiftungsgesetz, was die Uni Lübeck anbetrifft, die Formulierung „eine historische Entscheidung“ verwandt worden. Ich glaube, dieser Begriff lässt sich auch auf Folgendes anwenden.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich sage ja: Das wird inflationär gebraucht!)

- Nein, nicht inflationär! - Jeder darf einmal mein Büro besuchen und sich den Aktenschrank mit den UKSH-Akten angucken. Woanders ist das vielleicht noch intensiver. Wenn wir elf Jahre nach der Fusion der Klinika in Kiel und Lübeck mit Plänen, Gutachten, Überlegungen, Anträgen, Berichten, Konzepten und Konflikten an einen Punkt kommen, an dem die Sanierung umfänglich und umfangreich gelingen kann, ist das ein ganz großer Schritt nach vorn.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Wir reden von einer **umfänglichen Sanierung**. Ich benutze den Begriff „umfänglich“ deswegen, weil bisweilen der Eindruck erweckt wird, als sei in den letzten Jahren am **UKSH** gar nichts passiert. So ist es ja nicht. Wer das Klinikum in Kiel oder in Lübeck besucht, wird sehen, dass dort bereits einiges passiert ist. Wir reden jetzt aber über den großen Sprung nach vorn.

Natürlich gilt es, Wirtschaftlichkeit, Patientenfremdlichkeit, exzellente medizinische Qualität und angemessene gute Arbeitsbedingungen für alle unter einen Hut zu bringen. Die Ministerin hat das ganz ausführlich dargestellt. Ich will das alles nicht wiederholen und Sie mit Doppelungen langweilen.

Erlauben Sie mir, auf zwei, drei Aspekte einzugehen, weil ich glaube, dass das für den Teil wichtig ist, den das Parlament begleitet. Die Ministerin hat gesagt, das **Parlament** werde weiterhin intensiv einbezogen. Das ist eine Aussage, die ich sehr begrüße und gut finde. Aber das Parlament wird natürlich auch aus eigenem Selbstbewusstsein heraus dafür Sorge tragen, dass der **Kontrollmechanismus** funktioniert, Frau Ministerin.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Diejenigen Anmerkungen, die ich noch ergänzend machen will, betreffen vor allem die Frage, wie wir das, was Voraussetzung für das Gelingen ist, wirklich erreichen können. Wir reden über weit mehr als 10.000 **Beschäftigte**, die heutzutage **Arbeitsbedingungen** haben, unter denen sie ihre Arbeit nicht so erledigen können, wie sie sie erledigen wollen und müssten.

Über eine Frage haben wir lange und ausführlich diskutiert, nämlich die Frage der **Finanzierung** - private, öffentlich-rechtliche oder gemischte Finanzierung. Jetzt ist eine Lösung gefunden - das will ich ausdrücklich sagen -, eine Formel, eben keine 100 % Fremdfinanzierung, sondern 75 % Beistellung durch Kreditaufnahme durch das UKSH.

Ich denke, das ist eine vernünftige Lösung, und zwar nicht nur unter Zinsbedingungen, sondern auch bezüglich der Frage, wie man mit einem solchen Investment im ausschreibungsrechtlichen Bereich umgeht. Ich will die Regierung gerne loben, die jetzige und in diesem einzigen Punkt auch die vorherige. Der Bereich **Markterkundungsverfahren** und **Dialogphase** waren in der Tat von Beginn an transparent aufgelegt, wodurch das Parlament und die Ausschüsse jederzeit Gelegenheit hatten, diese Dinge zu erörtern. Die Veranstaltungen, in denen uns der Vorstand des UKSH mit und ohne Regierungsbeteiligung vorgetragen hat, waren sehr

(Jürgen Weber)

umfänglich. Das lobe ich ausdrücklich. Das ist auch ein wesentlicher vertrauensbildender Punkt gewesen.

Meine Damen und Herren, das Konzept der Landesregierung sieht vor, bis 2019 sowohl im ärztlichen wie auch im pflegerischen Dienst und im medizinisch-technischen Dienst einen spürbaren **Stellenrückgang** vorzunehmen, wobei bis 2025 im ärztlichen und medizinisch-technischen Dienst wieder Aufwüchse prognostiziert werden, im **Pflegebereich** wird dies nicht der Fall sein. Der Pflegebereich wird daher derjenige sein, der auf den ersten Blick die stärksten Einschnitte zu verkraften haben würde. Das ist schwierig und nur akzeptabel, wenn der Stellenabbau sozialverträglich und nicht durch Kündigungen und Entlassungen auf den Weg gebracht werden.

Es darf natürlich nicht dazu kommen, dass die durch die Sanierung geschaffenen Möglichkeiten einer besseren und vernünftigeren Arbeit in diesem Klinikum dadurch konterkariert werden, dass wir am Ende wieder am selben Ausgangspunkt sind, weil der Stellenabbau insgesamt ein Stück der Rendite auffrisst, was an verbesserten Arbeitsbedingungen durch die Sanierung möglich ist. Deswegen werden wir uns das ganz genau anschauen.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Begriff der **Effizienzrendite** noch einmal ansprechen. Selbstverständlich sind Effizienzrenditen auf der Basis von weniger Personal berechnet, denn sonst würde es diese Renditen in dem Umfang gar nicht geben. Dass bessere bauliche Strukturen üppige Effekte hinsichtlich der Abläufe und Verfahren in einem so großen Krankenhaus erzielen können, ist vollständig unabweisbar und logisch. Eine gewisse Vorsicht und Zurückhaltung ist nichtsdestotrotz angebracht, wenn **Zielzahlen** für einen **Personalabbau** vorgegeben werden. Öffentlich liest man ja bereits Zahlen, die von dem einen oder andern Interessierten gern ein wenig hochgeschrieben werden. Wir müssen in der Sache natürlich prüfen, dass die Verzahnung der Prozesse von Sanierung und Verfahrensoptimierung auf der einen Seite und Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf der anderen Seite sehr konkret von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz und kontinuierlich betrachtet werden müssen.

In dem Umdruck 18/3238 führt das Finanzministerium zum Thema Effizienzrendite unter anderem Folgendes aus - ich darf aus der Unterlage zitieren -:

„Die angenommenen Effekte wurden nach Art und Umfang grundsätzlich als realistisch

und die Planung der Expansionspotenziale als realistisch und sachgerecht eingeschätzt.“

Ich wiederhole: die Planung der Expansions-, Ausweitungsziele hält man für - ich betone - realistisch und sachgerecht, die angenommenen Effekte aus dem Effizienzgewinn hält man für - ich betone - grundsätzlich realistisch. Sie hören den Unterschied?

Meine Damen und Herren, wir begrüßen den Bericht der Landesregierung ausdrücklich und die Entscheidungsgrundlage, die heute auf dem Tisch liegt, ohne Wenn und Aber. Im Hinblick auf das, was der **Landesrechnungshof** öffentlich formuliert, sage ich: Ja, wenn die Rahmenbedingungen, die die Ministerin vorhin völlig richtig beschrieben hat, was die DRGs angeht, was die anderen bundesweit zu regelnden Finanzmechanismen betrifft, nicht komplett eintreten, dann kann es sein, dass wir zu einem Zeitpunkt X in diesem Prozess an den Punkt kommen, dass wir, wenn wir dann bei dem UKSH die Qualität haben, die wir haben wollen und auch die **Arbeitsbedingungen** so erreicht haben, wie wir es uns vorstellen, genauso wie die **Exzellenz**, die wir haben wollen und mit der Ertragsfähigkeit und der Patientenfreundlichkeit, die wir haben wollen, die Existenz des UKSH trotz dieses Prozesses nicht anders werden sichern können, dann wird man über die Frage reden müssen, was das **Land zusätzlich leisten** muss oder nicht. Das muss man tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Ehrlichkeit muss man heute formulieren. Das ist nichts, was diesen Prozess, der auf **Wirtschaftlichkeit** ausgerichtet ist, in irgendeiner Weise infrage stellt, da ist auch nichts, das die Bemühungen auf diesem Weg infrage stellt, aber wir dürfen das nicht vollständig ausblenden.

Sie dürfen sicher sein, dass die SPD-Fraktion diesen Prozess intensiv unterstützt und begleitet, und Sie dürfen genauso sicher sein, dass wir sehr genau hinsehen werden, ob die unabdingbaren Prinzipien und Kriterien auf diesem schwierigen Sanierungsweg eingehalten und beachtet werden. Wir sind davon überzeugt, aber Hinschauen ist immer sinnvoll und notwendig.

Die Kriterien heißen, das Beste an Qualität zu erreichen für alle Patientinnen und Patienten, für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im medizinischen, im pflegerischen sowie im technischen Bereich und für ein exzellenzsicherndes Zusammenwirken von

(Jürgen Weber)

Grundlagenforschung, Patientennachforschung und Lehre sowie die Krankenversorgung.

Wir hoffen als SPD-Fraktion, dass wir nach Abschluss dieses Projekts, dieses Schrittes, dann von einer wirklichen Erfolgsgeschichte werden sprechen können. Lassen Sie uns heute mit unserem gemeinsamen Beschluss einen gemeinsamen Schritt gehen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich an dem Beispiel des Kollegen Weber gern orientieren und der Versuchung widerstehen, jetzt eine ellenlange Debatte darüber zu führen, welche Regierung welcher Farbe den **Investitionsstau** am meisten hat ansteigen lassen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da haben wir uns gegenseitig einiges vorzuwerfen, auf das wir heute verzichten sollten. Statt dessen möchte ich lieber meiner Freude Ausdruck verleihen, dass wir es geschafft haben, diesen überparteilichen Prozess, der ja über mehrere Regierungszeiten ging, die in denen die Zusammensetzungen gewechselt haben, auch von einem großen Teil der Opposition zu unterstützen. Ich freue mich auch darüber, dass wir heute ein weiteres wichtiges Zwischenziel auf einer langen Etappe erreicht haben.

(Beifall CDU)

Dieser überparteiliche Wille unseren Maximalversorger, das Universitätsklinikum, mit einem hohen dreistelligen Millionenbetrag zu unterstützen, kommt in einem immerhin von fünf verschiedenen Parteien eingebrachten Antrag zum Ausdruck. Wir sehen es als CDU-Fraktion als wirtschaftlich sinnvoll an, dass die **Umsetzung** dieses Projekts durch einen Generalunternehmer in einer **öffentlich-privaten Partnerschaft** durchgeführt wird. Wir begrüßen, dass nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens und der Auswahl eines Bieters nun mit der Realisierung begonnen werden kann. Wir bekennen uns auch dazu, dass weitere flankierende Maßnahmen notwendig sind und wir natürlich auch

weitere Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen müssen.

Denn wir reden heute über das Thema Krankenversorgung. Wir dürfen aber auch nicht die Forschung und Lehre aus den Augen verlieren. Das ist noch ein großer Batzen Geld, den wir dafür aus dem **Landeshaushalt** zur Verfügung stellen müssen. Auch dazu möchte ich mich heute ausdrücklich bekennen, dass wir uns dieser Verantwortung für die nächsten Jahre bewusst sind.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für die ausgesprochen positive Zusammenarbeit mit der Landesregierung in diesem Prozess bedanken.

(Beifall CDU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das schließt die Vorgängerregierung mit ein.

(Beifall CDU und FDP)

Und sowohl Ministerin Heinold, die in diesem Fall häufig in den Ausschusssitzungen informiert hat, als auch Staatssekretär Fischer mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt mein Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es war eine ausgesprochen gute Zusammenarbeit mit einer professionellen Vorbereitung. Bei einem solchen **Ausschreibungsverfahren** mit den gesamten Geheimhaltungskriterien muss man berücksichtigen, dass es auch nicht leicht ist, so etwas zu moderieren. Das Informationsmanagement, das Sie dort bewiesen haben, war wirklich ausgesprochen gut.

Wir als Parlamentarier, auch ich, der dem Beteiligungsausschuss gar nicht angehört, kennen einige wesentliche Fakten heute gar nicht. Deswegen haben wir vorher auch offen geäußert, dass wir uns schon schwertun, grünes Licht für den Bieter zu geben, den wir gar nicht kennen. Deswegen finde ich den Antrag so, wie wir ihn jetzt formuliert haben, ausgesprochen gut. Ich glaube, es wird klar und deutlich, dass wir der Landesregierung hier grünes Licht geben.

Bei alledem aber, was wir in den Ausschusssitzungen hinterfragen konnten, was uns an Unterlagen vorgelegt worden ist, kann man meines Erachtens schon sagen, dass die **wirtschaftliche Annahme**, bei all den Risiken, die ein solcher Prozess mit sich bringt - da kann einem niemand hundertprozentige Gewissheit geben -, was durch die bauliche Ertüchtigung an Effizienzrendite erreicht werden kann, ein Nullsummenspiel ist, wie es Herr Kollege Koch ge-

(Daniel Günther)

rade formuliert hat. Was wir investieren, bekommen wir als Rendite auch wieder raus. Nach all den Ergebnissen, die uns vorliegen, halten wir es für realistisch, dass das erreicht werden kann.

Für uns als CDU sind vier Punkte von besonderer Wichtigkeit. Wir wissen nicht, ob Sie schon in der Vergangenheit darauf geachtet haben. Wir legen aber Wert darauf, dass das in Zukunft eingehalten wird.

Dies betrifft erstens die **Kostensteigerungen**. Die Vertragswerke sollten möglichst so ausgelegt werden, dass keine bösen Überraschungen zu erwarten sind. Es ist immer unsicher, wenn noch keine Baugenehmigung vorliegt. Außerdem ist nicht klar, welche denkmalschutzrechtlichen Auflagen einzuhalten sind. Welche Anforderungen an den Brandschutz gibt es? Es dürfen keine hohen Risiken mehr darin stecken; denn die Summen sind alle recht knapp kalkuliert. Das Ergebnis wird natürlich schwierig, wenn es zu Kostensteigerungen kommt, die durch die Rendite nicht aufgefangen werden können.

Ein Zweites treibt uns mit Sorge um. Als wir diesen Prozess 2011 begonnen haben, lag das **Defizit** bei ungefähr 9 Millionen €. Heute sind wir bei einem Defizit von 40 Millionen €. Um wirklich eine schwarze Null zu erreichen, müssen wir nicht 50 Millionen € Rendite erwirtschaften, sondern wir müssen 90 Millionen € Rendite erwirtschaften. Bei aller Sympathie für das Gerede vom Landesbasisfallwert und über die Frage, wann der UKSH-Zuschlag kommt, dürfen wir nicht vergessen, dass das Defizit von 40 Millionen € dadurch nicht ausgeglichen wird. Das gehört auch zur Wahrheit.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Dem Vorstand muss vonseiten der Landesregierung durch die Aufsichtsgremien genauer auf die Finger geschaut werden. Ich habe meine Zweifel daran, ob im Jahr 2017 wirklich eine schwarze Null erreicht wird. Ich glaube, wir müssen sehr darauf achten, dass das Kostenmanagement gut wird.

Drittens sollte die Landesregierung in Gänze dem Beispiel der Ministerien folgen, die ich vorhin gelobt habe. Seien wir ehrlich: Ein Zehntel des Defizits im Jahr 2014 hat das **Sozialministerium** mit einer einsamen Entscheidung zum Thema der Schlaganfallversorgung selbst produziert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist das!)

Meinen Appell an die Landesregierung, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, will ich an dieser Stelle

gern erneuern. Zudem bitte ich Sie, diesen dem Sozialministerium auch einmal auszurichten.

(Beifall CDU und FDP)

Ich finde es schon etwas symptomatisch, dass bei einer Debatte über das größte Investitionsprogramm in die Krankenversorgung in Schleswig-Holstein das Sozialministerium mit Abwesenheit glänzt.

(Beifall CDU und FDP)

Ich freue mich, dass wir heute ein so **breit getragenes Signal** setzen können. Es wäre ein tolles Signal, wenn wir das möglichst einvernehmlich für die Universitätsklinika hinbekommen würden. Das wäre aber auch ein tolles Signal für die vielen tausend Beschäftigten, die dort einen hervorragenden Job machen. Das wäre auch ein tolles Signal für die Standorte in Kiel und Lübeck. Ich freue mich auf eine möglichst breite Zustimmung dieses Hohen Hauses.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das **Universitätsklinikum** kann keine medizinische Spitzenversorgung, keine brillante Forschung und keine exzellente Ausbildung garantieren, wenn wir uns nicht bald für eine **Sanierung** entscheiden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Stationen sind teilweise zu klein, und fast alle sind ineffizient. Die Wege sind lang, und der Aufwand ist groß. Um die Patienten von der einen zur anderen Station zu bringen, werden zum Teil Transporte mit Krankenwagen notwendig. Kranke Menschen müssen in Flurbetten liegen. Das ist kein Zustand, der für die Patientinnen und Patienten und das Pflegepersonal länger tragbar ist.

Der **Finanzierungsbedarf** wurde vom Finanzministerium auf rund 1 Milliarde € beziffert. Davon könnte man 29 Jahre lang circa 200 Lehrer finanzieren. Es geht um viel. Wir können uns vor einer Entscheidung nicht drücken. Deshalb ist es gut, dass wir heute darüber beraten und vermutlich in großer Einigkeit einen befürwortenden Beschluss fassen.

(Eka von Kalben)

Meine Damen und Herren, fast alle Fraktionen im Landtag sind sich einig. Wir sollten uns auch einig sein; denn das Projekt hat wirklich riesige Ausmaße. Allein die Bauzeit beziehungsweise Gewährleistungszeit von faktisch 30 Jahren ist ein Superlativ. Sie entspricht sechs Legislaturperioden, wenn man einmal voraussetzt, dass es keine vorgezogenen Neuwahlen gibt. Das ist mehr als ein Drittel eines Menschenlebens.

Ich möchte hier gern einen Punkt ansprechen, der schon von verschiedenen Seiten angesprochen wurde. Das betrifft die vieldiskutierte und zum Teil auch kritisch gesehene **Effizienzrendite**. Es ist praktisch ein K.o.-Kriterium gewesen, das Projekt zu finanzieren, indem es sich selbst refinanzieren muss. In den Ausschüssen wurde darüber diskutiert. Ich hatte den Eindruck, dass wir uns auch bei diesem Punkt im Wesentlichen einig sind. Ich will sagen, dass wir uns auch in einer gewissen Skepsis einig sind.

Ja, die Effizienzrendite soll erfüllt werden. Ich habe auch den Eindruck, dass sich der Vorstand sehr stark darum bemüht, uns deutlich zu machen, an welchen Stellen Effizienzen entstehen können. Stichworte sind beispielsweise erhöhte Fallzahlen und eine kürzere Liegedauer. Wir wissen nicht genau, wie sich der demografische Wandel auswirken wird. Wir wissen nicht, ob alles so eintreffen wird, wie es jetzt behauptet wird.

Eine Sanierung des UKSH ist jedoch notwendig. Das müssen wir anpacken, und zwar so wirtschaftlich wie möglich. Die zentralisierte Gebäudestruktur, der Ausbau der Stationen und ein effizienterer Personaleinsatz werden dazu führen, dass der Betrieb kostengünstiger funktioniert.

Herr Weber, ich danke Ihnen für die ehrlichen Worte. Uns ist allen bewusst, dass dies eine schwierige Entscheidung ist. Wir wissen auch, dass es unter Umständen zu einem weiteren Einsatz von Haushaltsmitteln kommen kann.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, größere Stationen und kürzere Wege können zu einer höheren Zufriedenheit von **Pflegepersonal** und **Patienten** führen. Das Essen muss nicht immer vom Pflegepersonal ausgeteilt werden. Das kann an manchen Stellen auch Servicepersonal leisten. Gesundheitspolitik misst sich aber nicht in erster Linie an Effizienz, sondern vor allem an der erfolgreichen Bekämpfung von Krankheiten. Einen maßgeblichen Anteil daran hat das Personal.

Einsparungen, die durch Dumpinglöhne erreicht werden, sind nicht unser Ziel. Einsparungen, die durch eine Verdichtung der Arbeit und weniger Zeit pro Patient erreicht werden, sind nicht unser Ziel. Wir wollen nicht, dass am Ende das Personal noch selbst krank wird in dem Krankenhaus, in dem es arbeitet.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist eine Frage der Fürsorge für die vielen Beschäftigten, in Zeiten von Fachkräftemangel aber auch eine Frage betriebswirtschaftlicher Vernunft.

Liebe PIRATEN, wenn ich mich entscheiden muss zwischen einem Abbruch des Verfahrens und der Sanierung, dann wähle ich den Start des Projekts. Ein **Verfahrensabbruch** würde zu einem Stillstand mindestens über mehrere Jahre, wenn nicht gar zu schlechteren Auswirkungen führen. Nur weil eine Prognose nicht komplett überprüfbar ist, können wir nicht verantworten, dass sich die Krankenversorgung massiv verschlechtert, dass unser guter Ruf in der Mediziner Ausbildung leidet und dass die Forschung behindert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das **ÖPP** wird nicht den gesamten Sanierungsbedarf von rund 1 Milliarde € decken. Im Haushalt sind über einen Zeitraum von acht Jahren insgesamt 160 Millionen € für Bauten für Forschung und Lehre vorgesehen. Hinzu kommen weitere Millionenbeträge für die Sanierung alter Rohrleitungen, Leerstandsbewirtschaftung und anderes.

So erschreckend die Summen und die Zeiträume sind, so richtig ist es, sie offen auf den Tisch zu legen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Finanz- und das Bildungsministerium gestalten den Prozess so transparent wie möglich. Hier kann ich mich dem Dank von Herrn Günther nur anschließen. Dieser **Transparenz** sind Grenzen gesetzt. Darauf hat die Ministerin hingewiesen. Wir befinden uns in einem Verfahren, bei dem nur ein Teil der Parlamentarierinnen und Parlamentarier informiert sind. Natürlich erfordert es ein großes Maß an Vertrauen, wenn Sie in den Fraktionen Ihren jeweiligen Vertretern in diesen Gremien folgen, wenn Sie unserem Votum folgen, obwohl das, was Sie an Informationen haben, deutlich weniger ist als das, was wir im **Beteiligungsausschuss** erfahren haben. Das gilt aber auch für andere Bereiche, für die wir

(Eka von Kalben)

das immer wieder diskutieren. Ein Beispiel dafür ist das Parlamentarische Kontrollgremium. Ich glaube, in der Abwägung zwischen so viel Offenheit wie möglich in den vertraulichen Ausschüssen und einer allgemeinen Information ist das Verfahren so gut gewählt. Dafür danke ich ausdrücklich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Angesichts der Dimensionen und der Bedeutung für das Land ist es wichtig, dass wir gut informiert sind, dass aber auch die Öffentlichkeit davon erfährt. Daher ist es gut, dass wir hier eine **ausführliche Beratung** durchgeführt haben. Auch nach dem ersten Spatenstich erwarten und fordern wir, dass wir weiterhin regelmäßig informiert und beteiligt werden.

Ich fasse zusammen: Erstens. Die bauliche Sanierung des UKSH ist überfällig. Sie ist Grundvoraussetzung dafür, dass eine hohe Qualität in der medizinischen Forschung, in der Versorgung und in der Ausbildung gewährleistet wird. Zweitens. Das Projekt bleibt nicht ohne Risiko. Wir haben es mit langen Zeiträumen und gewaltigen Summen zu tun. Die Vergabe an einen Generalunternehmer ist für das Land wirtschaftlich von Vorteil. Drittens. Es ist wichtig, dass wir als Parlament den Prozess kritisch begleiten. Dafür müssen wir regelmäßig und umfassend informiert werden. Viertens. Effizienzgewinne dürfen nicht zulasten, sondern müssen zugunsten von Patientinnen und Patienten sowie des Personals gehen.

Ich stehe hier mit der Überzeugung, dass es richtig ist, das Projekt zu starten, und zwar in der Form, in der es jetzt geplant ist. Wenn ich alles abwäge, dann komme ich zu dem Schluss, dass wir zwar nicht alles wissen und dass einiges eine Prognose bleibt, dass die Vorteile jedoch deutlich überwiegen; im wirtschaftlichen und vor allem im medizinischen Bereich.

Ich danke noch einmal CDU und FDP für ihre Bereitschaft, diesen Prozess zu begleiten und diesen Antrag gemeinsam mit uns zu verabschieden. Das ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit für eine Opposition. Sie übernehmen hier einen großen Teil der Verantwortung, die wir als Haus gemeinsam übernehmen. Ich bin sicher, dass dies ein gutes Signal an das Land, an unsere Universitätsstädte und an das Personal des UKSH sendet. Ich hebe meine Hand für das neue UKSH, und ich bin zuversichtlich, dass dies eine ganz große Mehrheit hier im Haus ebenso tun wird. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Dame, sehr geehrte Herren Vorstände! Forschung, Lehre und Krankenversorgung sind die drei Säulen der deutschen Hochschulmedizin. Dazu gehören Grundlagenforschung, klinische Forschung, interdisziplinäre Forschung, aber auch branchenübergreifende Forschung. Bei der Lehre denke ich zuallererst an die Aus-, Fort- und Weiterbildung unseres medizinischen, aber auch pharmakologischen Nachwuchses. Bei der Versorgung spielen Spitzenmedizin und die Erbringung einzigartiger Leistungen auf maximaler Versorgungsstufe eine Rolle.

Bevor ich über Barwerte und Effizienzrenditen spreche, will ich zunächst sagen, worüber und über wen wir eigentlich sprechen. Wir sprechen nämlich über 12.440 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und über 407.000 Patientinnen und Patienten, von denen über 100.000 stationär behandelt wurden. Im Umkehrschluss heißt dies übrigens, dass fast drei Viertel der Leistungen ambulant erbracht werden. Daran kann man sehen, was in der Öffentlichkeit gar nicht so bekannt ist, nämlich welcher großen Beitrag das **UKSH** bei der **ambulanten Versorgung** von Patientinnen und Patienten an den beiden Standorten leistet. Wir reden über fast 2.700 Geburten, und wir sprechen über 43.298 Notfälle. Das heißt, wir sprechen über ein Viertel der Patientinnen und Patienten in Schleswig-Holstein.

Um dies gleich zu sagen, mehr ist es aus meiner Sicht nicht wert: Der **Antrag** der **PIRATEN** ist keine Alternative zu dem, was heute hier zur Abstimmung steht. Das, was wir nach elf Jahren nicht brauchen, ist ein Ausstiegsbeschluss. Wir brauchen vielmehr einen Einstiegsbeschluss.

(Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wissenschaftsministerin hat es zum Ausdruck gebracht, und die Kolleginnen und Kollegen haben auf die Stufe der Vertraulichkeit bereits hingewiesen. Weil dies in öffentlichen Broschüren immer wieder abgedruckt wird, darf man - so glaube ich - sagen, was auch der Vorstand sich immer wieder

(Dr. Heiner Garg)

bemüht, uns klarzumachen, nämlich was an **Spitzenmedizin** geleistet wird. Das versucht man gesundheitsökonomisch immer in tolle **Kennzahlen** zu packen. Ich nenne den berühmten Case Mix Index, der beim UKSH relativ hoch ist.

Ich finde eine andere Messzahl wesentlich ausschlaggebender für das, was ich gerade als Leistung des UKSH dargestellt habe. Das ist der berühmte Patient Clinical Complexity Level, also der PCCL, der den **medizinischen Schweregrad der Behandlungsfälle** wiedergibt. Dieser ist an beiden Standorten des UKSH mit 1,47 im Bundesvergleich extrem hoch. Das heißt, im UKSH werden extrem schwierige Behandlungsfälle behandelt.

Liebe Kollegin von Kalben, ich empfinde unsere Zustimmung heute auch als klares Bekenntnis dazu, dass das UKSH auch in Zukunft tatsächlich seine Spitzenpositionen im Bereich der Maximalversorgung, der Ausbildung und der Patientenversorgung erfüllen kann; wohl wissend, was dies finanzpolitisch bedeutet.

(Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur **Ausbildung des medizinischen Nachwuchses**: Allein bis 2020 fehlen ungefähr 55.000 Ärztinnen und Ärzte. Bis zum Jahr 2030 steigt diese Zahl auf 166.000 an. Das heißt, eine der elementaren Aufgaben einer Universitätsklinik ist die Ausbildung von hochqualifizierten Ärztinnen und Ärzten. Wir haben bisher über die Maximalversorgung gesprochen. Ich fand es interessant zu gucken, was Maximalversorgung eigentlich heißt, damit man sich darunter etwas vorstellen kann. Unter den Zahlen des Verbandes der Universitätsklinika in Deutschland von 2009 findet man, dass im Jahr 2009 in Kiel beispielsweise 243 Tumoroperationen in der Schädelgrube vorgenommen wurden, dass 576 sogenannte Pars-plana-Vitrektomien in Kiel vorgenommen wurden, dass in Lübeck 18 Stammzelltransplantationen vorgenommen wurden, dass in Kiel 64 Lebertransplantationen und in Lübeck 80 Nierentransplantationen oder 513 Herzklappenoperationen vorgenommen wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Bekenntnis zum UKSH darf also kein Lippenbekenntnis sein. Das Bekenntnis, das zumindest die große Mehrheit von uns heute abgibt, muss aus unserer Sicht die versorgungs- und wissenschaftspolitische Leitplanken für den gesamten bevorstehenden Prozess sein. Sie haben das anders ausgedrückt. Sie haben gesagt: Die Erwirtschaftung der Effizienzrenditen darf

nicht zulasten von Patientinnen und Patienten oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehen, sondern sie muss vielmehr zu deren Gunsten eingesetzt werden.

Es ist mir bewusst, wie schwierig diese Gratwanderung ist, auf der einen Seite unter maximalem ökonomischen Druck zu stehen, auf der anderen Seite aber dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesem Prozess mitgenommen werden.

Was so simpel klingt, ist aus meiner Sicht hochkompliziert. Es hat nur auf den ersten Blick und am Rande etwas mit Bauen und Sanieren zu tun. In Wahrheit reden wir über hochkomplizierte und hochkomplexe Klinikabläufe, die in Zukunft effizienter werden sollen. Diese von den Vorrednerinnen und Vorrednern schon beschriebene **Effizienzrendite** setzt sich aus zwei grundlegenden Komponenten zusammen: Wir haben auf der einen Seite Expansionspotenziale, denn es werden Fallzahlsteigerungen prognostiziert. Im besten Fall sind diese kombiniert mit einer Verweildauerreduktion. Auf der anderen Seite setzt sie sich aus Einsparpotenzialen zusammen, die sich grob in baulich-funktionale Effizienzsteigerungen und organisatorische Effizienzsteigerungen gliedern lassen.

In der so bestechend logischen Modellwelt von Wirtschaftsprüfern und Consultern, die sich ja gerade im Bereich der Gesundheit recht munter und sehr zahlreich tummeln, wäre die heutige Entscheidung, die wir uns relativ schwer machen, ganz einfach. Sie würden nämlich sagen: Übersteigt der Barwert der Effizienzrendite den Barwert der Zahlungen für Planung, Bau und Finanzierung, dann wird zugeschlagen, falls er es nicht tut, dann eben nicht. Die Berechnungen zur Effizienzrendite werden auch gleich mitgeliefert.

Das Problem, vor dem wir in den Beratungen standen und vor denen wir auch weiter stehen werden, ist die Frage, wie verlässlich die **Prognosen** sind, die diesen Berechnungen zugrunde liegen. Ohne Wasser in den Wein schütten zu wollen, will ich sagen: Ich glaube, Sie wissen, dass ich sehr wohl Zweifel daran habe, wie belastbar die Annahmen und Grundlagen zur Berechnung der Effizienzrendite sind.

Ich will einmal die zugrundeliegenden Zahlen aus dem öffentlichen BDO-Gutachten aus dem März 2012 nennen, damit wir einen Vergleich haben, der zeigt, warum wir skeptisch sind. 2012 ging die BDO davon aus, dass sich der ab 2024 jährlich zu zahlende Pachtzins auf rund 38,4 Millionen € be-

(Dr. Heiner Garg)

läuft. Addiert man hierzu das Defizit des UKSH aus dem Jahre 2012 - nur das ist bisher öffentlich, also werde ich auch nur das hinzuaddieren -, dann müsste die Effizienzrendite 63,3 Millionen € betragen. Wenn man das auf den Gesamtklinikumsatz im Jahr 2012 bezieht, erhält man möglicherweise zufällig, aber möglicherweise nicht ganz zufällig eine Effizienzrendite, die um und bei 10 % liegt. Das ist, Herr Pansegrau, ausgesprochen sportlich für ein Universitätsklinikum.

Wie lautet die Konsequenz für die **wissenschafts- und versorgungspolitischen Leitplanken**, die wir einziehen? Das Behandlungsspektrum einschränken? Ich meine, alle haben ganz klar gesagt, dass es genau das ist, was sie nicht wollen. Die Konzentration auf erlösbringende Behandlungen? Ich denke, auch da haben alle sehr deutlich gesagt, dass sie es nicht wollen. Ich habe zumindest die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so verstanden, wie ich es auch ganz klar für meine Fraktion sage: Im Zweifel die Bereitschaft zur dauerhaften Übernahme zusätzlicher finanzpolitischer Verantwortung auch für dieses UKSH. Denn welche Alternativen gibt es überhaupt zu dem, was wir heute anstoßen wollen? Wenn sich die Landesregierung eine möglichst breite parlamentarische Mehrheit für das anspruchsvolle Projekt wünscht, dann sind die **Offenheit** und die **Transparenz**, die bislang an den Tag gelegt wurden - ich will mich ausdrücklich beim Finanzstaatssekretär Fischer bedanken - - -

(Zurufe: Wissenschaftsstaatssekretär!)

- Entschuldigung! Wissenschaftsstaatssekretär Fischer! Es war ja keine Beschimpfung. - Jedenfalls will ich mich ausdrücklich bedanken.

Ich will aber auch sagen, dass auch der wirtschaftliche Erfolg, und zwar unabhängig davon, in welcher Höhe sich die Effizienzrendite tatsächlich realisieren lässt, erheblich davon abhängt, wie das außerordentlich anspruchsvolle **medizinische Strukturkonzept** umgesetzt wird. Dessen Umsetzung, meine sehr verehrte Dame und meine sehr geehrten Herren des UKSH-Vorstandes, erfordert natürlich auf der einen Seite Durchsetzungswillen und Durchsetzungsvermögen. Ich denke, Herr Professor Scholz, das haben Sie. Aber es erfordert eben auch unglaubliches Fingerspitzengefühl, um zu erreichen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UKSH im gesamten Prozess pausenlos mitgenommen werden. Denn wir werden diesen Prozess nur mit den **Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** des UKSH erfolgreich gestalten.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend die große Einigkeit in dieser Frage und die Stimmung nutzen, um zwei oder drei politische Forderungen zu artikulieren, von denen ich überzeugt bin, dass sie grundsätzlich notwendig sind, um die Investitionen in unsere Krankenhaushauslandschaft und das Gesundheitsland Schleswig-Holstein dauerhaft zu sichern.

Lassen Sie, Frau Finanzministerin, Frau Wissenschaftsministerin und Frau Gesundheitsministerin, den Startschuss für dieses Projekt damit einhergehen, dass wir endlich eine **gemeinsame Investitionsplanung** sowohl für das **UKSH** als auch für die **übrigen Krankenhäuser** im Land haben. Das Nebeneinanderher der Investitionsplanungen wird weder dem UKSH noch den anderen Krankenhäusern gerecht. Zu einer gemeinsamen, auf Erfolg aufbauenden Investitionsplanung gehört, Frau Gesundheitsministerin, dass Sie sich endlich selber in den Fall **Sana Kliniken Lübeck** einschalten.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Was dazu an Letztentscheid aus Ihrem Haus gekommen ist, das ist - wir werden den Fall ja sorgsam aufarbeiten - für das UKSH alles andere als optimal gelaufen. Das, was Sie uns hier vorgesetzt haben, hat auch keinen versorgungspolitischen Mehrwert.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend will ich sagen, ich wünsche dem UKSH, den Patientinnen und Patienten - wir alle können es irgendwann einmal werden, ich wünsche es niemandem, aber die Wahrscheinlichkeit ist recht hoch - und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass das, was wir heute aus Überzeugung mit großer Mehrheit beschließen, ein Erfolg wird. Ich wünsche uns und allen, die diesen Prozess auch in den kommenden Legislaturperioden begleiten werden, dass wir heute die richtige Entscheidung treffen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es besteht kein Zweifel, dass das UKSH seit Langem unter einem hohen **baulichen Sanierungs- und Investitionsstau** leidet.

(Beifall PIRATEN)

Es besteht kein Zweifel daran, dass hier dringend Abhilfe geschaffen und dieser Sanierungs- und Investitionsstau zeitnah mit entsprechenden Baumaßnahmen behoben werden muss. Große Zweifel haben wir jedoch an dem Weg, den die Landesregierung beziehungsweise das UKSH gehen möchte.

Seit nunmehr sechs Jahren ist von der **Sanierung des Universitätsklinikums** die Rede. Begonnen hat das alles mit der Erstellung des medizinischen Strukturkonzeptes. Es wurden Soll-Konzeptionen für beide Standorte entwickelt, und im Folgejahr wurde der bauliche Masterplan vorgestellt. Dieser Masterplan mit seinem geschätzten Investitionsvolumen von rund 1,1 Milliarden € galt damals als nicht finanzierbar. Also wurde eine abgespeckte Version mit einer Investitionsobergrenze von 700 Millionen € auf den Weg gebracht. Auch dieser Plan galt als nicht finanzierbar. Ein weiteres Jahr ging dann ins Land. Im November 2010 wurde mit dem sogenannten Plan B endlich eine, so hieß es, **refinanzierbare Lösung** präsentiert. Die Investitionen in Krankenversorgung wurden auf solche Maßnahmen konzentriert, die durch ihre Effizienzrendite zur wirtschaftlichen Sanierung eine Finanzierung durch das UKSH aus eigener Kraft ermöglichen sollten. Das Perpetuum mobile UKSH war geboren.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Es klang zu schön, um wahr zu sein: Das UKSH baut an und um und generiert damit Einsparpotenziale, die ausreichen, um das gesamte Vorhaben zu refinanzieren.

Um die dieser Effizienzrendite zugrunde liegenden Potenziale zu heben, brauchte man aber erst einmal Geld. Im Haushalt abbildbar war das Volumen in Höhe von 380 Millionen € nur schwerlich. Denn wir haben in Schleswig-Holstein ja die Schuldenbremse. Hätte man diese Gelder in den Haushalt eingestellt, wie es eigentlich sein sollte, hätte man an vielen anderen Stellen Verzicht üben müssen. Daraufhin wurde ein **Markterkundungsverfahren** initiiert, dessen Modell - oh Wunder! - ein **ÖPP-Modell** war. 2012, also vier Jahre nach der Erstellung des medizinischen Strukturkonzeptes, wurde der Auftrag für das Immobilienprojekt durch das UKSH bekannt gemacht, und zwar obwohl das

UKSH zu diesem Zeitpunkt streng genommen noch gar nicht der Träger der Bauarbeiten war. Erst ein Jahr später, am 27. September 2013, trat eine Gesetzesänderung zu § 9 des Hochschulgesetzes in Kraft, die es der Regierung ermöglichte, die Aufgaben per Verordnung auf das UKSH zu übertragen. Von dieser Möglichkeit wurde wiederum ein Jahr später Gebrauch gemacht. Per Verordnung des MBW vom 24. März 2014 wurde die Zuständigkeit für das Immobilien-ÖPP auf das UKSH übertragen. So weit, so fragwürdig.

In der Ausschreibung selber fand und findet man die bereits erwähnte **Effizienzrendite**. Verbindliche Vorgabe ist, dass die sich aus der Prozessoptimierung ergebende Einsparung - also die gern bemühte Effizienzrendite - die alleinige Finanzierungsquelle der Bauinvestition darstellte.

Das geschätzte **Investitionsvolumen**, das die maximale Investitionssumme inklusive Infrastrukturmaßnahmen bezeichnen sollte, wird in der Ausschreibung mit etwa 320 Millionen € beziffert. Auf die **Ausschreibung** hin erfolgte der **wettbewerbliche Dialog**. Das Ergebnis dieses Dialogs war beziehungsweise ist, dass die baulichen Maßnahmen so umstrukturiert wurden, dass mit der erzielbaren Effizienzrendite Maßnahmen in größerem Umfang realisierbar sind. Noch im Jahr 2010 kam man zu dem Schluss, dass der bauliche Masterplan in seiner Fassung nicht aus sich heraus finanzierbar sei. Man konzentrierte sich auf die wirklich notwendigen Maßnahmen. Vier Jahre später bläht man das Vorhaben wieder auf, weil sonst die Effizienzrendite nicht ausreichen würde.

Verfolgt man die Pressemeldungen der letzten Monate, dann wird es noch verwirrender. In einem Interview vom 19. Juni 2014 konstatierte Frau Ministerin Heinold gegenüber den „Kieler Nachrichten“, dass die ursprüngliche Veranschlagung von 540 Millionen € Sanierungskosten wohl zu knapp bemessen gewesen sei und - so Heinold weiter - dass es schon früher die Einschätzung gegeben habe, dass die Sanierung 1,1 Milliarden € kosten könnte.

Am 10. September 2014 berichten die „Kieler Nachrichten“ dann von einem Betrag in Höhe von gut 550 Millionen €. Bezüglich der Effizienzrendite wäre wohl mehr ein Betrag um die 50 Millionen € herum, bisher gut 20 Millionen €, möglich. Die Rendite würde reichen, um die Bau- und Betriebskosten der neuen Gebäude über die nächsten 30 Jahre hinweg abzustottern.

(Torge Schmidt)

Zur Erreichung der nunmehr neu errechneten Effizienzrendite gehören auch unpopuläre Maßnahmen der **Prozessoptimierung**. Dies soll unter anderem über Personalabbau vor allem im Pflegebereich, durch eine Fallzahlenhebung sowie eine Reduzierung der Verweildauer, kurzum durch **Arbeitsverdichtung**, realisiert werden.

Werte Regierung, wir sind davon überzeugt, dass sich die Effizienzrendite nicht wie erwartet einstellen wird.

(Beifall PIRATEN)

Daran haben im Übrigen auch der **Landesrechnungshof** und zahlreiche andere Beteiligte ihre **Zweifel**. Die zugrunde gelegten Parameter und die erhofften Effekte zugunsten des UKSH sind weder vollumfänglich nachvollziehbar noch überprüfbar. Das ist eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, die eher dem Blick in eine Glaskugel gleicht.

(Beifall PIRATEN)

Ihre unsteten und dauerhaft variierenden Angaben hinsichtlich der Kosten und Einnahmen lassen einen Abbruch des Verfahrens und die Realisierung in Eigenregie durchaus sinnvoll erscheinen.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Schmidt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Schmidt, ich habe zwei Fragen an Sie. Erstens. Wenn ich die beiden Eingangssätze Ihrer Rede eben richtig verstanden habe, nämlich wie nötig es sei, dass die Sanierung des UKSH jetzt geschehe, dann verstehe ich nicht, wie Sie einen Vorschlag machen können, der dazu führt, dass wir erst Jahre später anfangen könnten und dadurch deutlich schlechtere Ergebnisse hätten. Das müssten Sie einmal erklären.

(Beifall SPD)

Zweitens. Der Kollege Weber - und ich habe darauf keinen Widerspruch gehört - hat deutlich darauf hingewiesen, dass, wenn die Rahmenbedingungen, die wir ja nicht alleine gestalten können, sondern die teilweise vom

Bund kommen, nicht eintreten, dieses Land zum UKSH stehen wird und seine finanzpolitische Verantwortung auch wahrnehmen wird. Dies hat der Kollege Weber ausdrücklich gesagt, und das findet auch meine Zustimmung. Vielleicht können Sie sich zu diesen beiden Punkten einmal äußern und uns sagen, warum die PIRATEN hier Schaden anrichten wollen.

(Beifall SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das würden sie nämlich tun, wenn sie eine Mehrheit hätten. Diese haben sie erfreulicherweise nicht. Aber das würden sie tun, wenn das Verfahren abgebrochen würde und die Sanierung nicht stattfände.

(Zuruf PIRATEN: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Herr Dr. Stegner, zunächst muss man festhalten, dass die Weichen in der Vergangenheit falsch gestellt worden sind.

(Beifall PIRATEN)

Wir haben jetzt die Situation, dass wir uns **über 30 Jahre** hinweg **vertraglich binden** werden. Wenn wir diese Effizienzrendite nicht erwirtschaften werden, dann werden wir ein noch größeres Problem mit dem Defizit des UKSH haben. Über 30 Jahre! Und wir können über 30 Jahre hinweg nichts gegen diesen Vertrag unternehmen.

(Beifall PIRATEN)

Das bedeutet, und das ist auch eine Erwartung, die ich habe: Wenn heute die Entscheidung über die Sanierung des UKSH getroffen wird, dann muss die Finanzministerin auch deutlich sagen, welche Verantwortung sie über 30 Jahre hinweg übernehmen will. Die Effizienzrendite wird so nicht erwirtschaftet werden, und es kommen Kosten auf das UKSH zu. Wir wären über 30 Jahre lang gebunden und müssten die entstehenden Kosten dann auch bezahlen.

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern, Herr Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Schmidt, vielleicht mögen Sie dem Haus einmal unabhängig von unserer unterschiedli-

(Torge Schmidt)

chen Einschätzung darüber, was passieren würde, einmal erläutern, worin denn Ihre Alternative gegenüber den Patientinnen und Patienten, gegenüber den Beschäftigten und gegenüber denen besteht, die auf die Maximalversorgung durch einen modernen Arbeitsablauf im UKSH angewiesen sind, außer jahrelang pessimistische Prognosen abzugeben.

(Beifall SPD und SSW)

- Erstens. Alternativlos haben Sie gesagt; Sie sagen gerade, es gebe keine Alternative. Zweitens sollte man vielleicht auch einmal so ehrlich sein und sagen, dass man während der letzten Jahre auf dem Holzweg war und dass man sich jetzt nicht über 30 Jahre hinweg verpflichten sollte.

(Beifall PIRATEN)

Man sollte vielmehr jetzt erkennen, bevor es zu spät ist, dass man das lieber **in Eigenregie** machen sollte.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Nun gibt es das Bedürfnis des Herrn Abgeordneten Dr. Garg, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen. Lassen Sie dies zu?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Schmidt, bei allem Respekt, aber wäre es nicht auch so, dass eine solche Summe, die insgesamt zur Sanierung des UKSH notwendig ist - ich nenne jetzt ganz bewusst keine Summe, damit sich diese morgen nicht in irgendeinem Blatt falsch niederschlägt -, zu Folgendem führen würde: Wenn man sich in Eigenregie, wie Sie es genannt haben, auf eine solche Summe verständigte, dann würde sich das Land doch auch auf einen Zeitraum von 25 bis 35 Jahren binden. Sehen Sie dies auch so?

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Im Gegensatz dazu ist man dann aber nicht über 30 Jahre an externe Betreiber vertraglich gebunden.

Man muss diesen externen Betreiber doch über 30 Jahre hinweg bezahlen muss.

(Beifall PIRATEN)

Man hat dann durchaus mehr Handlungsspielraum. Wenn diese Prognosen nicht eintreffen, dann kann das Land noch reagieren. Deshalb muss ich die Frage stellen: Muss man tatsächlich so groß bauen?

Präsident Klaus Schlie:

Herrn Dr. Garg hat den Wunsch nach einer Zusatzfrage. Gestatten Sie auch diese?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, das ist keine Zusatzfrage, sondern nur eine Bemerkung. - Nehmen Sie es mir nicht übel, aber das klingt so, als ob sich die PIRATEN ihr Geld lieber selber drucken würden. Ansonsten müssten nämlich Banken bedient werden.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

- Herr Garg, mir ist durchaus bewusst, dass zum jetzigen Zeitpunkt auch Banken bedient werden müssen; denn schließlich werden sich die 75 % auch nicht von allein finanzieren.

(Beifall PIRATEN)

Das ist also eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, die eher dem Blick in eine Glaskugel gleicht.

Was die unsteten, **dauerhaft variierenden Angaben** über die **Kosten** und die **Einnahmen** des Vorhabens anbelangt, lassen diese einen Abbruch des Verfahrens und die Realisierung in Eigenregie durchaus sinnvoll erscheinen. Kein Mensch kann sicher voraussagen, wie die Krankheitspanoramen in 20 oder 30 Jahren ausgestaltet sein werden. Niemand kann sicher voraussagen, ob sich das Expansionspotenzial so einstellen wird, wie es geplant wird. Hinzu kommen zahlreiche weitere Risiken, die nicht abschätzbar sind.

Das Thema **Risiko** wird zwar generell gern als Vorteil bei **ÖPP-Modellen** dargestellt; denn im Gegensatz zu einer konventionellen Realisierung können - ich betone „können“ - die Risiken nach dem Prinzip der optimalen Risikoallokation zwischen den privaten Partnern und den öffentlichen Trägern verteilt werden.

Ohne konkreter zu werden - was ich gern würde, aber leider nicht darf - sage ich an dieser Stelle nur

(Torge Schmidt)

so viel: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die öffentliche Hand in der Mehrheit der Fälle ein schlechtes Geschäft in Sachen Risikoallokation gemacht hat.

(Beifall PIRATEN)

Die meisten Risiken verbleiben auch bei ÖPP-Mitteln letztendlich bei der öffentlichen Hand. Wie formuliert es Herr Hofreiter von den Grünen auf seiner Homepage treffend? - „Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.“

(Beifall PIRATEN)

Das geht sogar noch weiter und konzertiert das Interessengeflecht aus Beratern, Investoren, Baukonsortien und ÖPP-Kompetenzzentren, wodurch der Korruption Tür und Tor geöffnet werden kann.

(Beifall PIRATEN)

Wenn man bedenkt, wie hochkomplex **ÖPP-Verträge** sind, dann fällt es schwer, dieser Aussage zu widersprechen. Weder die Verwaltung noch die Abgeordneten haben generell und hatten im vorliegenden Fall die Möglichkeit, sich adäquat mit der Materie zu beschäftigen. Viel schlimmer noch: Sie bekommen unter Umständen nicht alle relevanten Unterlagen zur Verfügung gestellt. Das ÖPP-Prinzip ist und bleibt im Allgemeinen und im Fall des UKSH speziell in demokratischer Hinsicht problematisch, meine Damen und Herren. Entscheidungen werden mehr oder weniger geheim getroffen, betriebliche Informationen bleiben unter Verschluss, und Risiken werden nicht ausreichend kommentiert.

(Beifall PIRATEN)

Wie in den „Kieler Nachrichten“ zu lesen ist, hat die Regierung nur eine kleine Gruppe von Abgeordneten vertraulich über Einzelheiten informiert. Ich gehöre zu dieser Gruppe, darf jedoch auch hier und heute bedauerlicherweise keine klaren und umfassenden Informationen geben. Eine echt funktionierende **parlamentarische Kontrolle** sieht anders aus, Herr Dr. Stegner.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Man könnte fast sagen, wir kaufen hier die Katze im Sack. Das ist nicht die vorausschauende und nachhaltige Politik, die sich die Landesregierung gern auf die Fahne schreibt und von der sie auch gern hier im Plenum redet. Das ist nicht generationengerecht, sondern das ist einfach nur verantwortungslos, meine Damen und Herren.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Schmidt, ich hatte eigentlich gedacht, die Piratenfraktion sei unter Ihrer Führung ein bisschen weitergekommen. Wir hatten das bisher so verstanden, dass Sie inzwischen verstanden haben, dass es **Gremien** gibt, die **nicht öffentlich tagen**. Auch die Piratenfraktion ist darin vertreten. Sie wissen, dass das gute Gründe hat. Das ist also nicht nur Recht und Gesetz, sondern es hat gute Gründe. Sie kehren nun wieder zurück zu der fundamental antiparlamentarischen Opposition, mit der Sie sich am Anfang zu solchen Verfahren geäußert hatten. Ich dachte, Sie hätten inzwischen etwas daraus gelernt. Wir brauchen solche Gremien. Wir jedenfalls haben gegenüber unseren darin sitzenden Vertreterinnen und Vertreter Vertrauen. Es hat gute Gründe, warum solche Sachen nicht auf dem öffentlichen Markt ausgetragen werden.

(Beifall Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

- Herr Dr. Stegner, als Erstes bedanke ich mich für Ihr Kompliment am Anfang. Zweitens möchte ich darauf hinweisen, dass auch **Risiken**, die vertraglicher Natur sind, bei **ÖPP-Modellen** klipp und klar bekannt sind. Man kann sie offen und ehrlich nennen. Das kann die Ministerin in ihrem Bericht durchaus machen. Man muss ja nicht dezidiert Zahlen nennen oder Einzelheiten, wie das Krankenhaus aussieht. Man kann aber durchaus darüber reden, welche Risiken beim Land bleiben und welche nicht.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Wir fordern die Landesregierung daher auf, die tatsächlich existierenden **Alternativen**, nämlich den **Abbruch des wettbewerblichen Dialogs** und eine daran anschließende **konventionelle Realisierung** ehrlich ins Auge zu fassen.

(Beifall PIRATEN)

Denn wir sehen die Risiken mit der teilweise privaten Finanzierung, dem privat organisierten Betrieb und der neu zu errichtenden und zu sanierenden Gebäude höher an als die Chancen, die sich daraus ergeben. Wir fordern die Landesregierung daher

(Torge Schmidt)

auf, erstens die Zuschlagserteilung im Vergabeverfahren für Immobilien-ÖPP für das UKSH vorläufig zu verschieben, um zweitens die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen eines Abbruchs des Vergabeverfahrens prüfen zu lassen und drittens dem Land unverzüglich schriftlich unter Darstellung der möglichen Szenarien über die Ergebnisse der Prüfung zu berichten.

(Beifall PIRATEN)

Der Bericht hat zudem eine Darstellung der Gesamtkosten bei einem Bau in Eigenregie und berechtigter möglicher Schadenersatzforderungen zu enthalten. Das, liebe Regierung, wäre eine **Entscheidungsgrundlage**, auf Basis derer wir einheitlich weiter diskutieren könnten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz ohne Zweifel gehört die bauliche **Sanierung** unseres **Universitätsklinikums** zu den anspruchsvollsten landespolitischen Aufgaben der vergangenen Jahre. Fakt ist, dass das UKSH auch aufgrund baulicher Defizite seit Langem rote Zahlen schreibt. In der Folge wurden viele Gutachten erstellt, viel über mögliche Effizienzrenditen spekuliert und last, but not least auch erhebliche Opfer vonseiten der Beschäftigten erbracht. Das hat zwar durchaus einen Einfluss auf das operative Ergebnis, aber den immensen Sanierungsstau von mehreren hundert Millionen Euro schieben wir trotzdem seit Jahren vor uns her.

Bei allen Bemühungen unserer Vorgänger muss man leider eines festhalten: Auch wenn die Haushaltslage des Landes nicht erst heute angespannt ist, hat bisher in letzter Konsequenz der politische Wille bei uns allen seinerzeit gefehlt. Umso begrüßenswerter ist es, dass dieses Projekt von der Vorgängerregierung angeschoben und weitergeführt wurde und nun parteiübergreifend - bis auf die PIRATEN - weiterverfolgt wird.

Ich möchte noch einige Ausführungen zu dem machen, was der Kollege Schmidt gesagt hat. Ich bin mir nicht sicher, ob beim Land Schleswig-Holstein oder bei Organisationen, die für das Land Schleswig-Holstein tätig sind, wirklich die **Expertise** vor-

handen ist, ein solches **Mammutprojekt umsetzen zu können**. Auch wir - das gilt für andere Parteien in diesem Hohen Hause auch - sind kritisch gegenüber ÖPP-Vorhaben. Das ist nicht das Ding. Die Frage ist aber: Können wir es selber leisten? Sind wir in der Lage, ein solches großes Projekt mit Bau und Betrieb des UKSH umsetzen zu können? Ich sage Ihnen ganz deutlich: Nein, das können wir nicht.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Deswegen gehen wir den Weg, den wir jetzt eben gehen, lieber Kollege Schmidt.

Wenn wir in **Gremien unter Ausschluss der Öffentlichkeit** tagen, hat das immer seinen Grund. Das ist kein Teufelswerk, sondern wir haben hier ein laufendes Vergabeverfahren. Da sind wir zur Verschwiegenheit verpflichtet. In dem Moment, in dem irgendein Bieter in irgendeiner Art und Weise einen Vorteil daraus erlangen kann, dass er eine Information vorab bekommt, ist das ganze Vergabeverfahren ad absurdum geführt und wir kriegen riesige rechtliche Probleme. Deswegen müssen wir uns als Parlament beziehungsweise als Parlamentarier, die dafür ausgewählt worden sind, eben durchaus auch einmal in geschlossenen Runden treffen, damit zumindest wir die Informationen bekommen, die wir brauchen, um Entscheidungen zu treffen. Der Weg, der da gegangen worden ist, war genau der richtige Weg.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich das Ganze jetzt anguckt, bleibt über: Fünf Fraktionen in diesem Hohen Haus sind dafür, eine - die PIRATEN - sind dagegen.

(Uli König [PIRATEN]: Wie gut, dass wir da sind!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den PIRATEN, das ist eine Entscheidung gegen das UKSH, die Sie da treffen wollen, weil Sie das Verfahren massiv verzögern und damit eben auch verzögern, dass hier etwas passiert. Es ist nicht umsonst so, dass man sich im Jahr 2008, nachdem man die Erkenntnis schon hatte, dass relativ viel gemacht werden musste, endlich konzeptionell daran gewagt hat und im Jahr 2011 tatsächlich dieses Verfahren gestartet hat. Das war, weil wir gegenüber dem UKSH eine Verantwortung haben und weil wir gegenüber den Patienten und den Mitarbeitern eine Verantwortung haben.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

(Lars Harms)

Denn die Mitarbeiter am UKSH leisten hervorragende und absolut unverzichtbare Arbeit. Die Menschen sind weit über die Landesgrenzen hinaus auf das UKSH als Maximalversorger angewiesen. Es kann also niemals darum gehen, hier alles durchzurastern oder nur nach Effizienzkriterien auszurichten. Allein die damalige Entscheidung - vor Jahrzehnten im Übrigen **zwei Universitätsklinika** in einem vergleichsweise kleinen Bundesland vorzuhalten, war natürlich grundverkehrt. So gut die Standorte Kiel und Lübeck auch sind, wirtschaftliches Arbeiten ist und bleibt aufgrund dieser Fehlentscheidung eine echte Herausforderung.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist einfach so. Das kann man niemandem, der hier sitzt, vorwerfen. Das kann man auch niemandem, der am UKSH arbeitet, vorwerfen. Es ist eine Grundvoraussetzung, die wir da vorfinden, mit der wir arbeiten müssen. Vor dem Hintergrund wird das UKSH auch immer Geld kosten müssen. Vor diesem Hintergrund werden wir als Land Schleswig-Holstein und als Landtag natürlich auch immer für das UKSH geradestehen müssen, und wir wollen auch dafür geradestehen, weil wir glauben, dass da eine hervorragende Arbeit geleistet wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus Sicht des SSW ist völlig klar, dass wir endlich bauen müssen. Eines sage ich aber trotzdem deutlich: Ob neben der exzellenten Krankenversorgung und Forschung sowie der Erhaltung des Ausbildungs- und Lehrniveaus am Ende auch noch eine schwarze Null herauspringt, ist für uns erst mal nicht handlungsleitend. Egal, was ist, wir müssen auf jeden Fall sanieren.

Der **Masterplan** zur **baulichen Sanierung** existiert bereits seit dem Jahr 2008. Der Umfang dieser Aufgabe dürfte ebenso bekannt sein wie die bedauerliche Tatsache, dass das Land dieses Projekt nicht allein stemmen kann. Seit 2011 suchen wir deshalb einen privaten Partner. Es besteht kein Zweifel: Bei einer so weitreichenden Entscheidung geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Gleichzeitig verhält es sich bei den Investitionen in die Bausubstanz jedoch nicht anders als bei anderen Bauten. Wer sie immer weiter hinauszögert, nimmt damit deutlich steigende Kosten in Kauf. Ganz nebenbei bemerkt ist auch die bauliche Situation nicht erst seit heute alarmierend. In einigen Fällen lässt sich durchaus von einer Zumutung für Mitarbeiter und vor allem für Patienten sprechen. Schon allein aus diesem Grund wollen SSW, Grüne und SPD sowie CDU

und FDP bei aller gebotenen Vorsicht in dieser Frage endlich entscheidend vorankommen.

Wie Sie wissen, befindet sich das Land mit Blick auf die bauliche Sanierung seit rund zwei Jahren in einem **wettbewerblichen Dialog** mit möglichen Interessenten. Ein Vorteil dieses Verfahrens lag darin, dass auch immer Raum für neue Ideen bestand. Ohne dem Ergebnis vorgreifen zu wollen, lässt sich schon heute sagen, dass sich das positiv für das Land auswirken wird. Der Zuschlag wird noch in diesem Monat erteilt werden, sodass die bauliche Sanierung bald beginnen kann. Losgelöst von Detailfragen wird es im Ergebnis glasklare Zuständigkeiten und einen Ansprechpartner, nicht nur für die Planungsarbeit, sondern auch für den Bau und den Betrieb der Gebäude geben. Gerade weil es sich hier um ein solches Mammutprojekt handelt, halte ich diese Tatsache für besonders erwähnens- und begrüßenswert. Nicht erst mit dem heutigen Bericht dürfte klar sein, dass die Frage der Wirtschaftlichkeit im gesamten Prozess immer von zentraler Bedeutung ist.

Bereits im Vergabeverfahren ist fest angelegt, dass sich diese **Investitionen** langfristig **refinanzieren** sollen. Wir alle wissen, dass bei einem Projekt dieser Größenordnung immer auch gewisse **Risiken** bestehen. Wir wissen aber auch, dass die Landesregierung nicht nur das Projekt selbst, sondern auch das Vertragswerk extrem hat prüfen lassen, genauso wie natürlich der Vorstand des UKSH. Demnach führt die bauliche Sanierung zur Optimierung von Prozessen. Sie schafft Synergien in einem ganz erheblichen Umfang. Gerade weil hier sehr gewissenhaft gearbeitet wurde, bin ich zuversichtlich, dass die Refinanzierung der baulichen Sanierung durch die **Effizienzrendite** gelingen kann. Eines ist völlig klar: Wir können heute nicht wissen, wie sich Faktoren wie etwa die Demographie oder die Patientenströme in 20 bis 30 Jahren wirklich entwickeln werden.

Bei einem Vorhaben mit einem solchen Volumen und mit einem solchen Zeithorizont wird es immer ein gewisses Restrisiko geben. Natürlich ist hier Vorsicht geboten. Trotzdem sehen wir keine Alternative zum schnellstmöglichen Baubeginn. Wichtig ist, dass wir den gesamten Prozess durch ein umfassendes Controllingsystem begleiten. Genau das werden wir auch tun. Das schafft größtmögliche Sicherheit, wenn es auch keine absolute Sicherheit gibt. Letztendlich ist aber auch klar, dass wir unser Universitätsklinikum sanieren müssen. Dies schafft nicht nur Effizienzgewinne und bessere medizinische Möglichkeiten, es schafft nicht zuletzt auch

(Lars Harms)

bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und eine noch bessere medizinische Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger. Das sollte eigentlich unser aller Ziel sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat nochmals die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professor Dr. Waltraud Wende.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich noch einmal bei den vier Fraktionen und dem SSW bedanken, die mit ihrem Verhalten deutlich gemacht haben, dass sie sich erstens für den **Fortbestand des UKSH** einsetzen, denn die jetzt beginnende **Sanierung** des UKSH ist zentraler Baustein für diesen Fortbestand. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich aber auch bedanken, dass Sie uns Ihr Vertrauen geschenkt haben, Vertrauen in die Arbeit, die wir zusammen innerhalb von drei Ministerien geleistet haben. Wir haben versucht, diesen Prozess der vergangenen 24 Monate so transparent wie eben möglich zu gestalten. Mehr **Transparenz** und mehr Offenheit gingen nicht. Wir haben versucht, alle Ebenen einzubeziehen, den Beteiligungsausschuss und durch gemeinsame Gespräche auch den Sozialausschuss, den Finanzausschuss und den Bildungsausschuss. Wir haben separate Gespräche geführt. Mehr ging leider nicht. Ich hoffe, dass vielleicht auch noch die PIRATEN über ihren Schatten springen können. - Ich bedanke mich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/2216 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2271, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRA-

TEN. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2270, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Antrag Drucksache 18/2270 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Strategie für die Entwicklung des ökologischen Landbaus in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2214

Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2258

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber für die Fraktion der SPD.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Am 26. August 2014 titelte „DIE ZEIT“ in der Rubrik „Chancen“: „Idylle lohnt sich nicht“. Unter dieser Überschrift ein Artikel zum Thema: „Biolebensmittel werden immer beliebter. Warum geben zahlreiche deutsche Biobauern auf?“. Es geht nicht um Idylle. Die **Nationale Strategie für biologische Vielfalt** ist seit 2007 in der Bundesrepublik beschlossene Sache. Die Einrichtung des Bundesprogramms Biologische Vielfalt geht auf eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag 2009 zurück. Darin ist die deutsche **Strategie zur Umsetzung des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt** formuliert und festgeschrieben. Dazu gehört der nationale Zielwert von 20 % Flächenanteil für den biologischen Landbau.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

(Kirsten Eickhoff-Weber)

BUND und NABU haben in ihrer Analyse zum Schutz der biologischen Vielfalt in den Ländern am 21. März 2014 für Schleswig-Holstein festgestellt:

„Nach dem Einbruch von 2010 zu 2012 verbleibt der Flächenanteil des ökologischen Landbaus in Schleswig-Holstein unverändert auf niedrigstem Niveau.“

Wir sind damit Schlusslicht aller Bundesländer. Noch einmal: Es geht nicht um Idylle. Es geht um die Leistungen, die der ökologische Landbau als Mehrwert für die Gesellschaft bringt: Biodiversität, Wasserschutz, Bodenfruchtbarkeit, Verzicht auf Pestizideinsatz, Erhalt der Kulturlandschaft und der Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Die gute Ernte und die hohen Preise bereiten den konventionellen Betrieben in Schleswig-Holstein derzeit gute Erträge. Das freut mich für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD und SSW)

Das bedeutet aber auch, dass der Biolandbau derzeit finanziell wenig attraktiv ist. Hier brauchen wir ein klares Signal, Wertschätzung und Anerkennung der **gesellschaftlichen Leistungen des Biolandbaus**, um die Betriebe im Biolandbau zu halten. Wir haben deshalb nicht nur die **Beibehaltungsprämie 2012** wieder eingeführt, das MELUR hat aktuell auch die **Fördersätze** angehoben. Denn die Produktionsweise geht mit Mehrarbeit und höheren Kosten einher. Das bedeutet, dass wir die sich ergebenden Spielräume durch die Neuberechnung der Durchschnittsprämie auf Bundesebene nutzen müssen. Wir müssen wie andere Bundesländer - so zum Beispiel Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern - den Ökolandwirten die Möglichkeit eröffnen, in die neuen Förderbedingungen zu wechseln.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Flemming Meyer [SSW])

Um aber einen signifikanten Schritt nach vorne zu kommen, brauchen wir eine strategische Ausrichtung. Daher sind wir dem Minister dankbar, dass das MELUR die Erarbeitung einer **Gesamtstrategie für die Entwicklung des ökologischen Landbaus** in Schleswig-Holstein in Auftrag gegeben hat. Nur wenn die Betriebe, Verbände, Institutionen, die Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam die Zukunft des Ökolandbaus gestalten, kann eine nachhaltige Entwicklung auf den Weg gebracht werden.

Die Nachfrage nach Bioprodukten wächst und wird weiter wachsen. Ein europäisches Forscherteam unter Leitung der Universität Newcastle hat im Rah-

men einer Metastudie festgestellt, dass die **Qualität von Lebensmitteln** stark vom Anbau beeinflusst wird. Biologische Anbaumethoden führen zu höheren Gehalten an ernährungsphysiologisch erwünschten Inhaltsstoffen. Hier liegt auch der große Irrtum der EU-Ökoreform: Nicht die Abwesenheit von unerwünschten Substanzen entscheidet, was öko ist, sondern die besonderen Inhaltsstoffe und die Gestaltung der Produktionsabläufe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

An diesem wachsenden Markt sollen auch schleswig-holsteinische Ökobetriebe teilhaben. Also muss über die Wertschöpfung durch Verarbeitung und Vermarktung, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Erschließung neuer Märkte nachgedacht und strategisch entschieden werden. Ein **Öko-Kompetenznetzwerk** Schleswig-Holstein kann einen entscheidenden Beitrag zur Etablierung ökologischer Landbauweisen leisten - ein Netzwerk, in dem das Wissen und die Initiativen über EU-Förderperioden, GAK-Rahmen und Legislaturperioden hinweg gebündelt werden.

Ganz wichtig ist mir, dass wir den Ökolandbau nicht gegen die konventionelle Landwirtschaft entwickeln wollen, nein, beides: nachhaltig und ressourcenschonend auf hohem Qualitätsniveau in der schleswig-holsteinischen Kulturlandschaft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Den Änderungsantrag der CDU möchten wir insbesondere wegen der wichtigen Hinweise zu dem Förderprogramm „Vielfältige Kulturen im Ackerbau“ auch für die konventionelle Landwirtschaft in den Umwelt- und Agrarausschuss überweisen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Eickhoff-Weber, Sie haben mich so angeschaut, als solle ich klatschen. Geklatscht habe ich nicht, aber in weiten Teilen sind wir nicht ganz

(Heiner Rickers)

so weit auseinander. Ich werde versuchen zu erläutern, warum.

Unser Agrarminister auf Bundesebene - das haben Sie, denke ich, auch live in Potsdam am letzten Wochenende erlebt, Herr Minister -, hat - das zitiere ich mit Genehmigung des Präsidenten - wörtlich gesagt:

„Wir wollen alle zusammen ein gesundes Wachstum des ökologischen Landbaus ermöglichen. Er trägt wegen seiner ökologischen Vorteile und seiner Anforderungen hinsichtlich des Tierwohls entscheidend zur Gestaltung einer nachhaltigen Landwirtschaft bei.“

Dem können natürlich auch wir von der CDU uns nicht verschließen. Deswegen ist in der Grundaussage auch daran gar nicht zu rütteln.

Aber - da will ich schnell auf den Punkt kommen und nicht wiederholen, warum Ökolandbau in Schleswig-Holstein nicht so angenommen wird wie woanders - das Programm steht, und der Minister hat verkündet, dass die Fördersätze sowohl für die Umstellungs- als auch für die Beibehaltungsprämie ab 2015 sehr stark ansteigen, beim Ackergrünland von 0 € in unserer Regierungszeit auf immerhin fast 240 € je Jahr und Hektar und bei Gemüse sogar auf 360 € je Jahr und Hektar.

Wir alle kennen die Statistiken. Wir wissen auch, dass von öko auf konventionell rückumgestellt wird. Wir wissen auch alle, dass 2015 eine **neue Förderperiode** beginnt. Insofern wird es Zeit, darüber zu diskutieren.

(Unruhe)

Ich will Ihnen mit auf den Weg geben, was Sie alles bedenken können, wenn Sie nicht nur ideologisch an dieses Thema herangehen und Ihrem Klientel dienen wollen, sondern wirklich nachhaltig etwas für Schleswig-Holstein auf der ökologischen Seite erreichen wollen. Es kann nicht heißen: Nur der Ökobauer ist der gute Bauer, und der konventionelle nicht.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sehr schön: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, war es der Mais - ein schönes Zitat vom Landesbauerntag. Darauf kommen wir vielleicht noch. - Wie gesagt: keine Ideologie. Deswegen fange ich mit den Punkten an, von denen ich fordere, sie bei einem Konzept zu bedenken. Ich würde mich freuen, wenn wir da eingebunden würden.

Denken Sie an die **Ökobilanz**. Herr Minister, Sie kennen den Artikel von Professor Taube aus dem letzten Monat, der auf diesem Gebiet seit über einhalb Jahren forscht. Die Ökobilanz ist ganz wichtig. Es geht um Produkteinheit, nicht immer nur um die Fläche. Sie wissen, dass der Ökolandbauer bei Wasser und Tierwohl weit im Vorteil ist, aber bei der Klimabilanz sieht es schlecht aus. Allen ist bekannt, dass wir beim Ökolandbau die doppelte Fläche für gleiche Mengen brauchen. Also eine Kuh braucht nicht einen Hektar, sondern zwei, und um eine Dezitonne Getreide anzubauen, brauchen Sie nicht einen Quadratmeter, sondern das Doppelte. Das macht die Klimabilanz so schwierig.

Sie wissen auch, dass wir eine gewisse **soziale Komponente** berücksichtigen sollen. Können wir uns alle teurere Lebensmittel erlauben? Können wir bei einer Milliarde hungernder Menschen auf dieser Welt wirklich in der Intensität in der Landwirtschaft produzieren?

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Bitte?

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort. Zwischenfragen sind nicht gestellt worden.

Heiner Rickers [CDU]:

Können wir uns bei der sozialen Komponente wirklich erlauben, dass Lebensmittel wesentlich teurer werden, wenn alle Ökolandbau betreiben würden, und können wir uns erlauben, dass wir nicht exportieren und damit indirekt den Hunger auf der Welt schüren?

(Zurufe)

Wollen wir die Ökolandwirtschaft tatsächlich dauerhaft von einem Riesensubventionstopf abhängig machen? - Das kann doch nicht unser Ziel sein! Solche **Höchstfördersätze** zu gewähren und gleichzeitig die Schuldenbremse bis 2020 einzuhalten, wird schwer möglich sein. Sie wecken Hoffnung bei den Ökolandbauern, und diese Hoffnung kann auch ganz schnell ins Gegenteil umschlagen.

Herr Minister, bitte geben Sie uns auch eine Antwort auf die Frage, wie es mit einer **Kappung**, einer **Degression** aussieht. Stellen Sie sich vor, Sie hätten 1.000 ha und stellen auf Ökolandbau um. Dann bekommen Sie 300 € Hektarprämie aus dem EU-Topf und 240 € Prämie für den Ackerbau aus Ihrem Topf für Ökolandwirtschaft. Das sind schon

(Heiner Rickers)

rund 550 €. Dann würden Sie noch für Agrarumweltmaßnahmen - das haben Sie verkündet - eine Doppelförderung erhalten und erreichen damit eine Abhängigkeit vom Staat in Höhe von irgendwo zwischen 600 und 700 € Förderung pro Hektar. Bei 1.000 ha sind Sie schnell bei 600.000, 700.000, 800.000 oder 900.000 € pro Jahr. Ist das der richtige Weg? Brauchen wir nicht eine Kappung oder eine Degression?

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber sollten Sie nachdenken. Natürlich müssen wir - das haben Sie auf dem Landesbauernntag mitgenommen - mehr dazu übergehen, dass wir erfolgsorientierte Maßnahmen fördern, die das ganze Land nach vorn bringen, was die Ökobilanz angeht. Das sind die sogenannten Agrar- und Umweltmaßnahmen.

Ich würde mich freuen, wenn wir unseren Änderungsantrag im Agrarausschuss weiter diskutieren dürfen. Denn all diese Punkte sind für Schleswig-Holstein wichtig. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja ganz neu, dass du für Degression bist!)

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir merken, dass wir in Teilbereichen immer wieder neu zusammenrücken. Herr Rickers, vielen Dank, dass auch Sie sich jetzt für Kappung, für Degression aussprechen. Da hatten wir bisher einen Widerspruch miteinander. Das ist ein Fortschritt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Regierung hat bereits einiges bewegt, um den Ökolandbau in Schleswig-Holstein voranzubringen, und das ist gut so. Sie hat die Fehler der alten Landesregierung korrigiert, die Förderung für bestehende Betriebe zu streichen. Ökolandbau wurde wieder ein **Leitbild der ländlichen Wirtschaftsentwicklung**. Die Landesregierung hat dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein nicht mehr die rote Laterne unter den Bundesländern bei der Flächenförderung für

den Ökolandbau hat. Unter der alten Landesregierung war der Ökolandbau ein Stück weit ein Stiefkind. Die Landesregierung hat die **Fördersätze** angehoben, zunächst noch im alten ELER-Programm 2013 und vor Kurzem noch einmal einen draufgesetzt für das neue ELER-Programm, das ab 2015 greift. So weit die Pflicht, jetzt kommt die Kür.

Ziel muss letztlich das **Wachstum** sein. Frau Eickhoff-Weber hat deutlich gemacht, dass die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung, sowohl dieser Bundesregierung als auch der schwarz-gelben Bundesregierung, 20 % vorsieht. Dafür muss sich in vielen Bereichen etwas bewegen. Das Wachstum ist kein Selbstläufer, auch nicht mit erhöhten Fördersätzen.

Wenn wir eine positive Entwicklung anschieben und nicht nur mit Finanzspritzen und zusätzlich einzelbetrieblicher Förderung herangehen wollen, dann wird es einiger anderer Dinge bedürfen. Denn dadurch erreicht man nur kurzzeitige Effekte, aber keine langfristige, **nachhaltige Wirkung**. Darum haben wir uns als Grüne bereits in der letzten Wahlperiode intensiv Gedanken darüber gemacht, welche Rahmenbedingungen es braucht, damit der Ökolandbau ein günstiges Klima bekommt, um sich im Land zu entwickeln.

Ich freue mich, dass das Ministerium jetzt aufbauend auf das Gutachten der Grünen-Landtagsfraktion aus dem Jahr 2012 eine Gesamtstrategie für den Ökolandbau gemeinsam mit verschiedenen Akteuren im Land entwickeln will und dazu bereits einen Auftrag erteilt hat. Für uns stehen Ökolandbau und konventionelle Landwirtschaft überhaupt nicht gegeneinander. Der Ökolandbau ist der Wegbereiter für eine insgesamt umweltgerechtere Landwirtschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Weg kann und wird aber nicht sein, zurück zu einer Landwirtschaft der vergangenen Jahrhunderte zu gehen. Die Verfahren, Stallsysteme, Sorten, Maschinen, Geräte et cetera wurden durch die Pioniere des Ökolandbaus zwischenzeitlich weiterentwickelt, und sie müssen weiterentwickelt werden, damit die Landwirtschaft verbreitet diese Elemente aufnehmen kann, damit sie sich durchsetzen können.

Mit der Förderung des Ökolandbaus werden in einem Maßnahmeschwerpunkt viele Umweltziele erreicht, und es werden im Land **Leuchttürme in der regionalen Wirtschaftsentwicklung** gesetzt.

(Bernd Voß)

Zum Schluss will ich nicht auf die Ziele eingehen, ob man bei unserer knappen Fläche und hohen Bevölkerung Exportland sein muss. Diese Debatte haben wir bereits an verschiedenen Stellen geführt.

Aber noch eines zum Stichwort **Ökolandbau und Energiewende**: Ökolandbau zu entwickeln, heißt auch wegzukommen von einer ölabhängigen Landwirtschaft hin zu einer solargetragenen Landwirtschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur wegen des Klimawandels, sondern auch weil die **Ölvorräte** immer knapper werden, wird ein Umsteuern zur Notwendigkeit. Sie alle kennen den Begriff **Peak-Oil**. Was hat er hiermit zu tun? - Gemeint ist der Zeitpunkt, zu dem die Menge des weltweit verfügbaren Öls - und das ist eine ganz starke Basis dafür, wie wir Landwirtschaft heute betreiben - den Höhepunkt erreicht hat, danach geht es bergab. Ob wir ihn bereits erreicht haben oder er erst in einigen Jahren erreicht wird, sei dahingestellt. Es ist Zeit für eine Agrar- und Ernährungswende. Das wird gerade an der Frage der **Ressourcenknappheit** mehr als deutlich. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute über diesen Antrag diskutieren. Das passt sehr gut, weil das Wetter sehr schön ist und es ja wieder einmal ein klassischer Schönwetterantrag ist, den Sie gestellt haben.

(Heiterkeit)

Sie beweisen mit Ihrem Antrag und den Reden auf Neu, dass Sie versuchen wollen, die Landwirtschaft durch Gesetze, Verordnungen und „Strategiekonzepte“ - wie Sie sie nennen - vollständig durchzugestalten. Es ist schade, dass Sie die Landwirtschaft nicht als das ansehen, was sie ist. Die Landwirtschaft ist unternehmerisch und mittelständisch geprägt, und sie braucht verlässliche und planbare Rahmenbedingungen.

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Ja eben!)

- Ja eben, und Sie aus der Koalition von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW haben das

Ziel, dass in Schleswig-Holstein 7 % der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Das ist ein Ziel, das doch reines Wunschdenken ist.

Einmal ganz ehrlich, meine Damen und Herren, woher soll denn die Fläche kommen? Sie wollen doch durch Verordnungen, Konzepte, durch einseitige Förderungen und so weiter die Landwirtschaft in diese Richtung lenken. Fakt ist doch aber, dass der massive **Wettbewerbsnachteil des Ökolandbaus** in Schleswig-Holstein nicht einfach durch zusätzliche Förderungen ausgeglichen werden kann.

Der Bauernpräsident Werner Schwarz hat letzte Woche zutreffend auf dem Landeshauptausschuss im Rahmen der Norla gesagt - ich zitiere -:

„Man kann nicht dauerhaft gegen den Markt ansubventionieren.“

(Beifall FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Gegen den Markt! - Zuruf SPD: Das ist für die Landwirtschaft eine interessante Erkenntnis!)

- Gegen den Markt. Meine Damen und Herren, durch Ihre einseitige Begünstigung des ökologischen Landbaus reißen Sie neue Gräben auf, die eigentlich schon geschlossen waren. Gerade das Beispiel rund um die Förderung „Vielfältige Kulturen im Ackerbau“ hat das einmal mehr bewiesen. Hier wollten zahlreiche konventionelle Betriebe mitmachen, haben bereits erste Investitionen getätigt, und auf einmal - von heute auf morgen - wird ihnen die Tür vor der Nase zugeschlagen. Dabei ist doch klar, dass die konventionelle Landwirtschaft wesentlich stärker in der Fläche vertreten ist. Der ökologische Nutzen wäre also deutlich größer gewesen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, die **Rahmenbedingungen** für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft sind durch marktwirtschaftliche Reformen zu verbessern, damit Landwirte erfolgreich am Markt bestehen können. Deshalb sollten wir die Landwirte in ihrer unternehmerischen Freiheit unterstützen und uns für gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU einsetzen.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Frau Redmann, ob die Landwirte sich nun konventionell oder ökologisch aufstellen, sollte ihnen selbst überlassen bleiben. Ganz klar. Und die Betriebe brauchen natürlich ausreichend Spielraum, um ihre eigenen Stärken zu nutzen.

(Beifall FDP und Heiner Rickers [CDU] - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Also Subventionen, oder was?)

(**Oliver Kumbartzky**)

- Die Politik sollte mehr für eine **an der Praxis orientierte Agrarforschung** und für einen verbesserten Wissenstransfer tun, Herr Dr. Dolgner.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Marktwirtschaft wäre gar keine Alternative!)

Die Minderung der Naturbelastung, die Erhöhung der Standards in der Nutztierhaltung und der vermehrte Einsatz nachwachsender Rohstoffe erfordern nun einmal eine verstärkte Forschung. Eine Effizienzsteigerung ist dann auch im Sinne der Nachhaltigkeit.

Apropos Nachhaltigkeit - das Wort ist hier auch schon oft gefallen -: Der ökologische Landbau ist nicht per se an jedem Standort nachhaltig. Die **Beurteilung** der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft muss sich unserer Meinung nach nicht an den Umweltbelastungen pro Produktionseinheit orientieren, sondern an der bewirtschafteten Fläche.

(Unruhe)

- Ich erkläre Ihnen das noch einmal in Ruhe.

Meine Damen und Herren, Ihre Politik, die Politik der Koalition, ist geprägt von einem tiefen Misstrauen gegenüber der konventionellen Landwirtschaft. Das ist in der letzten Woche noch einmal deutlich geworden. Sie waren doch dabei, Sie haben die Stellungnahmen der Landwirte doch gehört.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie nehmen mit Ihren Verordnungen und Gesetzen der Landwirtschaft die Freiheit und die Eigenverantwortung, die sie benötigt. Und Sie machen jetzt mit Ihrer einseitigen Förderung die Landwirtschaft zu Abhängigen einer Legislaturperiode. Sie kann doch gar nicht mehr dauerhaft kalkulieren, weil sie gar nicht weiß, was in der nächsten Legislaturperiode sein wird. Und Sie, liebe Sozialdemokraten - ich habe es schon einmal gesagt, ich sage es aber gern noch einmal -, machen sich zum Büttel der Grünen, gerade in der Landwirtschaftspolitik.

(Beifall FDP und Heiner Rickers [CDU])

Setzen Sie endlich mehr auf Freiwilligkeit statt auf Verordnungen, setzen Sie auf Wirtschaftserleichterung statt auf einseitige Förderung. Ändern Sie endlich Ihren Kurs. Wir werden Ihren Antrag - das wird Sie jetzt überraschen - ablehnen. - Danke.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche jetzt einmal ganz piratisch durch diese ideologisch geprägte Debatte - bei der es mir immer schwerfällt hinterherzukommen -

(Zurufe: Ach!)

durch die Mitte zu segeln und sage einfach einmal ganz einfach für uns: Landwirtschaft ist gut, Bio ist gut, beides kann besser werden.

(Beifall PIRATEN)

Zur Antragslage selbst: Wir begrüßen den Antrag der Koalitionsfraktionen, finden aber auch berechtigt, das ganze Thema noch einmal im Umwelt- und Agrarausschuss zu diskutieren. Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir mit beiden Anträgen noch einmal in die Debatte gehen, denn im Ausschuss sind die Beiträge von CDU und FDP meist sachlicher als hier im Plenum.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Christopher Vogt [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lange Zeit galt die Umstellung auf den Ökolandbau unter Landwirten deshalb als attraktiv, weil die Erlöse höher waren als im konventionellen Betrieb. Vor etwa zwei Jahren hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Inzwischen sind die **Betriebsergebnisse** der konventionell arbeitenden Landwirte besser. Woher also die Aufregung - vollkommen ohne Grund? Das von Thünen-Institut liefert dazu folgende Zahlen: Während die Erlöse der Ökotestbetriebe im Wirtschaftsjahr 2012 und 2013 bei etwa 31.000 € je Arbeitskraft lagen, erwirtschafteten vergleichbare konventionelle Betriebe rund 33.000 €. Die Gründe dafür sind vielfältig. Bio liegt im Trend, der Bioladen ist dem Biosupermarkt gewichen. Die Konsumenten achten verstärkt auf günstige Angebote. Durch die **erhöhte Nachfrage** drängen zudem ausländische Produzenten, insbesondere aus Osteuropa, auf den Markt, die deutlich günstiger produzieren als unsere einheimischen Betriebe.

Darüber hinaus haben die **Biogasanlagen** und der verstärkte **Maisanbau** deutlich zu gestiegenen Bodenpreisen geführt. Darunter leiden zwar auch die konventionellen Landwirte, Biobauern, die Getreide anbauen, trifft es allerdings sehr viel stärker. Das

(Angelika Beer)

liegt daran, dass ihre Erträge gegenüber dem konventionellen Anbau rund 50 % niedriger ausfallen.

Eine mögliche Antwort darauf sind veredelte Nischenproduktionen sowie der Direktvertrieb in der Region - was wir bei uns in Schleswig-Holstein auch immer häufiger wahrnehmen, und was ich auch begrüße -, vorzugsweise in regionalen Vermarktungsgemeinschaften, die auch Hotels und Restaurants das ganze Jahr über mit hochwertigen Produkten zu beliefern helfen. Wie sich Regionalität und Ökolandbau stärker miteinander verbinden lassen und welche Rolle dabei das Siegel „Geprüfte Qualität Schleswig-Holstein“ spielen kann, sollte daher unseres Erachtens auch Teil dieser Diskussion sein und auch Teil der Gesamtstrategie der Landesregierung.

Dass eine solche Unterstützung durch die Landesregierung wichtig ist, zeigt der direkte Vergleich mit anderen EU-Ländern. Während der Zuwachs ökologisch bewirtschafteter Flächen in Deutschland zwischen 2004 und 2010 bei 29 % lag, haben Lettland und Litauen um fast 300 % zugelegt, Polen sogar um mehr als 500 %. Selbst Länder mit vergleichbaren Produktionskosten, wie zum Beispiel Frankreich und Österreich, scheiden mit einem Zuwachs von 60 % deutlich besser als wir ab.

Das ist verwunderlich, schließlich ist der **deutsche Biomarkt** nach den USA der zweitgrößte der Welt. Hier gilt es aufzuholen und von anderen EU-Ländern, wie beispielsweise Österreich, wo hochwertige Bioprodukte aus der Region zum Standardrepertoire der Supermärkte gehören, zu lernen. Biolandwirte leisten - das will ich hier noch einmal unterstreichen - einen besonders wichtigen Anteil und Beitrag zur Artenvielfalt. Es ist schön, wenn deutsche Konsumenten die Artenvielfalt in Polen und Tschechien fördern. Als Europas größter Biokonsument sollte uns allerdings auch daran gelegen sein, die einheimische Natur optimal zu behandeln. Das Engagement unserer Biolandwirte sollten wir deshalb - das ist auch unsere Position - ganz gezielt unterstützen. Deshalb begrüßen wir die vorliegenden Anträge, insbesondere die der koalitionstragenden Fraktionen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Debatten um den ökologischen Landbau sind häufig davon geprägt, dass sie in Grundsatzdebatten abdriften, die sich dann sehr, sehr schnell verhärten. Dies ist durchaus bedauerlich, denn dies ist der falsche Weg, mit dem Thema umzugehen. Deshalb möchte ich das hier vorweg klarstellen: Beide Formen der Landwirtschaft, konventionelle wie ökologische, haben ihre Berechtigung.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Jetzt wurde hier eben gerade davon geredet, dass man sich zum Büttel der Grünen mache. Dazu möchte ich ganz klar sagen: Ökologischer Landbau ist keine grüne Erfindung.

(Beifall SSW, SPD und Dr. Heiner Garg [FDP] - Christopher Vogt [FDP]: Nicht einmal das haben die Grünen erfunden!)

Sie hat in unterschiedlicher Weise eine lange Tradition, die weit ins letzte Jahrhundert zurückreicht. Der Gedanke ist geprägt vom Wirtschaften im Einklang mit der Natur. Die **nachhaltige und ganzheitliche Produktion von Lebensmitteln** steht hier im Mittelpunkt, unter besonderer Berücksichtigung von Natur, Umwelt und Tierwohl. Die grundlegende Zielsetzung der ökologischen Landwirtschaft besteht darin, einen möglichst geschlossenen betrieblichen Nährstoffkreis zu erreichen.

Dieses soll unter anderem durch den Erhalt und die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, durch den Verzicht auf Pflanzenschutz mit chemisch-synthetischen Mitteln, die Anwendung mechanischer Unkrautbekämpfungsmaßnahmen, eine artgerechte Tierhaltung samt weitgehendem Verzicht auf Antibiotika erreicht werden. Und diese Liste lässt sich durchaus weiter fortführen.

Damit leisten die ökologisch wirtschaftenden Betriebe einen besonderen Beitrag zum **Erhalt der natürlichen Ressourcen** und schonen diese im besonderen Maße. Dieser positive Effekt hat entsprechende Auswirkungen auf den Bodenschutz, den Gewässerschutz, den Artenschutz und den Tiererschutz. Aufgrund der besonders ressourcenschonenden und umweltverträglichen Wirtschaftsform, die sich am **Prinzip der Nachhaltigkeit** orientiert, erfüllt der Ökolandbau Aspekte, die über die reine Nahrungsmittelproduktion hinausgehen. Mittlerweile ist der gesellschaftliche Wille immer stärker geworden, Umweltaspekte in der Landwirtschaft zu berücksichtigen und zu fördern. Dies gilt übrigens

(Flemming Meyer)

auch für die konventionelle landwirtschaftliche Förderung - Stichwort: Agrarumweltmaßnahmen. Der Umfang im ökologischen Landbau ist aber deutlich höher.

Dieser Effekt ist auch bei der **Nachfrage** von ökologisch produzierten Lebensmitteln spürbar. Deutschland hat mit Abstand den größten **Markt an Bio-Produkten** in der EU und steht weltweit nach den USA an zweiter Stelle. Beim Bundeslandwirtschaftsministerium ist nachzulesen, dass der Gesamtumsatz an Lebensmitteln aus ökologischem Anbau in Deutschland bei rund 7,55 Milliarden € liegt. Dies ist ein Anteil von 3,7 % am Lebensmittelmarkt. Nach Einschätzung von Experten besteht hier ein deutliches **Wachstumspotenzial**. Der Verbraucher legt aber steigenden Wert auf eine ökologische Produktion, eine artgerechte Tierhaltung sowie auf Produkte aus regionaler Herkunft.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Herren, können Sie bitte die interessanten Gespräche nach draußen verlegen? - Danke schön.

Flemming Meyer [SSW]:

Es ist erfreulich, dass wir in Schleswig-Holstein eine **Steigerung in der Ökoanbaufläche** verzeichnen konnten. So gab es in 2013 - gegenüber dem Vorjahr - rund 5.000 ha mehr Anbaufläche. Dies entspricht einer Steigerung von circa 14 %. Aber immer noch macht der ökologische Landbau nur knapp 4 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche bei uns aus. Damit liegen wir immer noch weit unter dem Bundesdurchschnitt, der bei etwa 7 % liegt.

Aus diesem Grund sehen wir unseren Antrag als Beitrag, um den ökologischen Landbau in Schleswig-Holstein zu stärken. Es gab schließlich eine Zeit vor dieser Regierung, in der es der ökologische Landbau bei uns im Land extrem schwer hatte. Dieses machen wir genau anders.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Strategie verfolgen wir auch das Ziel, die Rahmenbedingungen für den ökologischen Landbau zu verbessern. Wir wollen einen Weg aufzeigen, damit sich der ökologische Landbau in Schleswig-Holstein weiterentwickeln und ausweiten kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat nun der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte, am Anfang einige interessanten Beiträge dieser Debatte aus Sicht der Landesregierung zu kommentieren. Herr Kumbartzky, Sie sagten, dass die Landesregierung immer wieder durch Verbote in den Markt eingreift. Das ist sicherlich bei einigen Fällen in der Vergangenheit der Fall gewesen. Dass Sie aber auch eine Förderung als Verbot begreifen, ist eine - wie ich finde - interessante Überlegung, zumal Sie auch aus der konventionellen Landwirtschaft immer Verbotspolitiken und Förderungen haben, zum Beispiel Milchtrockentürme, Gülleförderung und Wegebau. All das wäre nach Ihrer Sicht ein **Eingriff in den Markt**. Wenn dem nicht so ist, lege ich Wert darauf, dass eine Förderung des Ökolandbaus kein Angriff auf die konventionelle Landwirtschaft ist, sondern ein angebotsorientiertes System.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zweitens. Es kann logisch nur so sein, wenn Sie sagen, mit diesen 7 % machten wir Planwirtschaft, griffen in den Markt ein, dass Sie umgekehrt die konventionelle Landwirtschaft bei 93 % beziehungsweise den Ökolandbau einfrieren wollen. Es ist Quatsch zu sagen, dass die Politik Ziellinien setzt und damit in den Markt eingreift. Gute Politik setzt sich Ziele. Wenn Sie sich ohne Ziele am Markt und in der Politik bewegen wollen, nehme ich das auch interessiert zur Kenntnis.

Drittens. Es wurde von Herrn Rickers gesagt, ob es nicht irgendwann einmal gut sein soll und nicht zu viel Geld für den ökologischen Landbau gegeben wird. Er hatte die Idee einer **Kappung** beziehungsweise einer **Degression** aufgebracht. Darauf war Herr Voß ja schon eingegangen. Diese Forderung gab es bei der ersten Säule. Diese ist damals von der konventionellen Landwirtschaft und - wenn ich mich recht erinnere - auch von der CDU abgelehnt worden.

Der Unterschied zwischen der ersten Säule und der Ökoförderung, also den Geldern aus der zweiten Säule, ist, dass in der zweiten Säule die Gelder leis-

(Minister Dr. Robert Habeck)

tungsbezogen ausgegeben werden, während in der **ersten Säule** die Gelder völlig unkonditioniert ausgeschüttet werden. Bei der **zweiten Säule** mit einer Degression beziehungsweise mit einer Kappung anzufangen, ist komplett falsch. Wenn die erste Säule eine Degression erfordert, kann man, wenn man Effizienz noch in der zweiten Säule erwirtschaften kann, noch darüber nachdenken. Das setzt aber auf jeden Fall voraus, dass die **nicht konditionierten Leistungen**, die Gelder, die einfach so ausgeschüttet werden, auf jeden Fall den Anfang machen und in die Degression gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Viertens. Es wurde gesagt, und das bringt mich zu dem, was ich eigentlich sagen wollte, dass eine dauerhafte Subventionierung den ökologischen Landbau abhängig mache. Es wurde immer gesagt: Der Ökolandbau ist so teuer, wie weit kann das gehen, wie weit kann der Haushalt das noch vertragen?

Meine Damen und Herren, allein die Aussage, dass der Ökolandbau teurer ist, ist zunächst einmal eine unbewiesene Annahme. Es ist nämlich so, dass die **externen Kosten**, die die Landwirtschaft produziert, nicht im Preis, den die Bauern erhalten, berücksichtigt ist. Der Ökolandbau bekommt - das ist eine politische Begründung, warum wir ihn fördern - eine Förderung, weil er eine Maßnahme für gesellschaftliche Werte darstellt. Das tut die konventionelle Landwirtschaft in diesem Maße nicht. Die externen Kosten sind nicht beziffert, das ist beim **Tierwohl** greifbar. Was die normativen Werte, die die Gesellschaft laut und deutlich artikuliert, jedoch kosten, kann man überschlägig vielleicht schätzen, indem man berechnet, was das an Stroh, Platz und Produktpreisen ausmacht. Es ist aber auf jeden Fall so, dass dies nicht in den Preisen, die der Markt den Landwirten zahlt, eingerechnet ist. Beim ökologischen Landbau ist dies anders.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rickers?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Gern.

Heiner Rickers [CDU]: Herr Minister, ich hoffe, Sie haben mich nicht falsch verstanden. Meine Aussage war bezogen auf den Haushalt in Schleswig-Holstein. Das kenne ich zur Genüge aus dem Wahlkampf zur letzten Landtagswahl aus dem Jahr 2012. Sie waren Fraktionsvorsitzender. Wir haben uns laufend gestritten, wie wir bei 1,2 Milliarden € Defizit

(Angelika Beer [PIRATEN]: Jetzt können Sie doch einmal aufhören zu streiten!)

- ich rede von der Vergangenheit - irgendwann dazu kommen sollten, den Haushalt hier in Schleswig-Holstein auszugleichen. Natürlich haben Sie jetzt das Glück der hohen Steuereinnahmen. Ich habe darauf hingewiesen, dass Sie vielleicht bei dem Erreichen des Jahres 2020 einer wie auch immer getretenen Verantwortung darüber werden nachdenken müssen, wie Sie das alles bezahlen wollen.

Ich habe nicht gesagt, dass das zu teuer ist. Ich habe nur zum Ausdruck gebracht, dass Sie es nicht werden bezahlen können. Das wird das große Problem sein. Wir haben aus dem beschriebenen Grund die Ökolandbauförderung auf null gesetzt.

- Das ist eine sehr angenehme Frage, weil die Gelder in aller erster Linie aus der Umschichtung von der ersten in die zweite Säule kommen. Das ist auch eine Maßnahme, die von der CDU immer bekämpft wurde. Das heißt, der Haushalt wird, wenn man zusätzlich in Betracht zieht, dass viele Umweltagrarmaßnahmen mit 75 % vonseiten der EU gefördert werden, überhaupt nicht in dem Maß belastet, wie Sie das hier unterstellen. Es sind Umverteilungsmaßnahmen, und es sind Gelder, die im Ökolandbau einer gesellschaftlich Werte folgenden Landwirtschaft zugute kommen. Das ist zugegebenermaßen so. Es ist aber falsch, dass der Haushalt dadurch über die Maßen belastet wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Frage des Herrn Abgeordneten Rickers?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Gerne.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Heiner Rickers [CDU]: Sie wissen genau, dass bei geschätzten 70.000 ha, die Sie erreichen wollen, 7 % - die Zahlen sind genannt worden - bei 250 € circa 10 Millionen € als Gesamtsumme herauskommen, wovon 20 % das Land zahlt. So weit zur Information.

- Das ist richtig. Trotzdem blendet die Debatte, die Sie anstoßen, aus, dass der Ökolandbau einen gesellschaftlichen Wert artikuliert. Das ist so, eindeutig. Um es konkret zu sagen, und damit komme ich wieder zu meiner Rede zurück, nenne ich ein paar Zahlen: Europaweit wird geschätzt, dass der Beitrag zur **Bekämpfung des Nitratreintrages** in der Landwirtschaft ergriffen werden, den Gewinn, der durch die erhöhte Düngung in der konventionellen Landwirtschaft erzielt wird, wieder „aufgefressen“ wird. Diese negative Bilanz ist größer als der Gewinn, der durch die überhöhte Düngung in der Landwirtschaft erzielt wird.

Die Food Agriculture Organisation United Nations hat festgestellt, dass die konventionelle Landwirtschaft wahrscheinlich auf gleichem Niveau Erträge erwirtschaftet wie der Ökolandbau - auf gleichem Niveau -, wenn man alle Kosten, die Zerstörung von Böden, die Verlagerung von Produktionseinheiten mitrechnen würde. Das kann ich selbstverständlich für Schleswig-Holstein so nicht behaupten, ich weiß aber, dass wir in Schleswig-Holstein in der konventionellen Landwirtschaft Nitratüberhänge haben, die sich bei Marktfruchtbetrieben auf 72,9 kg/ha summieren. Diese sind sozusagen zu viel. Der **Stickstoffüberschuss** beim Ökolandbau beträgt nur 9 kg/ha. Bei der Milchviehwirtschaft sind es 31 kg im Ökolandbau und 116 kg in der konventionellen Landwirtschaft.

Daran kann man leicht erkennen - das sieht man ja auch an den ganzen Vertragsnaturschutzmaßnahmen und den Programmen, die wir auflegen -, dass die Maßnahmen, die wir als Land ergreifen müssen, um diese Überhänge wieder aus der Natur zu entfernen, sehr wohl zu berechnen sind. Insofern ist das eine interessante Debatte. Ich bin gespannt, wohin sie uns führt.

Der Ökolandbau und die Förderung des Ökolandbaus befinden sich in einem schwierigen politischen Milieu. Das wissen alle, die sich damit auskennen. Je stärker der Markt ist, je geringer die Gewinnmargen sind, umso schwieriger ist es, Menschen zur **Umstellung auf Ökolandbau** zu bewegen. Wir haben einen harten Markt. Wir haben einen sehr stabilen und hohen Weizenpreis, der jetzt erst kurzfristig nachgegeben hat. Wir haben in Schleswig-Holstein eine extreme Flächenknappheit

durch politische Fördermaßnahmen. Dies betrifft in diesem Fall das EEG. Pachtpreise und Kaufpreise sind enorm in die Höhe geschneit.

Vor diesem Hintergrund muss natürlich jeder Landwirt, der umstellt, seine Kosten und Erlöse gegenrechnen. Es ist also eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, in einem derart angespannten Markt zu versuchen, dass Betriebe zunächst einmal weniger intensiv wirtschaften, um dann die gesellschaftlichen Leistungen zu erzielen, die der ökologische Landbau mit sich bringt.

Dass dies gelingt und gelingen kann, das zeigen die Maßnahmen. Dass das gerechtfertigt ist, das ist die klare Überzeugung der Landesregierung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Zur Ausschussüberweisung liegen differenzierte Anträge vor. Deshalb lasse ich getrennt über die Ausschussüberweisung abstimmen.

Frau Abgeordnete Beer hat beantragt, den Antrag Drucksache 18/2214 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Überweisungsantrag abgelehnt.

Nummehr lasse ich über die Überweisung des als selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/2258 an den Umwelt- und Agrarausschuss abstimmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2214, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Außerdem stimmen die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN dem zu. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

(Präsident Klaus Schlie)

Bericht über die Inspektion der Kavernen im Kernkraftwerk Brunsbüttel

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2059

Ich erteile das Wort dem Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Der Landtag erwartet zu Recht, dass wir noch einmal über den Stand bei der Inspektion der Kavernen im Atomkraftwerk Brunsbüttel informieren. Noch einmal zur Erinnerung für diejenigen, die die Pressemitteilungen nicht mehr so präsent und vor Augen haben.

Die Fässer - ich komme gleich zu den Zahlen und zu den Ergebnissen - bieten keinen **Schutz vor Strahlung**, sondern nur die Kavernen. Um ein Ergebnis vorwegzunehmen: Die Kavernen sind intakt. Das heißt, von der Lagerung in den Kavernen geht keine Gefahr für die Öffentlichkeit aus.

Diese Fässer sind - auch das sollten wir bei der nächsten Debatte berücksichtigen - mit schwach- und mittlerradioaktivem Material, also mit Restbeständen aus dem Betrieb des AKW, verfüllt. Diese sind entsprechend nicht wärmeentwickelnd. Gleichwohl - und das ist der bedrückende Befund - sind diese Fässer so gelagert, dass eine **visuelle Inspektion**, ein Eintreten in diese Kavernen, nicht möglich ist. Dementsprechend zeigte sich vor der Entdeckung des ersten Fasses bis hin zu den Ergebnissen, die wir jetzt sukzessive bekommen, ein ziemlich langer Verlauf. Sie wissen, dass erst **Spezialkameras** entwickelt werden mussten, die dann zwischen den Fässern in einen hoch verstrahlten Raum eingesenkt werden.

Es gibt sechs **Kavernen im Atomkraftwerk Brunsbüttel**. Die Inspektion von drei Kavernen ist inzwischen abgeschlossen. Untersucht worden ist zunächst einmal Kaverne 4. Aus dieser stammt das Fass aus dem Jahr 2012. Dann ist Kaverne 5 inspiziert worden, eine Kaverne, in der sich auch Atomfässer aus dem belgischen Mol befinden. Hierüber ist damals eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien geschlossen worden. Diese Kaverne hat keine zerstörten Fässer. Diese sind aber auch schon in Beton eingegossen. Hier sind keine zerstörten Fässer gefunden worden. Dann hat Vattenfall Kaverne 2 geöffnet. Die Inspektion von Kaverne 2 ist jetzt abgeschlossen.

Als ich an die Öffentlichkeit gegangen bin, war sie zu etwa einem Drittel fertig. Damals wurden 18 Fässer korrodiert beziehungsweise zerstört vorgefunden. Es sind insgesamt 20 Fässer geworden. Von diesen 20 Fässern stammen 19 Fässer aus den Chargen 83 und 85. Es ist aber auch ein Fass korrodiert, das erst in den 90er-Jahren dort eingelagert wurde. Die **Luftfeuchtigkeit** in der Kaverne ist sehr hoch. Sie beträgt 75 %. Ob die hohe Luftfeuchtigkeit erstmalig **Außenkorrosionen** ausgelöst hat, darüber kann ich nur spekulieren. Möglicherweise ist das aber eine der Erklärungen, die man geben kann.

In der Summe heißt das, dass von insgesamt 631 Fässern im AKW Brunsbüttel inzwischen 217 Fässer untersucht worden sind. Dabei ist festgestellt worden, dass 38 Fässer beschädigt sind.

Sie wissen, dass bei der Untersuchung von Kaverne 2 der bedrückende Befund festgestellt worden ist, dass erstmals nicht nur Fässer beschädigt beziehungsweise durchgerostet waren, sondern dass erstmalig auch eine radioaktive Flüssigkeit oder eine **breiförmige Substanz ausgetreten** und auf den Fußboden gesickert ist. Das war damals der neue und noch immer bedrückende Befund.

Gleichzeitig sind die Fässer in Kaverne 2 so instabil und auch verrutscht - diese stehen also nicht mehr alle gerade übereinander -, dass die Bergungsvorrichtung, die Vattenfall nach dem Befund bei Kaverne 4 entwickelt hat - Sie kennen dieses Sacksystem, die Fässer sollten überstülpt werden, man kann sie ja nicht mehr von oben anheben, und dann von unten herausheben -, so nicht einsatzfähig ist. Die Atomaufsicht hat Vattenfall mitgeteilt, dass bis Ende dieses Monats ein **neues Bergungskonzept** entwickelt werden soll. Daran arbeitet Vattenfall auch. Ich hoffe und erneuere die Forderung, dass das in diesem Monat vorliegt.

Darüber hinaus kann ich Ihnen sagen, dass die ausstehende Inspektion der drei anderen Kavernen bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein soll. Dementsprechend ist die Erwartung von uns und auch von der Öffentlichkeit insgesamt, dass zeitnah und zügig mit dem **Bergen der Fässer** begonnen wird.

Die **Atomkraftwerke Krümmel und Brokdorf** sind ebenfalls untersucht worden. Dort gibt es nach unserer Kenntnis keine entsprechenden Zustände. Es gab eine visuelle Inspektion im Atomkraftwerk Krümmel. In Krümmel ist damals - das wussten wir aber schon länger - eine andere Trocknungsmethode angewendet worden. In Brunsbüttel sind die In-

(Minister Dr. Robert Habeck)

halte im Fass getrocknet worden. Das geht theoretisch, in diesem Fall offensichtlich aber nicht praktisch. Das heißt, man hat die Substanzen - das sind Filterharze oder Verdampferkonzentrate - im Fass getrocknet und dann die Trockenheit gemessen. Dabei hat man offensichtlich übersehen, dass sich oben eine Art Verschluss oder Pfropfen gebildet hat und die Feuchtigkeit im Fass geblieben ist.

In **Krümme**l hat man anders getrocknet. Man hat das außerhalb des Fasses getrocknet und dann trocken verfüllt. Außerdem ist die **Lagerungsmethode** eine andere gewesen. Entsprechend ist dies im AKW Brokdorf. Fässer gibt es dort also auch. Sie sind aber alle in einem anderen Zustand.

Allein um die Geschichte der Lagerung aufzuarbeiten, haben wir uns entschieden, gemeinsam mit dem TÜV Nord und dem Ökoinstitut eine Expertise zu erarbeiten, die die **Geschichte der Fasslagerung** in den Atomkraftwerken beschreibt. Das möchte ich auch als einen Appell an die Bundesregierung und die anderen Länder verstanden wissen, sich ebenfalls mit ihren Atomkraftwerken und den Lagerungen dort zu beschäftigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das haben wir damals schon Frau Hendricks mitgeteilt. Ich meine, man sollte mehr tun als eine freiwillige Abfrage. Vielmehr sollte man tatsächlich eine Prüfung anordnen, damit Deutschland weiß, was in den Kavernen beziehungsweise in den Lagerräumen der Atomkraftwerke lagert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Bitte gestatten Sie mir abschließend noch einen allgemeinen Satz, der mir bezeichnend zu sein scheint für den Umgang mit der Atomenergie insgesamt. Schaut man sich einmal die Geschichte der Atomkraftwerke an, so stellt man fest, dass es doch letztlich so gewesen ist, dass nachträglich immer alles anders gekommen ist, als man es vermutet hat. Nachträglich waren immer alle klüger.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Immer war es die beste Technik. Immer war es die beste Sicherheit. Immer war nach irgendeiner Risikoberechnung ausgeschlossen, dass irgendetwas passiert. Wir wissen aber alle sehr wohl - und wir haben auch die gesellschaftlichen Konsequenzen gezogen -, dass immer wieder etwas passiert ist. Insofern kann ich nur einmal mehr unterstreichen, dass der Einstieg in diese **Risikotechnologie** ein

Fehler war. Ich bin froh, dass dieser jetzt beendet wird. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jens-Christian Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für Ihren erschöpfenden und ausgiebigen Bericht. Mein Dank gilt auch Ihrem Appell an die Bundesministerin, zu fordern, alle **Lagerorte von Atomkraftwerken** zu überprüfen. Ich glaube, in der Vergangenheit war das Problem, dass eingelagert wurde, dass eine Prüfung aber nicht durchgeführt werden musste. Jetzt haben wir das Problem am Standort Brunsbüttel. Sie haben es ausgiebig geschildert. Wir haben Probleme mit den Fässern. Dies ist mit Sicherheit für die Menschen in der Region und auch für mich als regionalen Abgeordneten und als einer derjenigen, die die Kernenergie hochgehalten haben, etwas, das uns intensiv beschäftigt.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Kollege Garg, natürlich jetzt auch noch, jetzt intensiver denn je. - Wir sollten die Informationen, die Sie heute gegeben haben, für die Entscheidungen, die wir alle zukünftig zu vertreten haben und begleiten müssen, für eine bestmögliche Informationspolitik für die Menschen vor Ort nutzen und diese dann weitergeben.

Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, den Mitarbeitern des Kernkraftwerks Brunsbüttel, von denen heute sogar einer oder zwei hier sind, und den externen Sachverständigen zu danken, die trotz dieser schwierigen Situation einen sehr guten und hochprofessionellen Job machen. Davon konnte ich mich selbst überzeugen. Sie waren - so glaube ich - auch am 26. August 2014 direkt an den offenen Kavernen und hinter den Monitoren im Kernkraftwerk Brunsbüttel.

(Beifall CDU und Peter Eichstädt [SPD])

Die CDU-Fraktion hat diesen Antrag nicht eingebracht, um mit dem Finger auf irgendjemand anderen zu zeigen. Ich wiederhole es: Wir sind darauf bedacht, eine vernünftige **Informationspolitik** den Bürgern gegenüber zu artikulieren. Der Kollege Kumbartzky war am Mittwoch dabei. Wir hatten ei-

(Jens-Christian Magnussen)

ne Besuchergruppe aus Brunsbüttel, die mit Sorge das Thema der Kavernen angesprochen hat. Ich habe mich nicht dazu geäußert, weil ich Ihrem Bericht nicht vorgreifen wollte. Sie waren wie ich zwei Meter von den Kavernen entfernt. Wir sind beide noch hier. Vielleicht haben Sie nicht den Mut gehabt, daran zu gehen. Ich glaube aber, Sie waren auch da und haben sich die Fässer angeguckt. Ich denke, wir gehen damit ein Stück weit anders um, als dies in den Medien rübergebracht wird. Die Menschen vor Ort haben ein Recht darauf, vernünftige Informationen zu bekommen. Darauf setze ich.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ein strahlender Abgeordneter aus der Region, ein zweiter kommt gleich. - Genauso problematisch und indiskutabel wie die Situation der Fässer vor Ort ist, so groß ist auch das **Gefühl der Unsicherheit** der Menschen in der Region; insbesondere der Menschen in Brunsbüttel. Das, was dort im Moment in den Kavernen vorzufinden ist, kann niemanden zufriedenstellen. Ich glaube, hier sind wir alle gefordert, vernünftig und sorgsam damit umzugehen.

Sie haben es eben ausgeführt: Es ist gut und beruhigend, dass keine Gefahr für die Umgebung, für die Bevölkerung und für die Mitarbeiter vor Ort besteht. Das hatten Sie uns schon in der Antwort auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt. Ich vermisse dies immer: Das Problem ist, dass die **Zwischenlager** und Kavernen nicht für eine **Lagerung über 35 Jahre** hinweg ausgelegt waren. Mit diesen Fässern sollte anders umgegangen werden. Dass wir jetzt 35 Jahre hinter uns haben, ist natürlich misslich.

Ein weiterer Punkt ist für mich die Situation des **fehlenden Endlagers**. Die Lagerung von leicht- und mittelradioaktiven Stoffen, die Sie eben ausgeführt haben, ist nicht unbedingt zu vergleichen mit der der hochradioaktiven Abfälle. Die Situation um **Schacht Konrad** muss zeitnah gelöst und geklärt werden. Ich will nicht weiter auf die Endlagersuchkommission eingehen. Ich möchte Sie aber bitten, den Vorstoß von Frau Hendricks, 2031 ein Endlager gefunden zu haben, zu unterstützen, damit wir diesen Weg gemeinsam gehen. Ich glaube, es ist das Gebot der Fairness, dass wir auf die Zeit schauen. Ich glaube, Ihr Kollege aus Niedersachsen hat dem schon widersprochen. Er will eine längere Zeitschiene. Es gibt Gründe, die dagegen sprechen. Diese werde ich vielleicht noch kurz ansprechen. Sich hier vom Acker zu machen und zu sagen, wir verschieben das auf lange Zeit, um die Entscheidung nicht treffen zu müssen, ist - so glaube ich - der verkehrte Weg.

(Lachen Martin Habersaat [SPD] - Martin Habersaat [SPD]: Das von der CDU, das ist herrlich!)

- Herr Habersaat, Sie lachen. Das ist schön. Ein ehemaliger Minister von den Grünen, ein Vorkämpfer von Herrn Habeck, hat einmal gesagt: Die Köpfe sind rund, damit die Gedanken die Möglichkeit haben, die Richtung zu ändern. Ich wiederhole mich jetzt, weil Sie immer wieder auf der alten Gurke herumreiten, der Abgeordnete Magnussen sei der Verfechter der Kernenergie. Ich finde das so etwas weit hergeholt.

(Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu, da die Zeit drängt. Die Kollegen wollen alle in das Wochenende. Setzen Sie sich ruhig wieder hin. Es hat eh keinen Wert, sich damit in irgendeiner Form auseinanderzusetzen.

Herr Minister, ich habe Sie mittlerweile so kennengelernt, dass Sie sich hier offen und zielorientiert engagieren und agieren. Deshalb unterstützen Sie bitte die Bereitschaft der Bundesministerin, sich zeitnah um ein Endlager und um die Situation um Schacht Konrad zu bemühen. Der angekündigte Zeitraum von 2020 ist aus unserer Sicht eigentlich viel zu spät. Wahrscheinlich aber gibt es Gründe, die uns nicht bekannt sind, dafür, warum wir so lange auf das **Zwischenlager Schacht Konrad** warten müssen.

Der nächste Punkt ist im Zusammenhang mit Schacht Konrad auch wichtig. Ich habe gesagt, wir haben nicht sehr viel Zeit. Sie haben gesagt, die Situation der Fässer soll zeitnah, also Ende des Jahres, geklärt sein. Sie beabsichtigen, die Fässer zeitnah zu bergen. Bis dahin müssen wir aber auch geklärt haben, wie die Einlagerung im Schacht Konrad aussehen soll. Es nützt nichts, die Fässer jetzt herauszuholen, ohne zu wissen, wie man sie nachher verpacken oder in irgendeiner Form sichern wird. Das gehört für mich mit dazu. Das ist ein Teil des Stilllegungskonzepts. Das betrifft nicht nur die hochradioaktiven, sondern auch die schwach- und mittelradioaktiven Exponate.

Wir als CDU stehen uns mit Sicherheit nicht aus der Verantwortung. Das sage ich hier ganz klar und deutlich. Wir appellieren an und plädieren für eine überparteiliche und von Experten und Betreibern begleitete Initiative, die sich mit den Bedingungen der sicheren **Lagerung von Fässern mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen** beschäftigt, und zwar nicht erst im Jahr 2017 oder 2018 oder wann auch immer. Das muss heute erfolgen, damit wir in

(Jens-Christian Magnussen)

sieben oder acht Jahren, wenn Schacht Konrad Einlagerungen aufnehmen kann, eine rechtssichere Lagerkapazität haben sowie eine sichere Verpackung und einen gesicherten Umgang mit den Materialien.

Ich habe noch den einen oder anderen Punkt, aber ich verzichte darauf. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass ich mich freue, dass wir mit dem Wirtschaftsausschuss am Mittwoch nach Brunsbüttel fahren, um die Informationen über das Rückbauzentrum, die weitere Antragstellung sowie das weitere Vorgehen aus erster Hand zu bekommen.

Abschließend noch ein infrastruktureller Hinweis an die Kollegen des Wirtschaftsausschusses: Ich bitte Sie, rechtzeitig loszufahren. Die B 5 ist gesperrt. Wir haben im Moment eine Situation, die für den Industriestandort kaum erträglich ist. Die Umleitung ist eine Katastrophe. Fahren Sie rechtzeitig los, damit Sie um 11 Uhr am Standort sind. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gut zweieinhalb Jahren beschäftigen wir uns nun mit rostigen **Atommüllfässern im Atomkraftwerk Brunsbüttel**. Bereits Anfang 2012 wurden die ersten rostigen Fässer gefunden. Das gab Anlass, die Kavernen genauer zu untersuchen. Bis dahin hat der Betreiber den Müll eingelagert und über Jahrzehnte hinweg nicht kontrolliert. Das ist schon ein Skandal an sich.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Bei den Kontrollen, die seitdem laufen, stellte sich nicht nur heraus, dass es noch mehr rostige Fässer gibt, es wird sogar immer noch schlimmer als gedacht.

Die Fässer, die jetzt gefunden wurden, sind so stark beschädigt, dass bei einigen sogar der Inhalt teilweise ausgetreten ist. Der Minister hat es bereits gesagt. Ich betone: Wir sprechen hier von radioaktivem Material und von angeblich sicher eingelagerten **radioaktiven Abfällen**. Wir wissen noch nicht, wie es in anderen Kavernen aussieht. Dies werden wir noch untersucht.

Meine Damen und Herren, was sind die Folgen? - Zum einen können die Fässer nicht mehr wie vorgesehen geborgen werden. Erst muss ein neues Bergungskonzept erarbeitet werden. Nicht nur das, sondern für die Bergung müssen erst spezielle Hebewerke entwickelt werden. Hierfür ist der Betreiber verantwortlich. Die **Atomaufsicht** muss dies verantwortungsvoll begleiten, beraten und beaufsichtigen. Ich gehe davon aus, dass sie dies tun wird.

Hier erwarten wir als Sozialdemokraten, dass der Betreiber mit der Atomaufsicht ein Konzept erarbeitet, das sicherstellt, dass die Fässer sicher abtransportiert werden können, wenn ein Endlager fertiggestellt ist, das aber auch sicherstellt, dass so etwas künftig nicht mehr passieren kann, ein Konzept, das künftig regelmäßige Kontrollen der Kavernen vorsieht.

Ich danke dem Minister, dass er sich heute auch zu den AKW Brokdorf und Krümmel geäußert hat. Leider ist die CDU bei dem Antrag hier zu kurz gesprungen. Denn schließlich ist es wichtig, auch bei den anderen Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein die Problematik zu untersuchen. Sie, Herr Minister, haben darauf hingewiesen: nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit. Herzlichen Dank für den Bericht, den Sie heute gegeben haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Jens-Christian Magnussen [CDU])

- Wie bitte?

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, das Wort haben Sie. Zwischenfragen sind nicht gestellt.

Olaf Schulze [SPD]:

Zum anderen zeigen die Funde sehr deutlich, dass eine absolute Sicherheit im Umgang mit dem strahlenden Müll nicht möglich scheint. Wenn schon nach 30 Jahren der Müll nicht mehr sicher eingelagert ist, was machen wir dann damit in den nächsten Hunderten von Jahren? Welche Konzepte für eine Lagerung des strahlenden Erbes sollen wir entwickeln? Natürlich müssen es immer die bestmöglichen nach dem heutigen Stand von Forschung und Technik sein. Aber reicht das? - Wir wissen es nicht. Wir können es nicht wissen.

Meine Damen und Herren, was schließen wir aus all dem? - Das, was wir Sozialdemokraten bereits

(Olaf Schulze)

seit Jahrzehnten predigen, ist und bleibt richtig: Die Energiegewinnung aus Atomkraft war und ist ein Irrweg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Selbst wenn der Ausstieg endgültig geschafft ist, werden uns der strahlende Abfall und der sichere Umgang damit noch über viele Generationen hinweg beschäftigen.

Hier geht es nur um schwach und mittlerradioaktive Abfälle und deren Zwischenlagerung, bis das Endlager fertiggestellt ist. Über die Brennelemente und deren Zukunft sprechen wir an dieser Stelle noch gar nicht. Auch dafür brauchen wir schnellstmöglich eine Endlagerstätte. Hier sind wir noch in der Diskussion über den Standort und auch über Möglichkeiten der Rückholbarkeit.

Lieber Kollege Magnussen, ich finde schon, dass wir gerade beim Thema Endlager eine gründliche Diskussion brauchen. Wir brauchen eine gründliche Diskussion über die Frage, ob wir eine Rückholbarkeit benötigen oder nicht. Wie muss ein Endlager oder - bei einer Rückholbarkeit ist es ja eigentlich kein Endlager - ein zukünftiges **Zwischenlager** wirklich aussehen? Ich denke, wir sollten uns die Zeit wirklich nehmen, um das vernünftig zu diskutieren. Gerade die Asse sollte uns gezeigt haben, dass wir in diesen Bereichen wirklich Gründlichkeit brauchen und nicht auf Schnellschüsse fokussiert sind. Ich gebe Ihnen recht, dass wir das schnellstmöglich machen sollten, aber hier sollten die Diskussion und die Debatte inhaltlich wirklich tief geführt werden.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Schulze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Magnussen?

Olaf Schulze [SPD]:

Ja.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Herr Kollege, meine Anmerkungen zielten nicht darauf ab, mit Schnellschüssen zu arbeiten. Natürlich ist Sicherheit das oberste Gebot. Das ist doch völlig klar.

Mein Ansatz, den ich in der Rede aus zeitlichen Gründen leider nicht ausgeführt habe, war, dass uns das Fachpersonal vor dem Hintergrund der Zeitschiene mittlerweile ein Stück weit abhandenkommt. Denn kein

Mensch orientiert sich fachlich in einen abgekündigten Berufszweig. Das heißt, nicht nur dem Betreiber gehen die Fachkräfte aus, sondern auch den übergeordneten Behörden und den externen Gutachtern. Alle diejenigen, die heute mit den Fässern beschäftigt sind, waren zur Einlagerungszeit noch gar nicht im Werk. Auch für sie ist es teilweise Neuland.

Vor diesem Hintergrund war mein Ansatz nicht „schnell, schnell“, sondern dass wir uns sowohl vor dem Hintergrund der Sicherheit als auch vor dem Hintergrund des Handlings mit diesem Thema konstruktiv auseinandersetzen müssen.

- Ich gebe Ihnen recht, was das Personal angeht. Deswegen fordern wir, schnellstmöglich Pläne von den Betreibern erstellen zu lassen, wie der Rückbau vorgenommen wird - beim Kernkraftwerk Krümmel warte ich heute noch darauf, dass der Rückbau überhaupt beantragt wird -, aus den gleichen Gründen, die Sie eben genannt haben. Allerdings sehe ich schon, dass wir gerade bei der Endlagerstätte zunächst das klären müssen, was wir vor vielen Jahrzehnten nicht geklärt haben, nämlich die Frage, wie wir ein sicheres Endlager wirklich hinkommen. Dies müssen wir durchdiskutieren und hoffentlich schnellstmöglich eine Möglichkeit finden, eine **Endlagerung** zu betreiben.

Meine Damen und Herren, deshalb - das ist der zweite Schluss daraus - ist und bleibt es richtig, dass sich Schleswig-Holstein von Anfang an so stark für die **Energiewende** gemacht hat und diesen Weg konsequent weitergeht. Dazu gibt es keine Alternativen. Auch das werden wir in diesem Haus immer wieder und wieder sagen. Für unsere Landesregierung ist die Energiewende, die Förderung und der Ausbau erneuerbarer Energien, eines der wichtigsten Ziele und wird es auch für die nächsten Jahre bleiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rostige **Atomfässer**, durchgerostete Fässer, Aus-

(Detlef Matthiessen)

tritt von **radioaktivem Material** - das alles ist ein Skandal.

Im Hochtechnologiestandort Deutschland, in den angeblich sicheren deutschen **Atomkraftwerken** wurde gepfuscht. Das ist noch milde formuliert und klingt vielleicht etwas niedlich. Es wurde getäuscht, die Öffentlichkeit belogen und alles mit dicken Betonplatten zugedeckelt. Ob beim Befüllen danebengekleckert wurde oder Material nach Durchrostung austrat, wird noch geklärt.

Trockener Stahl, meine Damen und Herren, rostet kaum. Trocknen kostet aber Zeit und Geld. Das sogenannte Verdampferkonzentrat wurde unvollkommen getrocknet. Die Erwartung des Betreibers, dass dieser Mangel aufsichtlich wenig auffallen würde, hat sich bewahrheitet. Man sieht, ob Flüssigkeit oder Pulver abgefüllt wird. Das absichtliche Fehlverhalten wurde damals sicherlich auch durch die Erwartung gestützt, dass die Fässer in kurzer Zeit in ein Endlager kämen. Das war vor über 30 Jahren. Heute ist die Rede davon - gerade ist es ganz aktuell zu lesen -, dass das **Endlager** Schacht Konrad für mittelaktive Abfälle 2022 in Betrieb gehen soll, also - mit einem Sicherheitsabschlag - nach einer weiteren Dekade.

Meine Damen und Herren, ich zitiere aus einem Dokument und verrate Ihnen hinterher, aus welchem:

„CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an.“

Es ist nicht der aktuelle Koalitionsvertrag, sondern der aus dem Jahre 2005. Er gipfelte in folgendem Satz:

„Wir beabsichtigen, in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Immerhin!)

- Wenn man das in einen Koalitionsvertrag schreibt, ist damit eigentlich auch impliziert, dass man das, was man beabsichtigt, auch meint schaffen zu können.

In der folgenden Legislaturperiode hieß es zwischen CDU und FDP dann:

„Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie bedingt auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle.“

Das ist natürlich eine tiefe Erkenntnis. Im Übrigen folgt dann auch vorsichtshalber nicht mehr viel.

Im vergangenen Jahr vereinbarte die Große Koalition in Berlin:

„Wir wollen die Endlagerfrage aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen lösen. Deswegen werden die Errichtung des Endlagers Konrad und die Schließung des Endlagers Morsleben vorangetrieben und die Voraussetzungen für die Rückholung der Abfälle aus der Schachanlage Asse II geschaffen. ... Die Entsorgungs-Richtlinie (EURATOM) und das Standortauswahlgesetz setzen wir zügig und vollständig um.“

Übrigens sprachen CDU und FDP in der 17. Legislaturperiode ebenfalls von „zügig und transparent“.

„Das Auswahlverfahren“

- heißt es in der derzeitigen Koalitionsvereinbarung -

„für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird nach Abschluss der Kommissionsberatungen unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit eingeleitet.“

Wann, stand nicht dabei.

Die Worte haben erhabenen Klang. Die Probleme sind aber geblieben. „Verantwortungsvoll“, „sichere Endlagerung“, „zügig“, „vollständig“, „in dieser Legislaturperiode“ - die pathetischen Worte der Vergangenheit klingen heute noch hohler als die Antiatombewegung damals schon erkannte. Allein die Formulierung „Wir wollen die Endlagerfrage lösen“ spricht Bände. Lagern, meine Damen und Herren, ist nicht lösen. Denn lösen lässt sich das leider nicht mehr.

Das Thema **Atomkraft** wird auf der politischen Agenda bleiben, bleiben müssen, auch wenn kein Atomstrom mehr produziert wird. Die Hinterlassenschaften des Atomprogramms bleiben auf ewig. Wir haben das schon gesagt, als das Atomprogramm begann. Immerhin war die Antiatombewegung wirklich unüberhörbar und unübersehbar. Die Befürworter der Atomkraft haben also gewusst, was sie taten und tun, als sie sich nach dem Motto „Augen zu und durch“ darüber hinwegsetzten.

Ich erinnere mich noch sehr genau. Ich war damals noch ganz jung und vielleicht auch ein bisschen doof in Berlin in der Antiatombewegung. Da saß ich mit dem Bundesforschungsminister Matthöfer zusammen auf einem Podium.

(Detlef Matthiessen)

(Zuruf: Riesenhuber!)

- Riesenhuber war sehr viel später. Ich war, wie gesagt, sehr jung in der Antiatombewegung. Herr Matthöfer ist inzwischen leider verstorben. Der hatte damals in der Podiumsdiskussion gesagt, die Atomkraftwerke sollten doch nur 19 Jahre lang laufen. Der Charakter einer unbefristeten Betriebsgenehmigung war mir damals nicht bekannt.

Meine Damen und Herren, MOX-BE, also Mischoxid-Brennelemente, wie sie in schleswig-holsteinischen Atomkraftwerken eingesetzt werden, sind Brennstäbe, die **Plutonium** enthalten. Die Halbwertszeit von Plutonium beträgt 24.110 Jahre. Das ist Müll, Gift und Gefahr für immer und ewig.

Man hat das Element Plutonium, als es entdeckt worden war, nach einem Planeten benannt, nämlich nach Pluto. Vielleicht kann man auch sagen, dass die Anlehnung an Pluto als Gott der Unterwelt und des Todes vielleicht die richtigere Anlehnung gewesen wäre. Diejenigen, die das zu verantworten haben, sollten sich schämen. Unsere Kinder und Enkel werden keine Kilowattstunde Atomstrom verbrauchen. Der Rückbau der radioaktiv verseuchten Betonriesen ist überfällig, aber der Müll wird bleiben. Die Ökonomen reden von Ewigkeitskosten. Atomkraft rechnet sich nie und nimmer. Dass die Atomwirtschaft den ernsthaften Versuch unternimmt, sich mit einer Einmalzahlung aus der Versursacherhaftung zu stehlen, spricht für sich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Uli König [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, so oder so, die Folgen zahlen wir alle. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Uli König [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ergebnisse der Untersuchungen in den Kavernen und die Tatsache, dass von bislang insgesamt 131 inspizierten Behältern 28 auffällig sind, sind zweifelsohne und nach wie vor erschreckend. Dass, anders als in bisherigen Fällen, auch einige Fässer teilweise ausgelaufen sind, ist eine neue Dimension, ganz klar. Wir dürfen auch nicht verkennen,

dass die Untersuchung von weiteren 500 Behältern noch aussteht. Es wird deshalb sehr wahrscheinlich sein, dass noch weitere auffällige Behälter gefunden werden.

Die Ergebnisse der aktuellen und der noch folgenden Kaverneninspektionen werden in das bisherige Konzept einfließen, das in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde weiterentwickelt wird. Das hat der Minister gerade noch einmal bestätigt. Er hat auch bestätigt, dass die korrodierten Fässer - ich finde es wichtig, das zu betonen - die Gesundheit der Bevölkerung nicht gefährden. Das muss natürlich auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall FDP)

Der **Kraftwerksbetreiber** und die **Atomaufsicht** sind aufgefordert, die Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt auch weiterhin zu gewährleisten. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch einmal den Mitarbeitern danken, natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Atomaufsichtsbehörde. Bei denen möchte ich mich ebenfalls ganz herzlich bedanken, weil die Atomaufsichtsbehörde das Verfahren wirklich umsichtig und auch sehr unangeregt begleitet.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Uli König [PIRATEN])

Es sind übrigens zum allergrößten Teil dieselben hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Behörde tätig, die auch schon Minister Schmalfuß und seinen Vorgängerinnen und Vorgängern in schwierigen Zeiten - Frau Trauernicht, Sie erinnern sich - kompetent, zuverlässig und loyal zur Seite standen. Ich möchte hier nachdrücklich betonen, dass es noch immer größtenteils dieselben Leute sind, die immer zuverlässig und hochkompetent an der Sache mitgewirkt haben.

Ich erinnere mich noch sehr gut, als das erste Fass aufgetaucht ist, an die Landtagsdebatte im März 2012. Da ist mir insbesondere die Pressemitteilung des damaligen Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Dr. Robert Habeck, in Erinnerung geblieben. Sie, Herr Dr. Habeck, haben damals behauptet, die Atomaufsicht habe geschlafen, die Atomaufsicht habe schlampig gearbeitet. Schließlich haben Sie die Atomaufsicht als „Laden“ bezeichnet. Außerdem müsse Vattenfall sofort die Betriebsgenehmigung entzogen werden. Ein ganz besonderes Highlight war: „Atomfässer sind keine Einmachgläser“. - Das alles stammte aus der Feder von Dr. Robert Habeck.

(Oliver Kumbartzky)

(Beifall FDP - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Herr Dr. Habeck, haben damals wirklich Ängste und Emotionen geschürt und auch unredliche Behauptungen aufgestellt. Ich möchte Sie deshalb heute fragen, Herr Dr. Habeck: Was erwarten Sie heute von der Opposition? Erwarten Sie, dass wir genauso reagieren wie Sie damals? - Nein. Das war natürlich nur eine rhetorische Frage; denn mittlerweile ist auch bei Robert Habeck die Gesinnungsethik der Vernunftethik gewichen. Der Ton wird sachlicher, und es kam im Laufe der Zeit zu vielen kleinen Lernerfolgen.

(Beifall FDP)

Ich bin mir sicher, dass Robert Habeck, genauso wie wir alle, weiß, dass die Atomaufsicht kein „Laden“ ist, dass sie auch nicht schlampig arbeitet und auch nichts verschläft. Vielmehr haben wir in Schleswig-Holstein eine sehr gute Atomaufsichtsbehörde.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Doch nun zurück zu den Behältern: Die Kavernen und die Fässer waren konzeptionell zunächst nicht für eine längere Aufbewahrung vorgesehen. Die ältesten Behälter wurden 1983 und 1985 eingelagert. Mitte der 90er-Jahre hätten sie dann, so die damalige Planung, umgefüllt und in das **Endlager** Schacht Konrad verbracht werden sollen. Doch Sie wissen: Schacht Konrad ist immer noch nicht in Betrieb. Die ursprüngliche Planung war auf Mitte bis Ende der 90er-Jahre ausgerichtet. Es kam jedoch immer mehr zu Verzögerungen, und nun spricht man von 2021 bis 2025.

Genau da liegt das Problem, beziehungsweise das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen. Die Frage der Endlagerung von sowohl hochradioaktiven als auch schwach- und mittelradioaktiven Abfällen ist immer noch nicht geklärt, und man kommt in der Endlagersuchkommission, der Dr. Habeck ebenfalls angehört, anscheinend nicht wirklich voran.

Sehr kontraproduktiv fand ich die vor Kurzem getätigten Äußerungen des grünen Umweltministers Stefan Wenzel aus Niedersachsen. Dieser hatte nämlich die Diskussion um die Endlagersuche noch einmal neu angefacht, als er den Zeitplan für die Endlagersuche infrage stellte. Wenzel geht nämlich davon aus, dass diese bis zu 30 Jahre länger dauern wird als von der Bundesregierung geplant. Da muss man sich die Frage stellen: Wo bleiben denn die Abfälle bis dato? Die bleiben an den Kraftwerks-

standorten. Doch die jetzigen Standorte - das möchte ich ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren - dürfen nicht schleichend zu End- oder Dauerlagern werden.

(Beifall FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wenn man sich die Äußerungen von Stefan Wenzel anhört, dann hat man wirklich die Sorge, dass es so kommen könnte.

Weil auch dies zur Diskussion gehört, will ich in diesem Zusammenhang noch einmal in aller Kürze auf das im letzten Jahr von Dr. Habeck unterbreitete Angebot eingehen, **Atommüll** aus der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield in Brunsbüttel einzulagern. Ich denke, dass mittlerweile wirklich jeder, also auch der Allerletzte, begriffen hat, dass dieser Vorstoß rückblickend betrachtet falsch war.

(Beifall FDP)

Der Ministerpräsident würde wahrscheinlich sagen: „Lieber Robert, der Vorstoß war töricht.“

Zusätzlicher Atommüll ist Brunsbüttel einfach nicht mehr zuzumuten. Zudem wird die Bergung der Behälter, über die wir heute reden, beim Kraftwerksbetreiber und bei der Atomaufsicht in den kommenden Jahren erhebliche Kapazitäten binden. Hinzu kommt - auch das ist neu im Gegensatz zu der Diskussion vor einem guten Jahr -, dass es mittlerweile auch ein OVG-Urteil zum **Zwischenlager** Brunsbüttel gibt. Insofern hat sich dieses Thema erledigt. Dies könnten auch Sie, Herr Dr. Habeck, eigentlich einmal ganz klar artikulieren.

Meine Damen und Herren, bevor ich zum Schluss komme, möchte ich sagen, dass es in dieser Debatte - Sie hören mir so lauschig zu; das gefällt mir. Aber ich komme trotzdem zum Schluss. Ich möchte noch sagen, dass es in dieser ganzen Debatte nichts nützt, die Geschichte der **Kernenergie** noch einmal aufzuarbeiten, alte Koalitionsverträge noch einmal vorzulesen oder auf fremde Planeten zu verweisen. Während Sie hier so etwas tun, rosten die Fässer nämlich weiter.

(Zuruf SPD)

- Das ist tatsächlich so, Herr Dr. Stegner, das haben Sie scharf erkannt.

(Beifall FDP)

Fakt ist aber auch - auch dies möchte ich ganz klar sagen -: Die Fässer sind nicht etwa von gestern auf heute gerostet, sondern das ist ein Prozess über Jahrzehnte gewesen. In diesen Jahrzehnten hatte fast jede der hier anwesenden Parteien die Verant-

(**Oliver Kumbartzky**)

wortung auch für die Atomaufsicht in diesem Land. Deswegen bringt es nichts, hier zu irgendwelchen Schuldzuweisungen zu kommen. Wir brauchen endlich Lösungen. Die Menschen in unserem Land erwarten Lösungen von uns, und zwar zeitnahe Lösungen. Nun geht es darum, die Fässer zu bergen und sie schnellstmöglich in ein **Endlager** zu bringen.

Zudem muss der Rückbau der Kernkraftwerke zur grünen Wiese voranschreiten. Die Sicherheit der Menschen und auch die Sicherheit der Umwelt sind dabei zu jedem Zeitpunkt zu gewährleisten.

Der Atomausstieg ist wichtig, doch für mich ist er erst abgeschlossen, nicht wenn das letzte Kernkraftwerk abgeschaltet ist, sondern wenn wirklich das letzte bestrahlte Element,

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

das letzte bestrahlte Bauteil des Kraftwerks in einer stabilen geologischen Form untergebracht ist. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Frau Abgeordneter Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Robert Habeck, danke, dass trotz Sommerpause die Unterrichtung des Parlaments rechtzeitig stattgefunden hat. Denn in der Tat sind die Fakten, die dann bekannt geworden sind, dramatisch.

(Beifall PIRATEN)

Michael Sailer, Mitglied der Reaktorsicherheitskommission, hat zu den verheerenden Zuständen in Kaverne 2 gesagt, dass wir gerade erst die Spitze des Eisbergs sehen. Es dürfte also noch manche böse Überraschung geben.

Oliver Kumbartzky, den letzten geäußerten Wunsch verstehe ich, ich muss aber auch sagen - da bin ich ganz ehrlich -, dieser Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen. Es gibt keine Lösung des Problems.

(Beifall PIRATEN)

Sailer stellte außerdem fest, dass derzeit niemand sagen kann, wie sich die Rostfässer sicher bergen lassen. Damit ist das zentrale Problem der Lagerung der atomaren Erbschaft klar benannt. Kein heute lebender Mensch ist auch nur annähernd in

der Lage zu beurteilen, wie langfristig mit dem strahlenden Abfall umzugehen ist. Das eigentliche Dilemma des Atomzeitalters liegt also darin, dass wir der Aufgabe, die wir uns selber eingebrockt haben, nicht gewachsen sind. Es gilt endlich, dies festzuhalten. Ob wir es jemals sein werden, wird sich erst in Jahrtausenden erweisen. Deshalb macht jeder, der heute meint, er kenne die Lösung, sich selber und anderen etwas vor.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Worum es jetzt geht, ist gemeinsam mit den Bürgern und in der Sache orientiert zu überlegen, wie der nächste Schritt aussieht, der nächste Schritt und wieder der nächste Schritt. So wird es in Zukunft weitergehen, viele Jahrhunderte lang. Die Mentalität des sich Wegduckens hat sich mittlerweile überlebt. Sie ist nicht mehr zeitgemäß. Wir haben eine Verantwortung zu tragen und weiterzugeben, die die Art und Weise, wie wir mit unserem Planeten umgehen, grundlegend verändert. Heute fragen sich die Menschen, wie in den 60er-Jahren Politiker wirklich glauben konnten, dass die **Atomenergie** sicher und beherrschbar sei.

(Beifall PIRATEN)

Heute gibt es darauf klare Antworten. Viele von uns kommen aus der AKW-Bewegung. Wir haben uns immer gefragt, warum die Politik Sachen macht, vor der die absolute Mehrheit der Bevölkerung Angst hat. Die Antwort ist inzwischen zu erahnen. Ich brauche sie hier nicht aus Koalitionsverträgen oder wirtschaftlichem Interesse zu erläutern.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Im Grunde ist es genau das gleiche Denken, das auch zur Schuldenkrise geführt hat, das gleiche Denken, das uns im Moment mit in die ökologische Krise führt. Denn während wir vom wirtschaftlichen Wachstum sprechen, nehmen die Kraft und die Verfügbarkeit der Ökosystemdienstleistung stetig ab. Wir verzehren die Substanz und wissen doch genau, dass wir schon längst dazu übergegangen sein müssten, uns allein vom Ertrag zu ernähren. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, bedarf es einer Politik, die die von vielen herbeigesehnte **Endlagerung** - das Wort ist hier oft gefallen - kategorisch ablehnt, deshalb ablehnt, weil sie nicht funktioniert.

(Beifall PIRATEN)

Wir brauchen eine neue Politik, die zu der Einsicht kommt, dass die hinter der endgültigen Lösung verborgene Denke unmenschlich und unverantwortlich

(Angelika Beer)

ist. Was sage ich also den Menschen? Zunächst, dass im Moment einfach niemand weiß, wie das Problem zu lösen ist, das eine Lösung nur Schritt für Schritt für jenen Schritt möglich ist und in den für uns vorstellbaren Zeiträumen niemals erreicht werden wird.

Ich sage Ihnen als Nächstes, dass mit der Suchkommission zumindest schon einmal der Versuch unternommen wird, vorurteilsfrei und nach objektiven Kriterien den bestmöglichen Lagerort zu finden. Ich sage Ihnen dann auch, dass ich mich in der Pflicht sehe, genau darauf zu achten, dass die Suche nach einem Lager transparent und nachvollziehbar erfolgt.

(Beifall PIRATEN)

Als Letztes sage ich Ihnen, dass ich der sogenannten Endlagerung nicht zustimmen werde, dass die Rückholbarkeit der tödlichen Gefahrenstoffe immer gegeben sein muss.

(Beifall PIRATEN)

Alles andere würde nämlich bedeuten, die Kontrolle aus der Hand zu geben. An uns alle richte ich den Appell, an der Sache orientiert zu arbeiten und zu argumentieren. Immer wieder müssen wir unsere Motivation überprüfen, ob wir wirklich alles richtig machen. Den Versuch, politisches Kapital aus der Debatte zu schlagen und immer nur nach hinten zu denken, lehnen wir ab.

(Beifall PIRATEN)

Mit der Suche nach der besten **Lagerstätte** leiten wir eine generationenübergreifende Aufgabe ein. Wir sind auf Mitarbeit künftiger Generationen angewiesen, ohne jemals zu erfahren, welchen Beitrag sie leisten werden, um das von uns verursachte Problem zu beheben. Wir fragen künftige Generationen dabei nicht, ob sie an dem Problem mitarbeiten wollen. Wir stellen sie einfach vor vollendete Tatsachen.

Es ist sehr wohl richtig, diese Diskussion jetzt zu führen, Kollege Schulze. Ich begrüße ausgesprochen, dass Robert Habeck als Minister und Mitglied der Kommission genau diesen Gedanken aufgegriffen und sich an die anderen Kollegen gewandt hat. Die Öffentlichkeit in Brunsbüttel, Krümmel und auch woanders hat ein Recht zu erfahren, dass es diese Endlagerung nicht geben wird, jedenfalls keine sichere.

(Beifall PIRATEN)

Sie hat das Recht darauf, das zu erfahren, weil es ein Grundgedanke der Demokratie ist. Sie hat das

Recht auf die gerechte Beteiligung, die Ermöglichung der Mitsprache, die wir hier und heute denjenigen nicht verweigern dürfen, die uns morgen folgen werden.

Das Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit heißt für mich auch, das schwere Gepäck aufzunehmen und sich dabei fest vorzunehmen und den anderen zu versprechen, es in Zukunft anders zu machen. Das wäre eine neue Politik. Eine Politik, die sich nicht im Streit verheddert, eine Politik, die die alten Fehler nicht wiederholt, eine Politik, die über den Tag hinausdenkt.

Herr Minister Habeck, wir PIRATEN freuen uns, dass Sie die Beschlusslage Ihrer Partei verlassen und sich in dieser entscheidenden Frage der Position der Piratenpartei Deutschlands angeschlossen haben,

(Beifall PIRATEN - Vereinzeltes Lachen)

die Position vom Parteitag 2013 in Bochum: **Rückholbarkeit statt Endlagerung**. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nachdem 2012 bekannt wurde, dass in Brunsbüttel gelagerte Metallfässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen einfach so dahinrosteten, konnte man durchaus den ersten Eindruck gewinnen, dass es sich dabei um einen Zufallsfund handelte. Zumindest gehörte es anscheinend in die Kategorie nicht meldepflichtiger Vorfall. Daran hat Vattenfall sich auch gehalten. Der TÜV Nord hat seinerzeit im Rahmen des Strahlenschutzes bei einem entleerten Fass sehr starke Korrosionen festgestellt, was die Sache dann endlich ins Rollen und letztendlich an die Öffentlichkeit brachte.

Daraufhin wurde der Betreibergesellschaft mitgeteilt, dass auch solche Fälle zukünftig zwingend der Atomaufsichtsbehörde zu melden und der Öffentlichkeit darzustellen sind. Im Zuge der seitdem durchgeführten Untersuchungen durch die Atomaufsichtsbehörde wurden weitere Fässer mit unterschiedlichen Korrosionsgraden gefunden. Damit war es auch klar, dass es wahrscheinlich nur eine

(Flemming Meyer)

Frage der Zeit ist, dass man auf Fässer stößt, die so stark korrodiert und beschädigt sind, dass deren Fassinhalt austritt. Vor diesem Problem stehen wir jetzt.

Beruhigend ist, dass Gesundheitsgefahren für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kernkraftwerks und für die Bevölkerung noch nicht bestehen. Ich möchte mich ausdrücklich beim Ministerium für den ausführlichen Fragen- und Antwortenkatalog bedanken, der auf der Homepage des Ministeriums zu finden ist. Die Vorfälle in Brunsbüttel zeigen deutlich, dass die Transparenz dringend geboten ist. Auf der Homepage kann man dann auch nachlesen, welche Maßnahmen getroffen werden müssen und welcher Zeitplan für die Inspektion und für die Bergung vorgesehen ist. Nach derzeitigen Einschätzungen geht die **Atomaufsicht** davon aus, dass sich die Bergung bis in das Jahr 2016 erstreckt.

Wichtig ist jetzt, die radioaktiven Abfälle zu konditionieren und sie in geeignete Behälter zu verpacken, um ein weiteres Austreten von Fassinhalten zu verhindern. Ich glaube, der Minister hat vorhin sehr deutlich hier dargelegt, wie das passiert. Das brauche ich jetzt hier wirklich nicht alles zu wiederholen.

Die Frage eines Endlagers wird sich stellen. Damit werden wir uns in der Republik noch länger beschäftigen. Wir wissen noch nicht, inwieweit der Schacht Konrad wirklich als Endlager für diesen Müll zur Verfügung stehen wird, und vor allen Dingen nicht, wann dies sein wird. Das ist bei Weitem noch nicht geklärt.

Vielmehr müssen wir daran festhalten, dass weiter unvoreingenommen und bundesweit nach einem **Endlagerstandort für radioaktive Abfälle** gesucht wird. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass ein Endlager für radioaktive Stoffe nie ein Lager für die Unendlichkeit sein kann. Es wird niemals eine absolute Sicherheit geben. Es wäre falsch, den Menschen vorzugaukeln, wir könnten ein Endlager für die Ewigkeit schaffen. Deshalb muss die Frage der Rückholbarkeit intensiv diskutiert werden. Dies sind eben die Geister, die wir riefen, als wir uns seinerzeit auf die risikobehaftete Atomenergie eingelassen haben. Daher ist und bleibt der Ausstieg aus der Atomenergie der einzige und richtige Weg, um zu verhindern, dass noch mehr radioaktiver Müll produziert wird.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Wenn wir über risikobehaftete und unkalkulierbare Technologien reden, dann kommen wir nicht um-

hin, auch über weitere Technologien zu reden. Ich denke hier zum Beispiel an Fracking und CCS.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, Beifall Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich brauche in diesem Hohen Hause nicht näher auf diese Technologien einzugehen. Wir haben das vor zwei Jahren wirklich sehr ausführlich diskutiert. Aber wir wissen, dass wir bei **CCS** - also der CO₂-Abscheidung - letztendlich auch über Endlagerung reden, denn wir können das CO₂ nachher nicht wieder aus der Erde herausholen. Genauso ist es auch beim **Fracking**. Hier hat es zwar eine andere Ursache, aber letztendlich pumpen wir auch Stoffe unten in die Erde, die wir dann nicht wieder herausholen können. Auch das ist eine Frage der Lagerung.

(Beifall SSW, Lars Winter [SPD] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Um es kurz zu machen, will ich nur sagen: Wir haben unsere Erde weiß Gott genug belastet. Ich möchte daran erinnern, dass, als es um die Debatte zur Schuldenbremse ging, eines der Hauptargumente immer war, dass wir kommende Generationen mit diesen Schulden nicht belasten können. Da frage ich: Mit welchem Recht dürfen wir denn kommende Generationen mit den Überresten solcher Technologien belasten, deren Risiken und Gefahren wir nicht einschätzen und beherrschen können?

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ich glaube, die Problematiken im Zusammenhang mit der Atomenergie müssten für uns alle eine Lehre sein. Lasst uns nicht noch weitere Geister heraufbeschwören, die wir nicht kontrollieren können! Wir wollen einen Weg einschlagen, um saubere und sichere Energie zu produzieren. Es gilt, in die Zukunft zu investieren, anstatt veraltete Energieformen um jeden Preis am Leben zu erhalten. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/2059 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

(Präsident Klaus Schlie)

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2218 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/2265

Ich erteile das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldung zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Gesetzentwurf Drucksache 18/2218 (neu) in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer möchte dem zustimmen? - Gegenstimmen sehe ich nicht, Enthaltungen auch nicht. Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 18 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Vertretung des Landes Schleswig-Holstein im Ausschuss der Regionen (AdR)

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2217

b) Zustimmung zur Benennung eines schleswig-holsteinischen stellvertretenden Mitglieds der Landesregierung im Ausschuss der Regionen (AdR) für die 6. Mandatsperiode

Antrag der Landesregierung
Drucksache 18/2206

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse zunächst über den Wahlvorschlag Drucksache 18/2217 abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 18/2217 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Zurufe)

Wer hat nicht mitgestimmt? - Die PIRATEN haben nicht mitgestimmt. Das ist bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN ansonsten einstimmig so beschlossen.

Ich lasse unter b) über den Antrag der Landesregierung Drucksache 18/2206 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Keiner. Wer enthält sich? - Die Fraktionen der PIRATEN, CDU und FDP enthalten sich. Ich nehme an, dass sich die Fraktion der CDU insgesamt enthält.

(Heiterkeit)

Das scheint so zu sein. Dann ist das auch so beschlossen.

Damit sind die Abgeordnete Regina Poersch als Mitglied in den Ausschuss der Region gewählt und Frau Ministerin Spoorendonk als stellvertretendes Mitglied bestätigt worden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Heike Franzen [CDU])

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Bundratsinitiative zur Schaffung größerer Rechtssicherheit bei der Nutzung von Ferienwohnungen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2219

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag Drucksache 18/2219 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer will so beschließen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Wirkungslose Umweltzonen in deutschen Städten abschaffen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2220

Das Wort zur Begründung wird auch hier nicht gewünscht. Eine Aussprache ist ebenfalls nicht vorge-

(Präsident Klaus Schlie)

sehen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag Drucksache 18/2220 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer will so beschließen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

a) Entlastung des Landes durch Bafög-Übernahme des Bundes für Qualitätsoffensive Bildung und Wissenschaft nutzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1960 (neu)

b) Bildung und Wissenschaft stärken

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1970

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2017

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 18/2196

Ich erteile der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, Frau Abgeordneter Anke Erdmann, das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank für diese umfangreiche Berichterstattung. Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Erstens. Die Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1960 (neu): Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Dann ist entsprechend so beschlossen.

Zweitens. Abstimmung zu b,) Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1970, und Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2017. Der Ausschuss empfiehlt zunächst, den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2017, abzulehnen. Wer der Aus-

schussempfehlung folgen will, den bitte um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, der Abgeordnete der Piratenfraktion Dr. Breyer sowie die Abgeordneten von CDU und FDP. Dann ist die Ablehnung entsprechend so erfolgt. Die Fraktion der PIRATEN enthält sich?

(Zurufe)

Sie stimmen dagegen: also gegen die Stimmen der restlichen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN.

Weiter empfiehlt der Ausschuss, den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1970, abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktion der PIRATEN. Wer ist anderer Auffassung? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Dann ist auch dort der Antrag entsprechend der Ausschussempfehlung abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

Kooperationsverbot im Wissenschaftsbereich aufheben

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2087

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 18/2227

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin, der Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Frau Abgeordneter Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vorlage!

(Heiterkeit)

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank für diese nochmalige Kürzung. Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag Drucksache 18/2087 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

Bericht des Innenministers über die Arbeitsergebnisse zum Personalabbau und zur Struktur der Landespolizei

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2162

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2162 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, dann rufe ich die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/2235

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen

Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/2235. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/2235 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns am Ende unserer Tagung. Ich weise Sie darauf hin, dass die nächste, die 26. Tagung des Landtags, am 8. Oktober 2014 um 10 Uhr beginnt.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Schluss: 15:41 Uhr